

Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

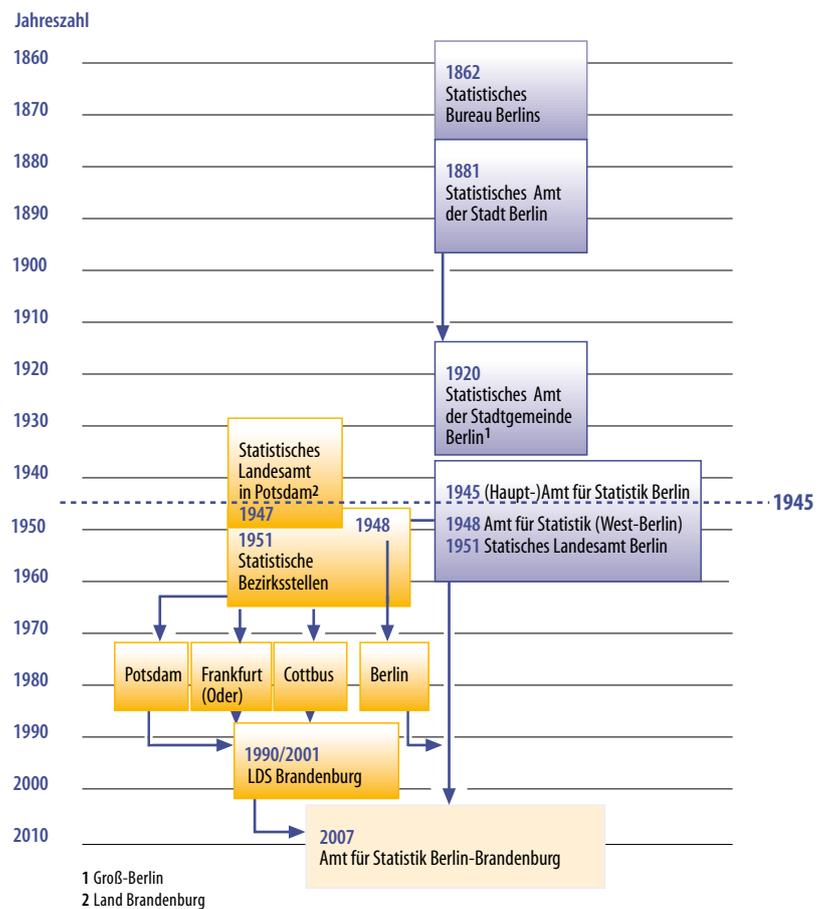
5 2008

Ein kurzer Überblick
zur Organisationsgeschichte
der amtlichen Statistik
in der Region
Berlin und Brandenburg

Ortsstationäre Einwohner
Berlins zwischen 1997 und 2007

Verkehrsunfallgeschehen 2007
in den Ländern
Berlin und Brandenburg

Organisationsgeschichte der amtlichen Statistik in Berlin und Brandenburg



Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam
Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Impressum

**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**

2. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Tel.: 030 9021 - 3434

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© **Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2008**

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Aufsätze



- 22** Ein kurzer Überblick zur Organisationsgeschichte der amtlichen Statistik in der Region Berlin und Brandenburg
- 29** Ortsstationäre Einwohner Berlins zwischen 1997 und 2007
- 34** Verkehrsunfallgeschehen 2007 in den Ländern Berlin und Brandenburg

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst ...



2 ... aus Berlin und Brandenburg

- Bildung**
2007: Leistungen nach dem BAföG
- Unternehmen und Arbeitsstätten**
1. Halbjahr 2008: Gewerbeanzeigen
- Bautätigkeit und Wohnungswesen**
2007: Heizenergie bei Neubauten
- Verkehr**
2. Quartal 2008: Fluggastzahlen
- Preise**
August 2008: Baupreisindex

8 ... aus Deutschland

- Bildung**
2006: Hochschulen
- Unternehmen und Arbeitsstätten**
Juli 2008: Insolvenzen
- Handel**
August 2008: Einzelhandelsumsatz
- Löhne und Gehälter**
2. Quartal 2008: Bruttonomatsverdienste
- Umweltwirtschaft**
2007: Wasser gefährdende Stoffe

12 ... aus Europa

- Handel**
August 2008:
Absatzvolumen im Einzelhandel
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen**
2. Quartal 2008: BIP

Rubriken



14 Wirtschaft im Überblick

Berlin
Juni 2008

18 **Brandenburg**
Juni 2008

44 **Historisches**
Haushaltungen am 1. Dezember 1900

46 **Aus der amtlichen Statistik**
Mitteilungen und Nachrichten

47 **Veröffentlichungen**
Berlin
Brandenburg

Umschlag-
seite

3

Karte

Ortsstationäre Einwohner zwischen 1997 und 2007 in Berlin nach Lebensweltlich orientierten Räumen in Prozent

Umschlag-
seite

4

Karte

Ortsstationäre Einwohner zwischen 1997 und 2007 nach Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) in Friedrichshain-Kreuzberg in Prozent

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg

Bildung In Berlin wurden im Jahr 2007 insgesamt 49 316 Personen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gefördert – etwa genau so viele wie im Jahr zuvor. Als Geförderte werden alle Personen gezählt, die innerhalb eines Kalenderjahres Leistungen erhalten, unabhängig von der Dauer der Förderung.

2007: Mehr Schüler, aber weniger Studierende in Berlin erhalten Leistungen nach dem BAföG

Im Jahr 2007 kamen in Berlin insgesamt 150,8 Millionen EUR zur Auszahlung (2,5 Prozent weniger als im Vorjahr). 64,4 Prozent waren Zuschüsse, 35,6 Prozent wurden als unverzinsliche Darlehen ausgereicht.

Die Förderung erstreckt sich nicht immer auf das volle Kalenderjahr. Im Durchschnitt wurden 33 446 Personen je Monat (2006: 33 826 Personen) gefördert, darunter 10 929 Schüler und 22 516 Studierende (2006: 10 695

Schüler und 23 130 Studierende). Schüler erhielten durchschnittlich 318 EUR und Studierende 404 EUR je Monat.

Für Schüler an Abendgymnasien und Kollegs und für Studierende muss das BAföG am Schul- bzw. Studienort, für die anderen Schüler am Wohnort der Eltern beantragt werden. Während Schüler und Schülerinnen die BAföG-Leistungen vollständig als Zuschuss erhalten, werden sie für Studierende in der Regel zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als unverzinsliches Darlehen ausgereicht.

Darüber hinaus können Studierende seit dem 1. August 1996, beispielsweise nach Überschreitung der Förderungshöchstdauer, ein verzinsliches Darlehen in Anspruch nehmen. An die 1 308 Studierenden, welche diese Möglichkeit im Jahr 2007 nutzten, wurden Darlehen in einer Gesamthöhe von ca. 3,4 Millionen EUR ausgereicht.

Bildung Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2007 insgesamt 34 190 Personen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) gefördert. Das waren 475 Geförderte bzw. 1,4 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Als Geförderte werden alle Personen gezählt, die innerhalb eines Kalenderjahres Leistungen erhalten, unabhängig von der Dauer der Förderung.

2007: Weniger BAföG-Empfänger im Land Brandenburg

Im Jahr 2007 kamen im Land Brandenburg insgesamt 87,6 Millionen EUR zur Auszahlung (0,6 Prozent weniger als im Vorjahr). 77,9 Prozent waren Zuschüsse, die anderen 22,1 Prozent wurden als unverzinsliche Darlehen ausgereicht.

Die Förderung erstreckt sich nicht immer auf das volle Kalenderjahr. Im Durchschnitt wurden 22 562 Personen je Monat (2006: 22 851 Personen) gefördert, darunter

14 077 Schüler und 8 485 Studierende. Schüler erhielten durchschnittlich 276 EUR und Studierende 403 EUR je Monat.

Für Schüler an Abendgymnasien und Kollegs und für Studierende muss das BAföG am Schul- bzw. Studienort, für die anderen Schüler am Wohnort der Eltern beantragt werden. Während Schüler und Schülerinnen die BAföG-Leistungen vollständig als Zuschuss erhalten, werden sie für Studierende in der Regel zur Hälfte als Zuschuss und zur Hälfte als unverzinsliches Darlehen ausgereicht.

Darüber hinaus können Studierende seit dem 1. August 1996, beispielsweise nach Überschreitung der Förderungshöchstdauer, ein verzinsliches Darlehen in Anspruch nehmen. An die 374 Studierenden, welche diese Möglichkeit im Jahr 2007 nutzten, wurden Darlehen in einer Gesamthöhe von ca. 1,0 Millionen EUR ausgereicht.

Unternehmen und Arbeitsstätten
1. Halbjahr 2008:
Rückgang bei den Gewerbeanzeigen in Berlin

Im 1. Halbjahr 2008 wurden in Berlin bei den zuständigen Wirtschaftsämtern 20 200 Gewerbe angemeldet. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 13,1 Prozent verfehlt. Gleichzeitig wurden 15 800 Gewerbe abgemeldet, das sind 6,9 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

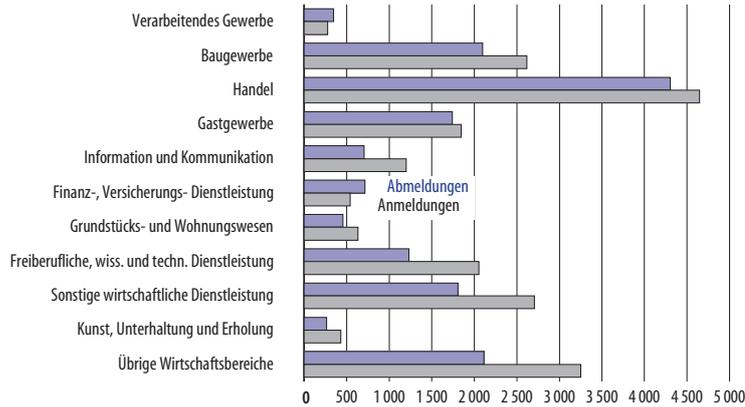
In den ersten sechs Monaten des Jahres gab es die meisten Bewegungen im Wirtschaftsbereich „Handel“ (4 600 An- und 4 300 Abmeldungen), gefolgt vom Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“; auch hier überwogen die Anmeldungen (2 700 An- und 1 800 Abmeldungen). Im Baugewerbe wurden 2 600 Anmeldungen und 2 100 Abmeldungen gezählt. Mit der Einführung der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ2008)“ seit dem Berichtsmonat Januar 2008, sind Vorjahresvergleiche für die Wirtschaftsbereiche nur bedingt aussagekräftig.

Jedes dritte der insgesamt 15 700 Einzelunterunternehmen wurde von einer Frau angemeldet. Bei den 12 100 abgemeldeten Einzelunterunternehmen lag der Frauenanteil bei 31,4 Prozent. In Berlin wurden 88,3 Prozent der angemeldeten Betriebe neu gegründet und 85,8 Prozent der abgemeldeten Betriebe haben sich aufgelöst.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat Berlin an Attraktivität verloren; für den Standort Hauptstadt haben sich 639 Betriebe (-4,1 Prozent) entschieden. Die Zahl der Abwanderungen in ein anderes Bundesland stieg um 3,6 Prozent auf 694 Betriebe.

Art der Anmeldung	2007		2008	Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 2007 in %
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	
Anmeldungen.....	23 237	21 053	20 200	- 13,1
Neuerrichtungen	20 665	18 758	17 952	- 13,1
Zuzug				
nach Berlin.....	666	643	639	- 4,1
Übernahmen.....	1 906	1 652	1 609	- 15,6
Abmeldungen.....	16 953	15 829	15 784	- 6,9
Aufgabe.....	14 552	13 692	13 665	- 6,1
Fortzug				
aus Berlin.....	670	629	694	+ 3,6
Übergabe.....	1 731	1 508	1 425	- 17,7

Gewerbean- und -abmeldungen in Berlin seit dem 1. Halbjahr 2007



Gewerbeanzeigen in Berlin im 1. Halbjahr 2008 nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008)

Unternehmen und Arbeitsstätten
1. Halbjahr 2008:
Rückgang bei den
Gewerbeanzeigen
im Land Brandenburg

Im 1. Halbjahr 2008 wurden im Land Brandenburg bei den zuständigen Wirtschaftsämtern 12 100 Gewerbe angemeldet. Damit wurde das Vorjahresergebnis knapp verfehlt (- 0,3 Prozent). Gleichzeitig wurden fast 11 100 Gewerbe abgemeldet, das sind 1,7 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

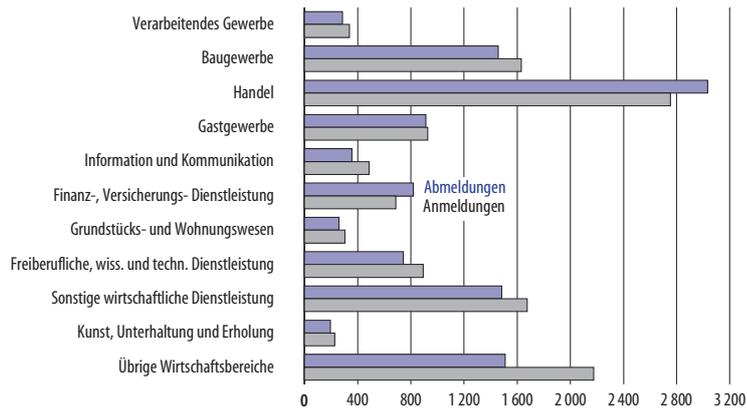
In den ersten sechs Monaten des Jahres gab es die meisten Bewegungen im Wirtschaftsbereich „Handel“ (2 753 An- und 3 033 Abmeldungen), gefolgt vom Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“; hier überwogen aber die Anmeldungen (1 675 An- und 1 483 Abmeldungen). Im Baugewerbe wurden 1 631 Anmeldungen und 1 457 Abmeldungen gezählt. Mit der Einführung der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ2008)“ seit dem Berichtsmonat Januar 2008, sind Vorjahresvergleiche für die Wirtschaftsbereiche nur bedingt aussagekräftig.

Jedes dritte der insgesamt 9 634 Einzelunterunternehmen wurde von einer Frau angemeldet. Bei den 8 790 abgemeldeten Einzelunterunternehmen lag der Frauenanteil bei 32,4 Prozent. Im Land Brandenburg wurden 81,3 Prozent der angemeldeten Betriebe neu gegründet und 81,3 Prozent der abgemeldeten Betriebe haben sich aufgelöst.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hat das Land Brandenburg an Attraktivität gewonnen; für diesen Standort haben sich 1 441 Betriebe (+15,7 Prozent) entschieden. Die Zahl der Abwanderungen in ein anderes Bundesland stieg um 7,7 Prozent auf 1 356 Betriebe.

Art der Anmeldung	2007		2008	Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 2007 in %
	1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	
Anmeldungen.....	12 140	11 415	12 099	-0,3
Neuerrichtungen	10 012	9 344	9 914	-1,0
Zuzug in das Land Brandenburg ...	1 245	1 323	1 441	+15,7
Übernahmen.....	883	748	744	-15,7
Abmeldungen.....	10 866	11 174	11 056	+1,7
Aufgabe.....	8 749	9 209	9 072	+3,7
Fortzug aus dem Land Brandenburg ...	1 259	1 212	1 356	+7,7
Übergabe.....	858	753	628	-26,8

Gewerbe- und -abmeldungen in Brandenburg seit dem 1. Halbjahr 2007



Gewerbebeanzeigen in Brandenburg im 1. Halbjahr 2008 nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008)

Bautätigkeit und Wohnungswesen

2007:

Gas beliebteste Heizenergie bei Neubauten in Berlin

Bei den 2007 in Berlin fertig gestellten Neubauten ist Gas die mit Abstand am häufigsten eingesetzte Heizenergie. 79,3 Prozent aller fertig gestellten neuen Wohngebäude 2007 werden mit Gas beheizt. In jedem 6. Wohngebäude kamen alternative Energien, also keine fossilen Brennstoffe, als vorwiegende Heizenergie zum Einsatz. Davon finden Wärmepumpen mit Abstand die weiteste Verbreitung, die in 15,3 Prozent aller fertig gestellten neuen Wohngebäude 2007 eingebaut wurden. Fernwärme hat einen Anteil von 2,7 Prozent. Ölheizungen wurden 2007 in nur 0,7 Prozent der Fälle eingebaut und lagen damit gleichauf mit Stromheizungen. Solarenergie wird von einem halben Prozent der Hausbauer als vorwiegende Heizenergie verwendet. Unter sonstiger Heizenergie sind alle restlichen Heizenergien subsumiert, die statistisch

nicht separat erfasst werden, wie z. B. Holz in jeder Form sowie Mischformen der Beheizung. Ihr Anteil betrug 0,7 Prozent.

Auch bei Nichtwohngebäuden, deren Anteil an den fertig gestellten Gebäuden 2007 bei 7,6 Prozent lag, ist Gas bei 67,1 Prozent der Neubauten vorwiegende Heizenergie. Auf Platz 2 liegt dort die Fernwärme, die in etwa jedem 5. neuen Nichtwohngebäude genutzt wurde (21,4 Prozent). Wärmepumpen sind mit nur 2,3 Prozent in Nichtwohngebäuden weniger verbreitet als in Wohngebäuden und rangieren hier hinter Ölheizungen, die immerhin in 6,4 Prozent aller Fälle in Nichtwohngebäuden 2007 eingebaut wurden. Der Anteil von Strom und sonstiger Heizenergie in Nichtwohngebäuden liegt bei 1,7 und 1,2 Prozent. Mit Solarenergie und Kohle wurde 2007 kein fertig gestelltes neues Nichtwohngebäude überwiegend beheizt.

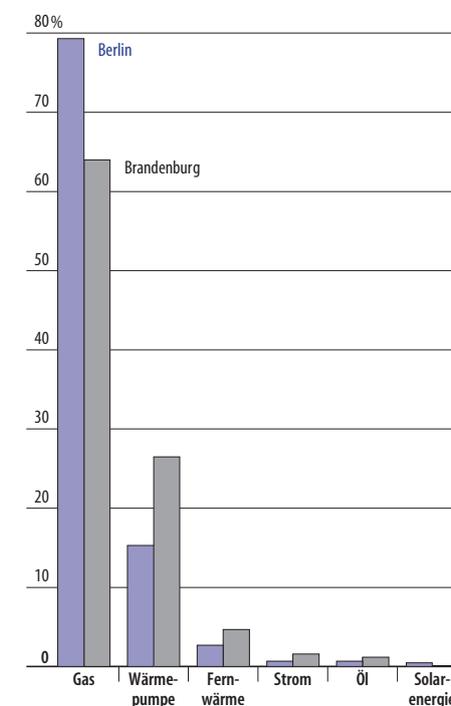
Bautätigkeit und Wohnungswesen

2007:

Gas beliebteste Heizenergie bei Neubauten im Land Brandenburg

Bei den 2007 im Land Brandenburg fertig gestellten Neubauten ist Gas die mit Abstand am häufigsten eingesetzte Heizenergie. Knapp zwei Drittel (64,0 Prozent) aller fertig gestellten neuen Wohngebäude 2007 werden mit Gas beheizt. In jedem 4. Wohngebäude kommen alternative Energien, also keine fossilen Brennstoffe, als vorwiegende Heizenergie zum Einsatz. Davon finden Wärmepumpen mit Abstand die weiteste Verbreitung, die in 26,5 Prozent aller fertig gestellten neuen Wohngebäude 2007 eingebaut wurden. Fernwärme hat einen Anteil von 4,7 Prozent. Ölheizungen wurden 2007 in nur 1,2 Prozent der Fälle eingebaut und lagen damit hinter den Stromheizungen, die in 1,6 Prozent der Neubauten eingebaut wurden. Solarenergie wird nur in 0,1 Prozent der neuen Wohngebäude als vorwiegende Heizenergie verwendet. Kohle und Koks haben ebenfalls nur einen Anteil von 0,1 Prozent. Unter sonstiger Heizenergie sind alle restlichen Heizenergien subsumiert, die statistisch nicht separat erfasst werden, wie z. B. Holz in jeder Form sowie Mischformen der Beheizung. Ihr Anteil betrug 1,8 Prozent.

Auch bei Nichtwohngebäuden, deren Anteil an den fertig gestellten Gebäuden 2007 bei ca. 7 Prozent lag, ist Gas bei 62,9 Prozent der Neubauten vorwiegende Heizenergie. Auf Platz 2 liegt dort die Fernwärme, die in etwa jedem 10. neuen Nichtwohngebäude genutzt wird (11,5 Prozent). Wärmepumpen sind mit nur 6,0 Prozent in Nichtwohngebäuden weniger verbreitet als in Wohngebäuden und rangieren hier nur knapp vor Ölheizungen, die in 5,2 Prozent aller Fälle in Nichtwohngebäuden 2007 eingebaut wurden. Der Anteil von Strom liegt mit



Fertig gestellte neue Wohngebäude in Berlin und Brandenburg 2007 nach ausgewählten Heizungsarten

7,8 Prozent in den Nichtwohngebäuden hoch, noch vor Wärmepumpen und Öl. Jedes 20. Nichtwohngebäude konnte keiner überwiegenden Heizungsart zugeordnet werden und wurde unter „sonstige Heizungsart“ erfasst. Kohle erreichte einen Anteil von 1,6 Prozent. Mit Solarenergie wurde 2007 kein fertig gestelltes neues Nichtwohngebäude überwiegend beheizt.

Verkehr
2. Quartal 2008:
Weiterhin steigende
Fluggastzahlen in Berlin
und Brandenburg

Nach den Ergebnissen der amtlichen Luftfahrtstatistik starteten und landeten im 2. Quartal 2008 auf den Großflughäfen in Berlin und Brandenburg 62 824 Flugzeuge, das waren 8,7 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, wobei 88,0 Prozent der Flüge zum Linienverkehr (+7,3 Prozent gegenüber Vorjahresquartal) zählten. Bei einer durchschnittlichen Flugzeugbesetzung von 89 Personen wurden insgesamt über 5,6 Millionen Fluggäste befördert (+10,4 Prozent gegenüber Vorjahresquartal), davon im

Inland über 2,2 Millionen (+12,4 Prozent gegenüber Vorjahresquartal) und im Auslandsflugverkehr über 3,4 Millionen (+9,1 Prozent gegenüber Vorjahresquartal). Allein im Linienverkehr wurden mehr als 5,4 Millionen Personen befördert, 10,2 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Von den drei Großflughäfen wurden im 2. Quartal 5 423 Tonnen Fracht und 2 321 Tonnen Luftpost befördert, was einer Zunahme bei der Fracht von 18,7 Prozent und bei der Luftpost um 15,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal entspricht.

Gewerblicher
Flugverkehr
in Berlin und
Brandenburg 2008
nach Flughäfen

Quartal prozentuale Veränderung	Flüge		Fluggäste				Fracht	Luftpost
	insgesamt	darunter Linienverkehr	insgesamt	Inland	Ausland	darunter im Linienverkehr		
Berlin - Tegel								
2. Quartal 2008.....	39 992	38 970	3 815 666	1 880 032	1 935 634	3 724 290	4 207	1 244
2. Quartal 2007.....	36 357	35 419	3 348 500	1 618 292	1 730 208	3 288 375	3 386	1 070
prozentuale Veränderung...	+10,0	+10,0	+14,0	+16,2	+11,9	+13,3	+24,2	+16,3
Berlin - Tempelhof								
2. Quartal 2008.....	7 248	2 202	93 360	36 270	57 090	76 654	69	-
2. Quartal 2007.....	6 144	2 721	92 926	43 545	49 381	82 875	125	-
prozentuale Veränderung...	+18,0	-19,1	+0,5	-16,7	+15,6	-7,5	-44,8	-
Schönefeld								
2. Quartal 2008.....	15 584	14 144	1 705 635	291 490	1 414 145	1 643 080	1 147	1 077
2. Quartal 2007.....	15 320	13 424	1 645 382	301 549	1 343 833	1 568 258	1 057	941
prozentuale Veränderung...	+1,7	+5,4	+3,7	-3,3	+5,2	+4,8	+8,5	+14,5
Berlin-Brandenburg insgesamt								
2. Quartal 2008.....	62 824	55 316	5 614 661	2 207 792	3 406 869	5 444 024	5 423	2 321
2. Quartal 2007.....	57 821	51 564	5 086 808	1 963 386	3 123 422	4 939 508	4 568	2 011
prozentuale Veränderung...	+8,7	+7,3	+10,4	+12,4	+9,1	+10,2	+18,7	+15,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Preise
August 2008:
Baupreisindex auf neuer
Preisbasis in Berlin
gegenüber August 2007
um 4,3 Prozent gestiegen

Mit Berichtsmonat August 2008 wurde der Baupreisindex auf das neue Basisjahr 2005 umgestellt. Dabei wurden das Wägungsschema für die in die Indexberechnung einbezogenen Bauarbeiten aktualisiert sowie methodische Veränderungen vorgenommen. Die bisher für Februar 2005 bis Mai 2008 veröffentlichten Baupreisindizes wurden neu berechnet.

Zur neuen Preisbasis 2005=100 stieg der Baupreisindex (Bauleistungen am Bauwerk) in Berlin im August 2008 gegenüber Mai 2008 um 1,0 Prozent auf einen Indexstand von 112,9. Die Veränderung zum Vorjahresmonat August 2007 betrug +4,3 Prozent.

Kennzeichnend für die kurzfristige Entwicklung der Baupreise im August 2008 gegenüber dem letzten Erhebungsmonat Mai 2008 war ein weiterer Anstieg des Baupreisindex um 1,0 Prozent, wobei dies insbesondere durch die Teuerung von Rohbauarbeiten (+1,2 Prozent) bestimmt wurde. Nennenswerte Preiserhöhungen gab es hier bei Beton-, Erd- und Mauerarbeiten. Die ebenfalls gegenüber dem Vormonat gestiegenen Preise im Ausbau (+0,8 Prozent) wurden vor allem durch überdurch-

schnittliche Preisanhebungen bei Metallbauarbeiten, Maler- und Lackierarbeiten-Beschichtungen, Heiz- und zentrale Wassererwärmungsanlagen, Nieder- und Mittelspannungsanlagen sowie Tischlerarbeiten verursacht.

Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres wurde im August 2008 eine Erhöhung des Baupreisindex um 4,3 Prozent ermittelt und damit ein Anstieg der jährlichen Veränderungsrate (Februar und Mai 2008: jeweils +3,9 Prozent). Die Erhöhung des Baupreisindex im Jahresvergleich wurde wie bei der kurzfristigen Entwicklung in erster Linie durch Preiserhöhungen bei Rohbauarbeiten (+4,8 Prozent) bestimmt. Hervorzuheben wären hier insbesondere die Veränderungen für Betonarbeiten, Entwässerungskanalarbeiten, Erd- und Mauerarbeiten. Auch Ausbauarbeiten waren im August 2008 um 4,1 Prozent teurer als vor einem Jahr. Dies wurde vor allem durch Preissteigerungen bei Tapezierarbeiten, Bodenbelagsarbeiten, Metallbauarbeiten, Naturwerksteinarbeiten, Putz- und Stuckarbeiten, Estricharbeiten, Maler- und Lackierarbeiten-Beschichtungen sowie Tischlerarbeiten hervorgerufen.

Preisrückgänge wurden lediglich bei Gerüst- (Rohbau) und Parkettarbeiten (Ausbau) festgestellt.

Preise
August 2008:
Baupreisindex auf
neuer Preisbasis
im Land Brandenburg
gegenüber August 2007
um 4,8 Prozent gestiegen

Auch im Land Brandenburg wurde mit Berichtsmonat August 2008 der Baupreisindex auf das neue Basisjahr 2005 umgestellt. Dabei wurden das Wägungsschema für die in die Indexberechnung einbezogenen Bauarbeiten aktualisiert sowie methodische Veränderungen vorgenommen. Die bisher für Februar 2005 bis Mai 2008 veröffentlichten Baupreisindizes wurden neu berechnet.

Zur neuen Preisbasis 2005=100 stieg der Baupreisindex (Bauleistungen am Bauwerk) im Land Brandenburg im August 2008 gegenüber Mai 2008 um 1,3 Prozent auf einen Indexstand von 120,0. Die Veränderung zum Vorjahresmonat August 2007 betrug +4,8 Prozent.

Kennzeichnend für die kurzfristige Entwicklung der Baupreise im August 2008 gegenüber dem letzten Erhebungsmonat Mai 2008 war der weitere Anstieg des Baupreisindex um 1,3 Prozent

durch die nahezu gleiche Teuerung bei Roh- (+1,2 Prozent) und Ausbauarbeiten (+1,3 Prozent). Im Rohbau resultierte diese Entwicklung insbesondere aus der Preiserhöhung bei Beton- und Erdarbeiten, im Ausbau vor allem durch überdurchschnittliche Preisanhebungen bei Wärmedämm-Verbundsystemen, Putz- und Stuckarbeiten, Tischler- und Metallbauarbeiten.

Preissenkungen gegenüber Mai 2008 wurden bei keiner Bauarbeit festgestellt.

Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres wurde im August 2008 eine Erhöhung des Baupreisindex um 4,8 Prozent ermittelt und damit ein leichter Anstieg der jährlichen Veränderungsrate (Februar 2008: +4,7 Prozent, Mai 2008: +4,5 Prozent). Der Anstieg des Baupreisindex im Jahresvergleich wurde im Unterschied zur kurzfristigen Entwicklung in erster Linie durch Preiserhöhungen bei Ausbauarbeiten (+5,3 Prozent) bestimmt. Dies war insbesondere auf die Veränderungen der Preise für Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsanlagen innerhalb von Gebäuden, Maler- und Lackierarbeiten-Beschichtungen, Tischler- sowie Putz- und Stuckarbeiten zurückzuführen. Auch Rohbauarbeiten waren im August 2008 um 4,2 Prozent teurer als vor einem Jahr. Hier wurde die jährliche Preisentwicklung vor allem durch Preissteigerungen bei Betonarbeiten, Entwässerungskanal- und Erdarbeiten hervorgerufen.

Preisindex	August 2008					
	Indexstand	Veränderung in % gegenüber		Indexstand	Veränderung in % gegenüber	
		August 2007	Mai 2008		August 2007	Mai 2008
	Berlin			Land Brandenburg		
Wohngebäude						
Bauleistungen am Bauwerk	112,9	+4,3	+1,0	120,0	+4,8	+1,3
Rohbauarbeiten	114,5	+4,8	+1,2	123,1	+4,2	+1,2
Ausbauarbeiten	111,6	+4,1	+0,8	117,4	+5,3	+1,3
Ausgewählte Bauwerksarten (Bauleistungen am Bauwerk)						
Ein- und Zweifamiliengebäude	112,7	+4,4	+1,0	119,6	+4,6	+1,2
Mehrfamiliengebäude	113,9	+4,8	+1,2	121,6	+5,4	+1,4
Bürogebäude	112,7	+4,9	+1,2	120,7	+4,8	+1,3
Gewerbliche Betriebsgebäude...	114,8	+4,7	+1,5	122,8	+5,5	+1,6
Instandhaltung						
Mehrfamiliengebäude ohne Schönheitsreparaturen	110,4	+3,2	+0,8	117,4	+5,1	+1,3
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	112,7	+11,4	+1,3	105,5	+0,5	-1,1
Straßenbau	109,0	+3,0	+0,6	116,9	+5,1	+2,4

Baupreisindizes in Berlin
und im Land Brandenburg
im August 2008
 Basis 2005 = 100



aus Deutschland

Bildung 2006: Hochschulen 32,2 Milliarden EUR ausgegeben

Im Jahr 2006 gaben die deutschen Hochschulen 32,2 Milliarden EUR für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus, das waren 3,8 Prozent mehr als 2005. Ein Teil dieser Steigerung ist allein buchungsbedingt und auf die Neuordnung der Hochschulmedizin in Hessen zurückzuführen. Im Bundesgebiet (ohne Hessen) lagen im Jahr 2006 die Hochschulausgaben 2,6 Prozent über denen des Vorjahres.

Mit 18,9 Milliarden EUR waren die Personalausgaben, wie in den Jahren zuvor, der größte Ausgabeposten der öffentlichen und privaten Hochschulen. Das entspricht 58,8 Prozent der gesamten Hochschulausgaben. Die übrigen laufenden Ausgaben betragen 10,6 Milliarden EUR. 2,6 Milliarden EUR wurden für Investitionen ausgegeben.

Auf die Universitäten (ohne Medizinische Einrichtungen) entfiel 2006 ein Ausgabevolumen von 13,2 Milliarden EUR, das sind 2,3 Prozent mehr als 2005. Die Medizinischen Einrichtungen der Universitäten wendeten für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 15,2 Milliarden EUR (+ 5,8 Prozent) auf. Die Ausgaben der Fach- und Verwaltungsfachhochschulen beliefen sich auf 3,2 Milliarden EUR (+ 1,8 Prozent).

Für die Fächergruppe „Mathematik und Naturwissenschaften“ gaben die Hochschulen 3,5 Milliarden EUR aus, für die Ingenieurwissenschaften 2,7 Milliarden EUR und für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1,8 Milliarden EUR.

Die Hochschulen erzielten im Jahr 2006 Drittmitteleinnahmen in Höhe von 3,9 Milliarden EUR (+ 5,3 Prozent). Wichtigste Drittmittelgeber der Hochschulen waren dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (1,1 Milliarden EUR), die gewerbliche Wirtschaft (1,0 Milliarden EUR) sowie der Bund (0,7 Milliarden EUR).

Die Verwaltungseinnahmen der Hochschulen stiegen 2006 auf 11,2 Milliarden Euro (+ 10,4 Prozent). Zu 92 Prozent wurden diese Einnahmen von den Medizinischen Einrichtungen, überwiegend als Entgelte für Krankenbehandlungen, erzielt.

Das Ausgabevolumen der privaten Hochschulen lag 2006 bei rund 486 Millionen Euro (+ 13,5 Prozent). Damit betrug der Anteil der Ausgaben privater Hochschulen an allen Hochschulausgaben 1,5 Prozent.

Land	2004	2005	2006
	EUR		
Baden-Württemberg.....	4 241	4 411	4 663
Bayern.....	4 367	4 335	4 614
Berlin.....	2 175	2 107	2 257
Brandenburg.....	368	361	377
Bremen.....	373	366	340
Hamburg.....	1 080	1 115	1 116
Hessen ¹	2 178	2 200	2 656
Mecklenburg-Vorpommern	762	752	741
Niedersachsen.....	2 575	2 463	2 576
Nordrhein-Westfalen.....	6 385	6 521	6 582
Rheinland-Pfalz.....	1 117	1 133	1 179
Saarland.....	526	551	523
Sachsen.....	1 715	1 933	1 739
Sachsen-Anhalt.....	1 014	969	952
Schleswig-Holstein.....	983	1 016	1 090
Thüringen.....	734	742	760
Deutschland insgesamt	30 592	30 974	32 166

Entwicklung der Hochschul- ausgaben insgesamt in Deutschland 2004 bis 2006 nach Ländern

¹ 2006: Neuordnung der Hochschulmedizin in Hessen

Quelle: Statistisches Bundesamt

**Unternehmen und
Arbeitsstätten**
Juli 2008:
5,2 Prozent weniger
Insolvenzen
als im Juli 2007

Im Juli 2008 verzeichneten die deutschen Amtsgerichte insgesamt 14 119 Insolvenzen, darunter 2 760 von Unternehmen und 8 919 von Verbrauchern. Ein Vergleich dieser Zahlen mit dem Vorjahreszeitraum würde die tatsächliche Entwicklung nicht korrekt widerspiegeln, da in Nordrhein-Westfalen die Insolvenzfälle 2007 nicht periodengerecht gemeldet worden sind. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre lässt sich aber die Entwicklung für Deutschland insgesamt auch anhand der Ergebnisse der übrigen 15 Bundesländer darstellen. Demnach ist die Gesamtzahl der Insolvenzen um 5,2 Prozent zurückgegangen. Diese Entwicklung wurde durch den Rückgang der Verbraucherinsolvenzen um 8,2 Prozent bestimmt.

Die Unternehmensinsolvenzen nahmen dagegen um 8,5 Prozent zu.

Die voraussichtlichen offenen Forderungen der Gläubiger bezifferten die Gerichte für den Juli 2008 auf 2,5 Milliarden EUR, das entspricht der Summe des Vorjahresmonats.

Von Januar bis Juli 2008 wurden 17 410 Insolvenzen von Unternehmen (– 6,0 Prozent) und 57 385 Insolvenzen von Verbrauchern (– 9,5 Prozent) gemeldet. Insgesamt registrierten die Gerichte 91 344 Insolvenzen, das waren 8,7 Prozent weniger als im Zeitraum von Januar bis Juli 2007. Die Veränderungsdaten beziehen sich auf Berechnungen ohne Nordrhein-Westfalen.

Gegenstand der Nachweisung	Juli 2008 ¹		Januar bis Juli 2008 ¹	
	Anzahl	Veränderung gegenüber Juli 2007 ² %	Anzahl	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum %
Insgesamt	14 119	–5,2	91 344	– 8,7
Unternehmen.....	2 760	+8,5	17 410	– 6,0
Übrige Schuldner.....	11 359	–7,4	73 934	– 9,2
davon				
Verbraucher.....	8 919	–8,2	57 385	–9,5
natürliche Personen als Gesellschafter.	126	–35,1	912	–33,3
ehemals selbstständig Tätige	2 116	–3,0	14 262	–6,6
Nachlässe	198	+1,1	1 375	+1,4

**Insolvenzen
in Deutschland
im Juli 2008**

1 Einschließlich Nordrhein-Westfalen
2 Ohne Nordrhein-Westfalen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Handel
August 2008:
Einzelhandelsumsatz
real um 3,0 Prozent
gesunken

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes setzte der Einzelhandel in Deutschland im August 2008 nominal 0,3 Prozent mehr und real 3,0 Prozent weniger um als im August 2007. Allerdings hatte der August 2008 mit 26 Verkaufstagen einen Verkaufstag weniger als der Vorjahresmonat. Dieses Ergebnis für den August 2008 wurde aus Daten von sieben Bundesländern berechnet, in denen ca. 76 Prozent des Gesamtumsatzes im deutschen Einzelhandel getätigt werden.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im August 2008 nominal 0,1 Prozent mehr und real 4,7 Prozent weniger um als im August 2007. Bei den Supermärkten, SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten wurde nominal 0,4 Prozent mehr und real 4,5 Prozent weniger umgesetzt, beim Fachhandel mit Lebensmitteln lagen die Umsätze dagegen nominal und real unter den Werten des Vorjahresmonats (nominal – 3,4 Prozent, real – 7,4 Prozent).

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln wurde ebenfalls nominal mehr und real weniger umgesetzt als im

August 2007 (nominal + 0,4 Prozent, real – 1,7). Lediglich im sonstigen Facheinzelhandel lagen die Umsätze über denen des Vorjahresmonats (nominal + 3,1 Prozent, real + 4,5 Prozent).

Im Vergleich zum Juli 2008 war der Umsatz des Einzelhandels im August 2008 unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal um 3,6 Prozent und real um 3,1 Prozent höher.

In den ersten acht Monaten des Jahres 2008 setzte der Einzelhandel nominal 2,1 Prozent mehr und real 0,7 Prozent weniger um als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Anmerkung zum durchschnittlichen Revisionsbedarf im Einzelhandel: Die vom Statistischen Bundesamt nachgewiesenen ersten monatlichen Ergebnisse werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen entstehen durch verspätete Mitteilungen der befragten Unternehmen sowie durch zusätzliche statistische Informationen aus den zunächst nicht einbezogenen Bundesländern. Für den nominalen Einzelhandelsumsatz insgesamt können sich daher entgegen bereits veröffentlichten Angaben Abweichungen ergeben.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Löhne und Gehälter
2. Quartal 2008:
Bruttomonatsverdienste
um 2,8 Prozent
auf 3 098 EUR gestiegen

Nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes verdiente ein vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im zweiten Quartal 2008 durchschnittlich brutto 3 098 EUR im Monat, das waren 2,8 Prozent mehr als im zweiten Quartal 2007. Der Verbraucherpreisindex stieg in diesem Zeitraum um 2,9 Prozent und damit um 0,1 Prozentpunkte stärker als die Verdienste.

Den größten Verdienstanstieg im Vergleich zum Vorjahresquartal verzeichneten die Beschäftigten in der Energie- und Wasserversorgung mit + 4,0 Prozent. Am geringsten war der Zuwachs im Gastgewerbe mit + 1,7 Prozent.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer verdienten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich im zweiten Quartal 2008 durchschnittlich 18,35 EUR je Stunde. Dies waren 30,0 Prozent mehr als der Bruttostundenverdienst von Teilzeitbeschäftigten (14,12 EUR). Besonders groß war der Abstand in dem Wirtschaftszweig „Unternehmensnahe Dienstleistungen“. Dort lag der Bruttostundenverdienst von Vollzeitbeschäftigten 51,8 Prozent über dem der Teilzeitbeschäftigten. Die

geringsten Abstände wurden in den Wirtschaftszweigen „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (+ 5,0 Prozent) und „Erziehung und Unterricht“ (+ 12,6 Prozent) festgestellt.

Ein Grund für die großen Verdienstabstände zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten sind ihre unterschiedlichen Qualifikationsniveaus. Während 11,0 Prozent der Vollzeitmitarbeiter im zweiten Quartal 2008 in leitender Position – in der Regel mit Hochschulstudium – tätig waren, waren dies bei den Teilzeitbeschäftigten nur 4,9 Prozent. Der Anteil der Beschäftigten ohne Berufsausbildung lag bei den Vollzeitbeschäftigten mit 24,1 Prozent deutlich unter dem der Teilzeitbeschäftigten mit 39,4 Prozent.

Diese Ergebnisse stammen aus der neuen Vierteljährlichen Verdiensterhebung, die erstmals für das erste Quartal 2007 durchgeführt wurde. Sie ersetzt die frühere Laufende Verdiensterhebung und die Bruttojahresverdiensterhebung. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfragt vierteljährlich bei Betrieben im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung und ohne Beamte) die Verdienste und Arbeitszeiten der voll- und teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.

Wirtschaftszweig	Bruttomonatsverdienst ¹ von Vollzeitbeschäftigten ²	Veränderung zum Vorjahresquartal	Bruttostundenverdienst ¹ von Vollzeitbeschäftigten ²	Bruttostundenverdienst ¹ von Teilzeitbeschäftigten ²	Verhältnis des Bruttostundenverdienstes von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten
	EUR	%	EUR	EUR	%
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich ³	3 098	+2,8	18,35	14,12	30,0
Produzierendes Gewerbe.....	3 201	+2,5	19,12	15,25	25,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 242	+2,7	18,79	16,08	16,9
Verarbeitendes Gewerbe.....	3 263	+2,3	19,55	15,28	27,9
Energie und Wasserversorgung.....	3 959	+4,0	23,87	19,88	20,1
Baugewerbe.....	2 625	+2,8	15,37	13,03	18,0
Dienstleistungsbereich ³	3 009	+3,0	17,70	13,94	27,0
Handel.....	2 875	+2,1	16,90	12,44	35,9
Gastgewerbe.....	1 892	+1,7	11,10	9,04	22,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 746	+2,6	15,69	14,94	5,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 987	+3,9	23,78	18,75	26,8
Unternehmensnahe Dienstleistungen ⁴	3 117	+3,7	18,46	12,16	51,8
Erziehung und Unterricht.....	3 097	+2,9	18,55	16,48	12,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen.	3 008	+2,5	17,75	14,91	19,0
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.....	3 014	+3,9	17,71	13,55	30,7

1 Ohne Sonderzahlungen

2 Ohne Beamte und Auszubildende

3 Ohne Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung

4 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Durchschnittliche Bruttoverdienste in Deutschland im 2. Quartal 2008 nach Wirtschaftszweigen

Umweltwirtschaft
2007:
6,9 Millionen Liter Wasser
gefährdende Stoffe bei
Unfällen freigesetzt

Bundesweit registrierten die zuständigen Behörden im Jahr 2007 in Deutschland 2 211 Unfälle mit Wasser gefährdenden Stoffen. Insgesamt wurden dabei 6,9 Millionen Liter Wasser gefährdende Substanzen freigesetzt. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Rückgang von 2,6 Millionen Litern (27,4 Prozent) – das entspricht etwa 200 gefüllten Tanklastern. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Unfälle im Vergleich zum Vorjahr leicht an (1,7 Prozent). Zu berücksichtigen ist jedoch dabei die Zufälligkeit des Unfallgeschehens und die damit freigesetzte Stoffmenge, die in den einzelnen Berichtsjahren stark schwankt.

Durch Maßnahmen wie Abdichten schadhafter Behälter, Aufbringen von Bindemitteln, Einbringen von Sperren in Gewässern oder Löschen etwaiger Brände konnten im Berichtsjahr 2,7 Millionen Liter Wasser gefährdende Stoffe wiedergewonnen werden. Dies ergab eine Wiedergewinnungsrate von 39,2 Prozent (2006: 41,4 Prozent). Rund 4,2 Millionen Liter der Wasser gefährdenden Substanzen – dies entspricht 60,8 Prozent der insgesamt freigesetzten Mengen – belasten dauerhaft den Wasserhaushalt, weil sie weder wiedergewonnen noch einer geordneten Entsorgung zugeführt werden konnten. Sie führten hauptsächlich zu Verunreinigungen des Bodens und teilweise zu Mehrfachbelastungen des Wasserhaushaltes, aber auch zu Verschmutzungen von Kanalnetzen und Oberflächengewässern.

Knapp 65 Prozent der Unfälle (1 428) ereigneten sich bei der Beförderung Wasser gefährdender Stoffe. Die meisten dieser Schadensfälle (1 313) traten beim Transport mit Straßenfahrzeugen auf, dabei wurden rund 458 000 Liter Wasser gefährdende Substanzen freigesetzt. Überwiegend handelte es sich um Mineralölprodukte (63,8 Prozent). Rund 37,0 Prozent dieser Unfälle wurden durch menschliches Fehlverhalten verursacht, weitere 31,5 Prozent sind auf Materialfehler, zum Beispiel Mängel an Behältern und Verpackungen, zurückzuführen. 2007 ereigneten sich 65 Schiffsunfälle mit Wasser gefährdender Ladung, dabei gelangten 237 500 Liter dieser Schadstoffe in Oberflächengewässer, insbesondere in Rhein und Ems. Im Vorjahr wurde eine vergleichsweise niedrige Menge (77 700 Liter) bei dieser Beförderungsart erfasst.

Beim Umgang Wasser gefährdender Stoffen ereigneten sich 783 Unfälle in gewerblichen und privaten Anlagen, davon 602 in sogenannten LAU-Anlagen (Lagern, Abfüllen und Umschlagen). Hierbei gelangten 4,9 Millionen Liter Schadstoffe in die Umwelt. Es handelt sich dabei überwiegend um Jauche-, Gülle- und Silage-sickersaft-Unfälle (4,6 Millionen Liter). Diese Stoffe sind nicht in Wassergefährdungsklassen eingestuft, bringen jedoch wegen ihrer großen Mengen ein beträchtliches Gefährdungspotenzial mit sich.

Unfälle mit wasser-
gefährdenden Stoffen
in Deutschland
2006 und 2007

Jahr	Unfälle insgesamt	Frei-gesetztes	davon nicht wieder-gewonnenes
			Volumen
	Anzahl		m ³
Unfälle insgesamt			
2007.....	2 211	6 908,3	4 199,9
2006.....	2 175	9 513,0	5 574,4
Unfälle beim Umgang			
2007.....	783	6 144,9	3 765,1
2006.....	790	8 762,4	5 214,8
Unfälle bei Beförderung			
2007.....	1 428	763,5	434,8
2006.....	1 385	750,6	359,0

Quelle: Statistisches Bundesamt



aus Europa

Handel August 2008: Absatzvolumen im Einzelhandel gegenüber Juli 2008 in der Eurozone um 0,3 Prozent und in der EU27 um 0,4 Prozent gestiegen

Im August 2008 ist das Absatzvolumen des Einzelhandels¹ gegenüber Juli 2008 in der Eurozone (EZ15) um 0,3 Prozent und in der EU27 um 0,4 Prozent gestiegen. Im Juli hatte der Einzelhandelsindex um 0,1 Prozent bzw. 0,3 Prozent zugenommen.

Gegenüber demselben Monat des Vorjahres nahm der Einzelhandelsindex im August 2008 in der Eurozone um 1,8 Prozent und in der EU27 um 0,2 Prozent ab.

Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren stieg im August 2008 gegenüber Juli 2008 in der Eurozone um 0,7 Prozent und in der EU27 um 0,3 Prozent. Der Nicht-Nahrungsmittelsektor nahm um 0,1 Prozent bzw. 0,4 Prozent zu.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, erhöhte sich das gesamte Einzelhandelsvolumen in zehn Mitgliedstaaten, war in sieben rückläufig und blieb in Dänemark stabil. Die höchsten Zuwächse wurden in

Luxemburg (+6,8 Prozent), Deutschland (+3,1 Prozent), Slowenien und Finnland (je +1,4 Prozent) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge verzeichneten Litauen (-2,5 Prozent), Lettland (-1,2 Prozent) und Österreich (-0,8 Prozent).

Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren fiel im August 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat in der Eurozone um 2,0 Prozent und in der EU27 um 1,8 Prozent. Der Nicht-Nahrungsmittelsektor nahm in der Eurozone um 1,6 Prozent ab, stieg aber in der EU27 um 1,0 Prozent an.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, erhöhte sich das gesamte Einzelhandelsvolumen in elf Mitgliedstaaten und war in sieben rückläufig. Die höchsten Zuwächse wurden in Rumänien (+17,3 Prozent), Slowenien (+6,9 Prozent) und Polen (+6,2 Prozent) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge verzeichneten Lettland (-8,9 Prozent), Estland (-6,7 Prozent) und Spanien (-5,8 Prozent).

¹ Auf der Grundlage von saison- und arbeitstäglich bereinigten Daten, die saisonbereinigten Reihen für die Eurozone und die EU werden durch Aggregation der arbeitstäglich bereinigten Reihen der Mitgliedstaaten und anschließende Saisonbereinigung berechnet. Die saisonbereinigten Daten für den

Einzelhandel insgesamt beruhen daher nicht auf einem Aggregat der saisonbereinigten Indizes der Mitgliedstaaten, sondern unmittelbar auf den von den Mitgliedsländern gelieferten arbeitstäglich bereinigten Reihen. Die saisonbereinigten Wachstumsraten der Eurozone und der EU können des-

halb von den gewichteten Wachstumsraten der Mitgliedstaaten abweichen. Dies bedeutet auch, dass die aggregierten Zahlen für den gesamten Einzelhandel nicht unmittelbar aus den veröffentlichten Einzelwerten (Lebensmittel, Non-food) resultieren.

Quelle: Eurostat

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

2. Quartal 2008:
BIP in der Eurozone um 0,2 Prozent gesunken, BIP in der EU27 unverändert

Im Vergleich zum Vorquartal ist das BIP der Eurozone (EZ15) im zweiten Quartal 2008 um 0,2 Prozent gesunken, während das BIP der 27 Mitgliedstaaten (EU27) unverändert blieb. Dies geht aus der zweiten Schätzung im Rahmen der europäischen vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen¹ hervor. Im ersten Quartal 2008 betrug die Wachstumsrate +0,7 Prozent in der Eurozone und +0,6 Prozent in der EU27.

Relativ zum entsprechenden Quartal des Vorjahres ist das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal 2008 in der Eurozone um 1,4 Prozent und in der EU27 um 1,7 Prozent gestiegen, nach +2,1 Prozent bzw. +2,3 Prozent im vorangegangenen Quartal.

Im zweiten Quartal 2008 wies unter den Mitgliedstaaten, für die saisonbereinigte Daten zum BIP vorliegen, die Slowakei (+1,9 Prozent) die höchste Wachstumsrate gegenüber dem Vorquartal auf, gefolgt von Polen (+1,5 Prozent) und Litauen (+1,0 Prozent).

Im zweiten Quartal 2008 sanken die privaten Konsumausgaben² in der Eurozone um 0,2 Prozent und in der EU27 um 0,1 Prozent (nach -0,1 Prozent bzw. +0,1 Prozent im Vorquartal). Die Investitionen verringerten sich in der Eurozone wie in der EU27 um 1,0 Prozent (nach zuvor +1,4 Prozent und +0,8 Prozent). Die Ausfuhren sanken um 0,2 Prozent in der Eurozone und um 0,3 Prozent in der EU27 (nach +1,8 Prozent in beiden Gebieten). Die Einfuhren verminderten sich um 0,5 Prozent sowohl in der Eurozone als auch in der EU27 (nach +1,8 Prozent bzw. +1,7 Prozent).

Unter den Hauptwirtschaftspartnern der EU verzeichneten die Vereinigten Staaten im zweiten Quartal 2008 einen Zuwachs des BIP von 0,7 Prozent (+0,2 Prozent im Vorquartal). In Japan sank das BIP im zweiten Quartal 2008 um 0,7 Prozent (+0,7 Prozent im Vorquartal).

Im Vergleich zum zweiten Quartal 2007 erhöhte sich das BIP um 2,1 Prozent in den Vereinigten Staaten (+2,5 Prozent im Vorquartal) und um 0,8 Prozent in Japan (+1,2 Prozent im Vorquartal).

Land	Veränderung gegenüber dem Vorquartal				Zuvor veröffentlichter Wert ¹ für das 2. Quartal 2008
	2007		2008		
	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	
	%				
EZ15.....	+0,6	+0,4	+0,7	-0,2	-0,2
EU27.....	+0,7	+0,4	+0,6	0,0	-0,1
EU-Mitgliedsländer					
Belgien.....	+0,7	+0,5	+0,5	+0,2	-0,3
Bulgarien.....	•	•	•	•	•
Tschechische Rep....	+1,4	+1,3	+0,9	+0,9	+0,9
Dänemark.....	+1,4	-0,2	-0,6	+0,4	+0,6
Deutschland.....	+0,6	+0,3	+1,3	-0,5	-0,5
Estland.....	+0,5	+0,1	-0,9	-0,8	-0,9
Irland.....	0,0	-0,1	-0,3	-0,5	•
Griechenland.....	+0,9	+0,7	+1,1	+0,8	+0,8
Spanien.....	+0,6	+0,6	+0,3	+0,1	+0,1
Frankreich.....	+0,7	+0,4	+0,4	-0,3	-0,3
Italien.....	+0,1	-0,4	+0,5	-0,3	-0,3
Zypern.....	+1,1	+1,0	0,0	+0,8	+0,7
Lettland ²	+1,5	+0,2	-0,5	-0,5	-0,5
Litauen.....	+2,7	+1,8	-0,4	-1,0	+0,9
Luxemburg.....	-0,5	+1,9	+1,3	•	•
Ungarn.....	+0,3	+0,2	+0,6	+0,6	+0,6
Malta.....	+1,1	+0,8	+0,7	+0,7	•
Niederlande ²	+1,1	+1,3	+0,4	+0,1	0,0
Österreich.....	+0,6	+0,7	+0,6	+0,4	+0,4
Polen.....	+1,4	+1,8	+1,4	+1,5	+1,5
Portugal.....	0,0	+0,6	-0,2	+0,3	+0,4
Rumänien.....	•	•	•	•	•
Slowenien.....	+1,5	+0,6	+2,0	+0,9	•
Slowakei ²	+2,2	+2,0	+1,7	+1,9	+1,9
Finnland.....	+0,4	+0,9	+0,3	+0,8	•
Schweden.....	+0,4	+0,5	+0,1	0,0	0,0
Vereinig. Königreich	+0,8	+0,5	+0,3	0,0	0,0
EFTA.....					
Island.....	+1,5	-0,1	-1,4	+4,9	•
Norwegen.....	+1,6	+1,0	0,0	+0,6	+0,6
Schweiz.....	+0,7	+1,0	+0,3	+0,4	+0,4
Hauptwirtschaftspartner					
USA.....	+1,2	0,0	+0,2	+0,7	+0,8
Japan.....	+0,2	+0,6	+0,7	-0,7	-0,6

• Daten nicht verfügbar
1 auf der Basis der 1. Schätzung, veröffentlicht von Eurostat in der Pressemitteilung 124/2008 vom 3. September 2008
2 auf der Grundlage nicht saisonbereinigter Daten

Entwicklung des BIP-Volumens in Europa im 2. Quartal 2008 nach Ländern (auf der Grundlage saisonbereinigter Daten)

1 Die erste reguläre Schätzung wurde im September 2008 von Eurostat vorgenommen. Diese baute noch auf einer geringeren Datenmenge auf und bezog sich teilweise auf erste Schätzungen, die von einigen Ländern mittlerweile überarbeitet wurden. Die auf eine Nachkommastelle veröffent-

lichte Wachstumsrate des BIP für das zweite Quartal 2008, -0,2 Prozent in der EZ15 und auf -0,1 Prozent (In-ges Minus 2x) in der EU27 geschätzt worden war, bleibt für die EZ15 unverändert und wird für die EU27 nach oben auf 0,0 Prozent revidiert. Die Wachstumsrate relativ zum zweiten

Quartal 2007, die auf +1,4 Prozent in der EZ15 und auf +1,6 Prozent in der EU27 geschätzt worden war, bleibt für die EZ15 unverändert und wird für die EU27 nach oben auf +1,7 Prozent revidiert.

2 einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin Juni 2008

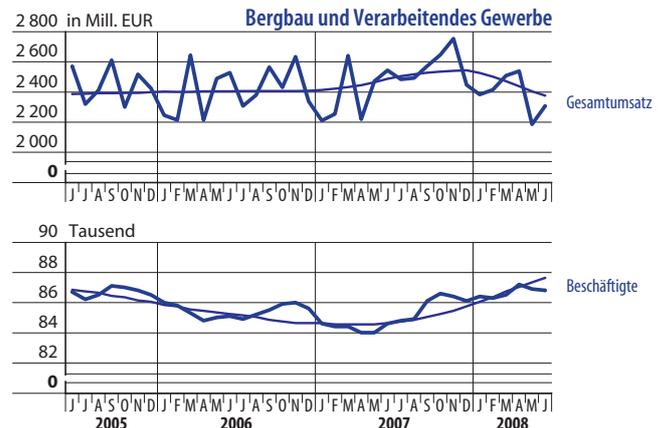
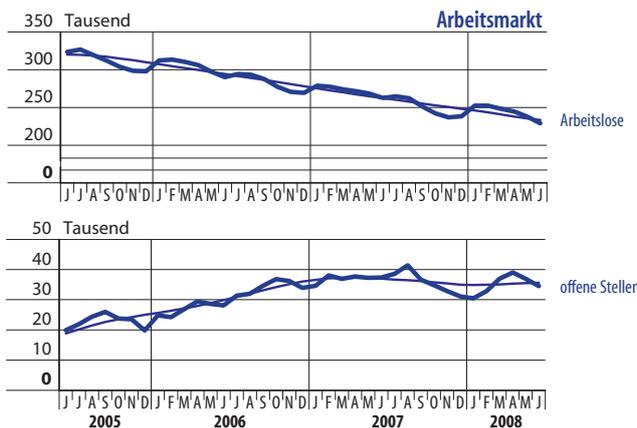
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom Juni 2007 bis zum Juni 2008 um 12,9 Prozent, das waren 33 828 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 15,9 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden bewegten sich die meisten dargestellten Kennziffern im positiven Bereich. Besonders der Auslandsumsatz erreichte eine hohe Zuwachsrate. Für das Berliner Bauhauptgewerbe zeigte sich bei allen Kennziffern eine positive Entwicklung – besonders beim Auftragseingang und beim Baugewerblichen Umsatz. Beim Berliner Außenhandel fallen die Trend-Konjunktur-Komponenten des Exportes und des Importes wieder – die der Exporte stärker als die der Importe. Beim Einzelhandel blieb der Trend

der Messzahl des nominalen Umsatzes fast gleich, während der Trend der Beschäftigten leicht abfiel. Im Gastgewerbe verzeichnete die Beschäftigtenzahl eine fallende Tendenz, der nominale Umsatz eine gleich bleibende. Im Berliner Tourismus zeigte die Zahl der Gäste ebenso wie die der Übernachtungen eine leicht und gleichmäßig steigende Trend-Konjunktur-Komponente. Beim Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und dem Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben war ein stärker schwankender – in letzter Zeit deutlich fallender Trend – erkennbar. Die beantragten Insolvenzen und die Regelsolvenzen der Unternehmen wiesen seit Mitte des Jahres 2007 eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente auf. Die Berliner Inflationsrate lag bei +3,4 Prozent – Tendenz seit Beginn des Jahres 2007 stark steigend.

Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 5,7 Prozentpunkte und die auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,2 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 1,6 beziehungsweise 0,9 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen (einschließlich der Berliner) Werten. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahl – die linear-fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die gemeldeten offenen Stellen verringerten sich seit dem Juni des vorigen Jahres um 2 892 oder 7,7 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 6,6. Die seit Mitte des Jahres 2004 steigende Trend-Konjunktur-Komponente bei den offenen Stellen pendelte seit dem Oktober des Jahres 2007 um Werte von 35 000.

Die im Monat Juni 2008 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 365 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 307,5 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 236,9 Millionen EUR unterschritten; es verringerte sich um 9,3 Prozent. Im ersten Halbjahr des Jahres 2008 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 14,3 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 bedeutete dies praktisch keine Veränderung des Gesamtumsatzes – genau war es eine Veränderung um –0,02 Prozent. Im Juni 2008 wurden im Ausland durch diesen Wirtschaftszweig fast 1 Milliarde EUR abgesetzt, das waren 43,2 Prozent des Gesamtumsatzes. Der Absatz im Ausland dieses Wirtschaftszweiges realisierte langfristige Steigerungsraten um die 10-Prozent-Marke. Der Auftragseingangs-

In Berlin wurden am Ende des Juni 2008 mit 229 013 **Arbeitslosen** 9 021 Personen oder 3,8 Prozent weniger als im Vormonat, dem Mai 2008, registriert. Im Vergleich zum Juni 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 12,9 Prozent, das entspricht 33 828 Personen, ab. Die Personenzahl entspricht etwa der Einwohnerzahl einer brandenburgischen Stadt der Größe Eisenhüttenstadts. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 15,9 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 13,6 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,1 beziehungsweise 2,0 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner



index des Verarbeitenden Gewerbes zeigte ebenfalls eine durchgängig positive Entwicklung. Es ergab sich eine Veränderungsrate von +7,7 Prozent im Ein-Jahres-Vergleich – Juli 2007 bis Juni 2008 zu Juli 2006 bis Juni 2007. Im Vergleich vom Juni 2008 zu Juni 2007 betrug der Zuwachs des Auftragseingangsindex 2,5 Prozent. Im Juni 2008 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 86 948 Personen beschäftigt, +2,6 Prozent oder 2 234 Personen mehr als im Juni 2007. Die längerfristige Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes ist fallend und die der Beschäftigtenzahl steigend. Da der Gesamtumsatz stärker als die Beschäftigtenzahl anstieg, stieg die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) im Juni 2008 zum Mai an, und zwar auf 26 539 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat –11,6 Prozent und +1,0 Prozent beim Vergleich der letzten zwölf Monatszeiträume.

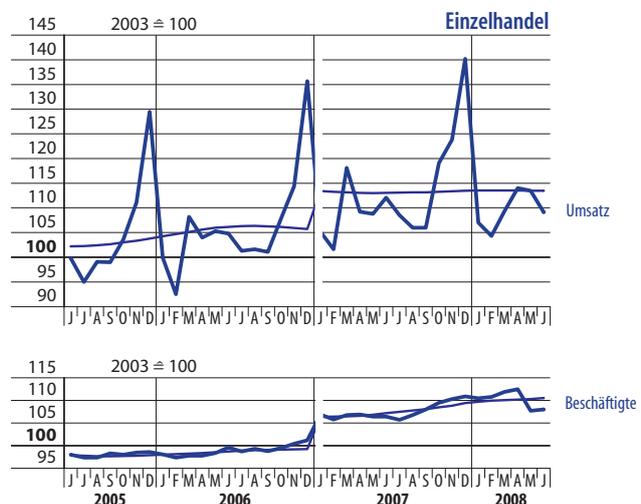
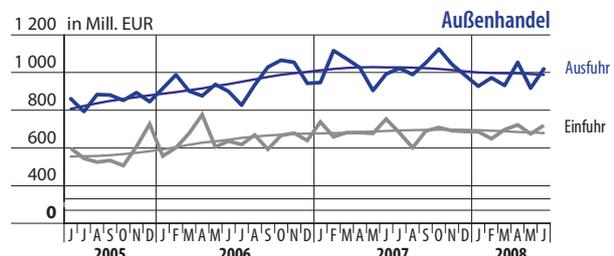
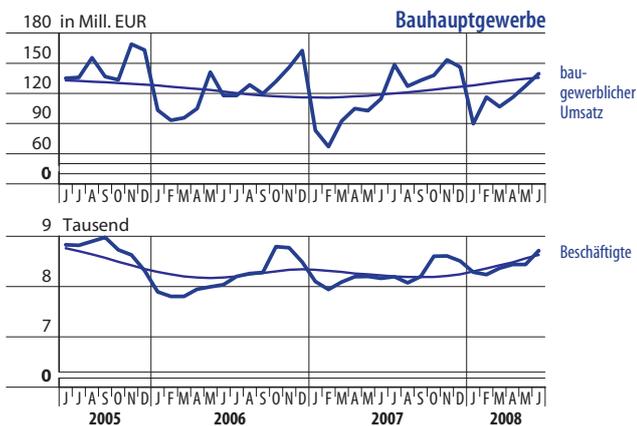
Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei den Beschäftigten und beim baugewerblichen Umsatz eine einheitlich steigende Trend-Konjunktur-Komponente, wobei die Beschäftigten deutlich stärker als der Umsatz zulegten. Die grafische Darstellung zeigt weiterhin die fast synchron verlaufenden saisonalen Schwankungen im Umsatz und bei den Beschäftigten. Der Auftragseingang legte im Juni 2008 recht stark zu – er verdoppelte sich im Vergleich zum Juni 2007 und betrug 210,6 Millionen EUR. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 8 711 Arbeitnehmer erzielten im Juni 2008 einen baugewerblichen Umsatz von 139,6 Millionen EUR. Dieser lag um 21,6 Prozent über dem Wert vom Juni 2007. Im Vergleich der Zwölf-Monats-Zeiträume ist ein Zuwachs von 12,5 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenzahl stieg im Vergleich des Juni 2008 zum Juni 2007 um 6,7 Prozent, im zwölfmonatigen Zeitraum waren es +1,2 Prozent. Insgesamt befanden sich alle in der Tabelle angegebenen Kennziffern zu den Veränderungen des Berliner Bauhauptgewerbes im positiven Bereich – davon der Umsatz auch langfristig zweistellig.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im Juni 2008 ein Volumen von 720,3 Millionen EUR und lag damit um 4,4 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats – des Juni 2007. Im Vergleich der letzten zwölf Monate waren es +1,9 Prozent. Im aktuellen Monat erreichte das Exportvolumen 1 019,0 Millionen EUR. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug +2,7 Prozent; beim Ein-Jahres-Zeitraum

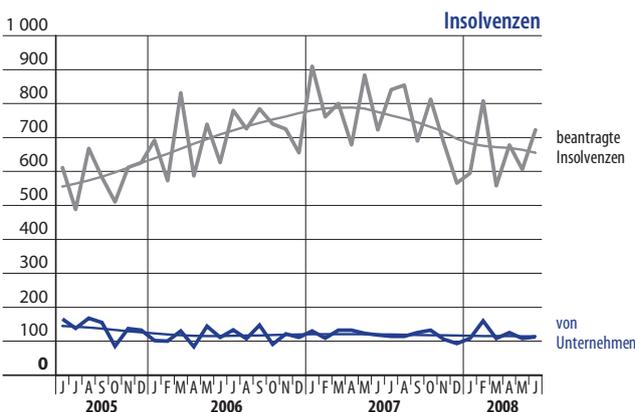
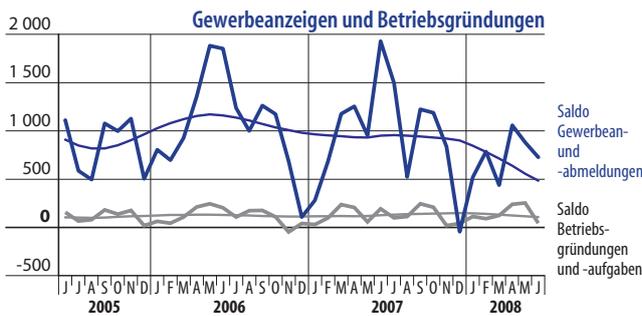
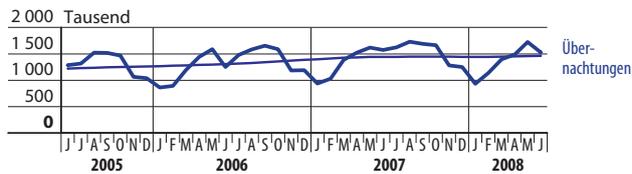
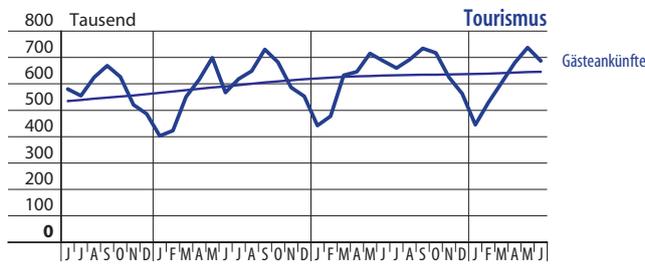
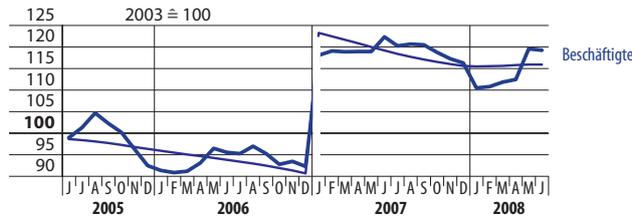
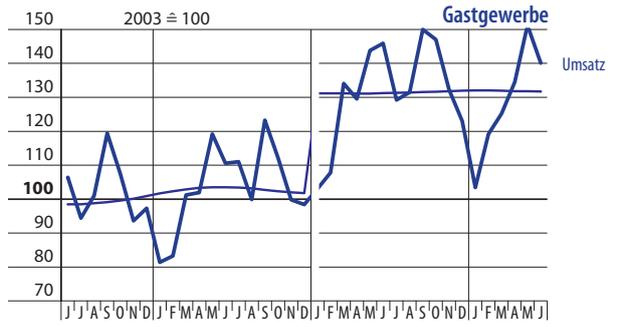
waren es +1,1 Prozent. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) und den Import (Generalhandel) in der Vergangenheit ein stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Seit Mitte des Jahres 2007 fällt die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes, während die der Importe seit etwa November 2007 leicht abfällt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Berliner **Einzelhandel** war mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bezüglich der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen worden. Bei der Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente kann diese Sprungstelle berücksichtigt werden, während der Ein-Jahres-Vergleich zurzeit nicht möglich ist. Die langfristigen Messzahlen des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten stiegen. Bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen des Umsatzes war die Trend-Konjunktur-Komponente gleich bleibend, bei der Messzahl der Beschäftigten war sie dagegen leicht aber kontinuierlich steigend. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 stieg der Index des nominalen Einzelhandelsumsatzes und der Beschäftigten gegenüber den ersten sechs Monaten des Jahres 2007 um 0,4 beziehungsweise 3,5 Prozent.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** wurde – wie beim Einzelhandel – die gleiche methodische Veränderung, die zu den gleichen Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung führte, vorgenommen. Beim nominalen Umsatz war eine waagerechte, bei den Beschäftigten eine fallende – in den letzten sechs Monaten



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



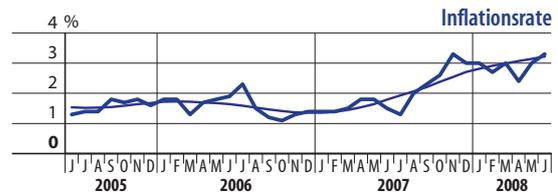
jedoch fast gleichbleibende – Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Bei der Messzahl des nominalen Umsatzes trat im Vergleich des ersten Halbjahres 2008 zum gleichen Zeitraum des Vorjahres eine Veränderung von +1,2 Prozent auf. Die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 4,5 Prozent.

Im Juni 2008 betrug die Zahl der Übernachtungen in der Berliner **Tourismusbranche** 1 525,9 Tausend; gegenüber dem Juni 2007 waren es 46 915 Übernachtungen oder 3,0 Prozent weniger. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 4,2 Prozent. Die Zahl der Gäste zeigte ebenso wie die der Übernachtungen eine leicht und gleichmäßig steigende Trend-Konjunktur-Komponente. Im Juni 2008 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,2 Übernachtungen.

Bei den **Gewerbeanmeldungen** werden nur die Salden der Gewerbe- und -abmeldungen und die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbeanmeldungen fiel gegenüber dem Juni 2007 um 62,3 Prozent; im Ein-Jahres-Vergleichszeitraum waren es –18,0 Prozent. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigt sich wechselhaft. Der Juni 2008 zum Juni 2007: 44 Betriebsgründungen mehr als -aufgaben, das sind –77,1 Prozent; im längerfristigen Ein-Jahres-Vergleich waren es dann jedoch +14,8 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten beim Gewerbe- und beim Betriebs-Saldo zeigten seit dem Juni 2005 größere Schwankungen, ab dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 jedoch eine deutlich fallende Tendenz. Auffallend ist, dass immer zum Jahreswechsel umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkte Anmeldungen auftraten.

Die beantragten **Insolvenzen** werden nach wie vor stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Juni 2008 blieben die beantragten Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat bei 723 Fällen konstant. Im gleichen Monat waren es bei den Unternehmensinsolvenzen insgesamt 113 Insolvenzfälle, oder –4,2 Prozent zum Juni 2007. Die Unternehmensinsolvenzen haben sich damit auch im Halbjahres- und Einjahres-Vergleich weiter verringert. Es ergab sich für den ganzjährigen Vergleichszeitraum bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen ein Minus von 3,3 Prozent; bei den beantragten Insolvenzen waren es –8,2 Prozent. Seit Mitte 2007 fallen die Trend-Konjunktur-Komponenten der beantragten Insolvenzen und der Unternehmensinsolvenzen.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

werden, erfasst, lag im Monat Juni 2008 – bezogen auf das Jahr 2005 – bei 106,7. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen Juni 2007 und Juni 2008, ergab sich ein Wert von +3,3 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate ist seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 steigend. Sie war im November 2007 bei Werten

über 2,5 und im April 2008 bei Werten über 3,0 Prozent angelangt. Ursache der jährlichen Teuerung waren in erster Linie wieder die hohen Energie- und Nahrungsmittelpreise. Ohne Einbeziehung der Preise für Energie wäre der Anstieg der Verbraucherpreise im Juni 2008 mit +2,1 Prozent deutlich geringer gewesen.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Juni 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 1. Oktober 2008)

Merkmal	Einheit	Juni 2008		Januar 2008 bis Juni 2008		Juli 2007 bis Juni 2008	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittel- wert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	229 013	-12,9	244 117	-10,3	246 719	-11,0
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangindex ²	2000 \pm 100	126,3	+2,5	119,4	+2,4	121,8	+7,7
Gesamtumsatz	Mill. EUR	2 307,5	-9,3	2 389,8	-0,0	2 478,0	+2,5
Auslandsumsatz	Mill. EUR	996,9	+9,2	912,9	+10,6	897,5	+11,6
Beschäftigte	1 000	86,9	+2,6	86,8	+2,8	86,4	+1,6
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	210,6	+108,3	122,3	+2,0	119,4	+5,5
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	139,6	+21,6	116,0	+23,1	128,5	+12,5
Beschäftigte	1 000	8,7	+6,7	8,4	+3,7	8,4	+1,2
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	1 019,0	+2,7	970,3	-3,9	1 003,3	+1,1
Einfuhr	Mill. EUR	720,3	-4,4	691,7	-1,0	684,2	+1,9
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	2003 \pm 100	109,1	-2,7	109,6	+0,4	x	x
Beschäftigte	2003 \pm 100	108,0	+1,5	110,2	+3,5	x	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal	2003 \pm 100	140,1	-4,0	128,9	+1,2	x	x
Beschäftigte	2003 \pm 100	119,3	-2,5	114,1	-4,5	x	x
Tourismus							
Gästekünfte	1 000	686,6	-0,0	613,8	+2,3	639,6	+3,5
Gästeübernachtungen	1 000	1 525,9	-3,0	1 367,7	+1,7	1 453,3	+4,2
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen. darunter	Anzahl	+727,0	-62,3	+735,3	-29,8	+803	-18,0
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	+44,0	-77,1	+144,0	+4,5	+133	+14,8
Beantragte Insolvenzverfahren. darunter	Anzahl	723	+0,0	661,3	-16,6	701,4	-8,2
Regelinsolvenz der Unternehmen	Anzahl	113	-4,2	120,3	-3,0	117,2	-3,3
Verbraucherpreisindex	2005 \pm 100	+106,7	+3,3	105,8	+2,9	105,1	+2,7

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe,
Volumenindex (ausgewählte
Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen
mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten

4 vorläufig



Brandenburg Juni 2008

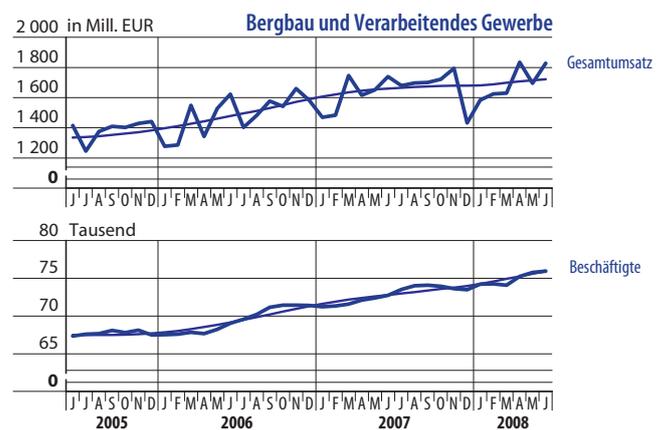
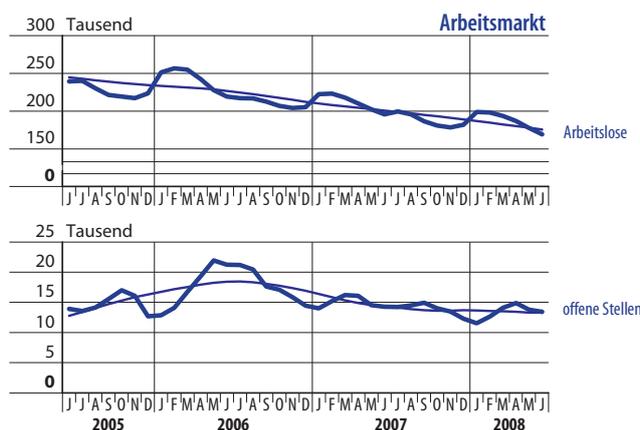
Die Zahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Juni 2008 zum Vorjahresmonat um 13,5 Prozent; das sind –26 436 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 14,0 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Auftrageingangindex (nur für das Verarbeitende Gewerbe), der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war nur beim Auftrageingang ein stark steigender Trend vorhanden. Die Beschäftigtenzahl fällt weiter kontinuierlich, während die Entwicklung des Gesamtumsatzes zurzeit keine eindeutige Tendenz erkennen lässt.

Im brandenburgischen Einzelhandel fielen die nominale Umsatz- leicht und die Beschäftigten-Messzahl stärker. Die gleiche Tendenz war im Gastgewerbe vorhanden. Die gesamten brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen – nach einer Beruhigungsphase ab Mitte des Jahres 2007 mit Veränderungs-raten von über 10 Prozent – wieder stark an. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen hielt der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich steigende Trend weiter an. Dagegen fiel der Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und der Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben stark. Die beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen gingen deutlicher zurück. Im Juni 2008 betrug die Inflationsrate +3,4 Prozent.

beziehungsweise auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,1 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 0,2 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 fast linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten 13 436 offenen Stellen waren seit dem Juni des vorigen Jahres um 850 Stellen oder um 5,9 Prozent niedriger geworden. Im Mai 2006 war mit fast 22 000 offenen Stellen seit dem Januar des Jahres 2000 ein Maximum erreicht. Von Juli 2006 bis zum Juli 2007 war die Trend-Konjunktur-Komponente fallend, sie scheint mit Beginn des zweiten Halbjahres 2007 bei etwa über 13 300 offenen Stellen zu verharren. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,6 – Tendenz fallend. Im Juni dieses Jahres waren 7 787 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Juni 2007 ergab das ein Plus von 511 Personen oder 7,0 Prozent.

Im Land Brandenburg wurden Ende Juni 2008 mit insgesamt 169 229 **Arbeitslosen** 4,8 Prozent weniger als im Mai 2008 registriert; das sind –8 577 Personen. Im Vergleich zum Juni 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 13,5 Prozent ab, das sind –26 436 Personen, dies entspricht etwa der Einwohnerzahl der Stadt Strausberg. Die brandenburgische Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 14,0 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,6 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 2,1 beziehungsweise 1,9 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die brandenburgischen Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 5,5 Prozentpunkte

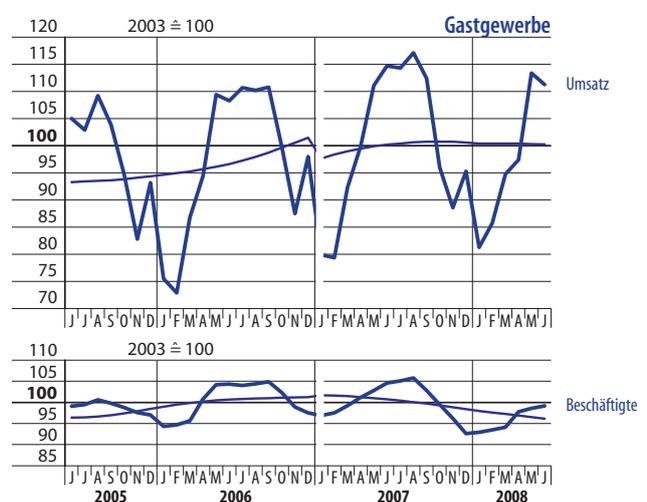
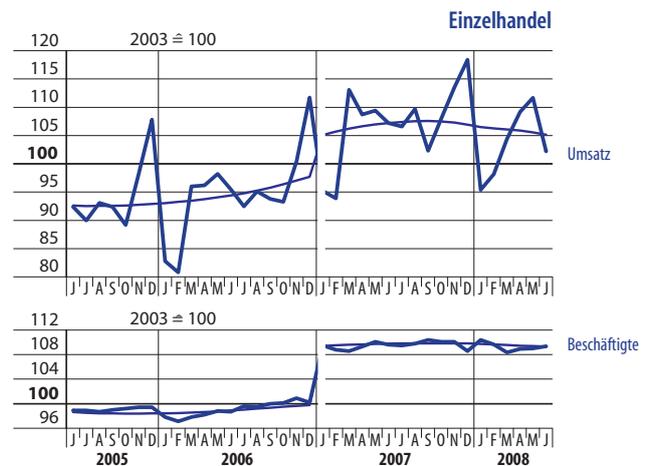
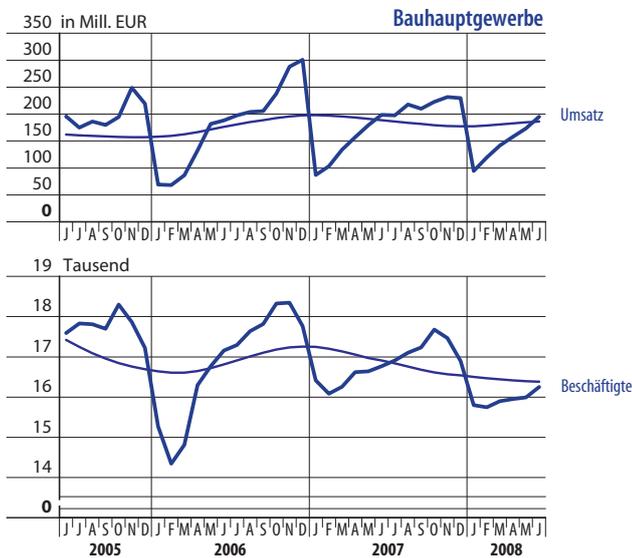
Im brandenburgischen **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** war eine weiterhin sehr positive Entwicklung erkennbar. Die Veränderungen im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahreszeiträumen aller zu diesem Wirtschaftsabschnitt in der Tabelle enthaltenen Merkmale lagen im positiven Bereich. Die im Monat Juni dieses Jahres 433 berichtspflichtigen Betriebe – das sind 25 Betriebe mehr als im Juni 2007 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 828,2 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 88,7 Millionen EUR oder 5,1 Prozent überboten. Im Zeitraum eines Jahres



– von Juli 2007 bis Juni 2008 – konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 20,2 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 6,7 Prozent. Der langfristige Trend des Gesamtumsatzes in diesem wichtigen brandenburgischen Wirtschaftsabschnitt war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und einem „Einbruch“ im Dezember 2007 – sehr stark steigend. Wobei die Trend-Konjunktur-Komponente, offensichtlich vom Weihnachtsfest und dem Jahreswechsel 2007 beeinflusst, seit dem Oktober 2007 geringfügig schwächer steigt. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses brandenburgischen Wirtschaftsabschnitts erreichte im Juni ein Niveau von 473,8 Millionen EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug dabei 25,9 Prozent, wobei sich der seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 leicht fallende Trend in abgeschwächter Form fortsetzte. Insgesamt sind in den letzten zwölf Monaten für 5,1 Milliarden EUR Waren dieses Wirtschaftsabschnitts aus dem Land Brandenburg exportiert worden. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, während die des Umsatzes bereits seit dem Januar 2003 anstieg. Im Juni 2008 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 75 967 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem Mai 2008 – ist das ein Anstieg um 193 Personen; gegenüber dem Juni 2007 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 4,4 Prozent oder 3 236 Personen. Beim Vergleich des Ein-Jahres-Zeitraumes sind es +4,2 Prozent. Im Juni 2008 betrug die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 24 066 EUR, das waren +0,6 Prozent gegenüber dem Juni 2007. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg ebenfalls, sie lag im gleichen Zeitraum um gleichfalls 0,6 Prozent höher. Im Vergleich der beiden letzten Zwölf-Monats-Zeiträume stieg die Produktivität um 2,5 Prozent und die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten um 2,3 Prozent.

In der konjunkturellen Entwicklung des brandenburgischen **Bauhauptgewerbes** scheint der seit fast zehn Jahren anhaltende Abwärtstrend – nach einem leichten

Zwischentief zum Jahreswechsel 2007/2008 – gebrochen. Die Entwicklung des Auftrageingangsindex zeigte eine deutlich positive Tendenz, was bei dem Gesamtumsatz und den Beschäftigten nicht der Fall ist. Bei den Trend-Konjunktur-Komponenten des Umsatzes ist eine schwankende in letzter Zeit wieder ansteigende Tendenz erkennbar, während bei der Beschäftigtenzahl seit ein und einem halben Jahr eine gleichbleibende bis leicht fallende Tendenz sichtbar wird. Die 329 im Juni 2008 berichtspflichtigen Betriebe – das sind gegenüber dem Juni 2007 fünf weniger – erreichten mit 16 247 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 195,3 Millionen EUR; der Umsatz lag damit um 1,6 Prozent unter dem Wert vom Juni 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume (Juli 2007 bis Juni 2008 zu Juli 2006 bis Juni 2007) ergibt sich demgegenüber ein Wert von –4,4 Prozent. Das wertmäßige Volumen der Auftrageingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 229,6 Millionen EUR. Es lag damit um 20,8 Prozent über den Angaben des Juni 2007. Die Entwicklung des Auftrageinganges in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +7,4 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe fiel in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum um 3,4 Prozent, bei dem Vergleich des Juni 2008 zum Juni 2007 ergaben sich –519 Beschäftigte oder –3,1 Prozent.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Betriebsgründungen und -aufgaben lag im Juni 2008 zum Juni 2007 bei einem Plus von 41 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen oder -69,6 Prozent. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark fallende Trend auch bei den Betriebsgründungen und -aufgaben erhalten, mit -28,7 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte bei dem Saldo der Gewerbeanzeigen eine langfristig stark fallende Tendenz; bei dem Saldo der Betriebe war diese Komponente leicht fallend.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen langfristig gegensätzliche Tendenzen. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war seit dem Jahr 2000 ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie sind langfristig und stabil bei 60 bis 70 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber im gleichen Zeitraum von mehr als acht Jahren eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten, die allerdings ab Mitte des Jahres 2007 wieder fällt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Juni 2008 fielen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 18,5 Prozent auf 508 Fälle. Im gleichen Monat waren

es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 58 Fälle, das waren -19,4 Prozent im Vergleich zum Juni 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 12,3 Prozent weniger Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es -5,8 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Juni 2008 bei 107,0. Der Index wurde rückwirkend auf das neue Preisbasisjahr 2005 \pm 100 umgestellt, dabei wurden auch der Warenkorb und das Wägungsschema verändert. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Juni 2008 und dem Juni 2007, ergab sich damit ein Wert von +3,4 Prozent. Ursache dieser Entwicklung waren in erster Linie die hohen Energie- und Nahrungsmittelpreise. Ohne Einbeziehung der Preise für Energie hätte sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Juni 2008 mit +1,9 Prozent nahezu halbiert. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Jahresanfang 2007 stark an, sie durchbrach im November 2007 die 2,5- und im März 2008 die 3,0-Prozent-Marke.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Juni 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 08. September 2008)

Merkmal	Einheit	Juni 2008		Januar 2008 bis Juni 2008		Juli 2007 bis Juni 2008	
		absolut	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt							
Arbeitslose	Anzahl	169 229	-13,5	187 495	-11,6	187 374	-11,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹							
Auftragseingangsindex ²	2000 \pm 100	146,6	+2,2	173,8	+22,5	169,3	+17,1
Gesamtumsatz	Mill. EUR	1 828,2	+5,1	1 699,5	+5,0	1 685,1	+6,7
Auslandsumsatz	Mill. EUR	473,8	+3,2	440,3	+2,2	427,4	+3,6
Beschäftigte	1 000	76,0	+4,4	74,9	+4,2	74,4	+4,2
Bauhauptgewerbe³							
Auftragseingang	Mill. EUR	229,6	+20,8	162,3	+12,2	165,7	+7,4
Baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	195,3	-1,6	147,2	+2,8	182,7	-4,4
Beschäftigte	1 000	16,2	-3,1	15,9	-3,2	16,6	-3,4
Einzelhandel⁴							
Umsatz nominal	Mill. EUR	102,2	-4,7	103,5	-1,0	x	x
Beschäftigte	Mill. EUR	109,3	-0,2	109,3	-0,0	x	x
Gastgewerbe⁴							
Umsatz nominal	2003 \pm 100	111,3	-3,0	97,3	+1,1	x	x
Beschäftigte	2003 \pm 100	99,2	-5,2	96,0	-4,3	x	x
Außenhandel							
Ausfuhr (Spezialhandel)	2003 \pm 100	1 029,7	+28,1	995,6	+16,0	932,3	+12,2
Einfuhr (Generalhandel)	2003 \pm 100	1 303,7	+54,3	1 135,2	+22,7	1 074,9	+14,8
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	407,9	-2,2	282,2	+3,3	306,8	+3,8
Gästeübernachtungen	1 000	1 041,8	-2,2	740,7	+2,8	838,0	+3,1
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Saldo Gewerbe- und -abmeldungen	Anzahl	80	-62,3	173,8	-18,1	107,0	-48,7
darunter							
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	41	-69,6	56,0	-28,4	55,3	-28,7
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	508	-18,5	498,0	-16,0	517,3	-5,8
darunter							
Regelinsolvenz der Unternehmen	Anzahl	58	-19,4	61,8	-14,1	61,7	-12,3
Verbraucherpreisindex	2005 \pm 100	107,0	+3,4	106,3	+2,9	105,5	+2,7

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Klaus Voy, Torsten Haseloff

Ein kurzer Überblick zur Organisationsgeschichte der amtlichen Statistik in der Region Berlin und Brandenburg

Zur Gründung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Die amtliche Statistik ist in Deutschland an politische Körperschaften beziehungsweise Einheiten gebunden,

In diesem Beitrag wird ein Rückblick auf die Geschichte der Organisation der amtlichen Statistik in Berlin und Brandenburg (und damit auch für einen Teil des historischen Preußen) gegeben. Anlass dafür ist die Gründung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zum Jahresbeginn 2007. Im neuen Amt wurden der Statistikbereich des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg und das Statistische Landesamt Berlin in einer Anstalt öffentlichen Rechts zusammengeführt. Die Bildung dieser gemeinsamen Einrichtung ist nicht auf Veränderungen des politischen Status der beiden Bundesländer zurückzuführen, sondern allenfalls als Sparmaßnahme und Vorgriff auf eine eventuelle Länderfusion zu sehen. Das gemeinsame Amt nimmt für beide Länder die Aufgaben statistischer Landesämter wahr, darüber hinaus für Berlin die Aufgabe der Kommunalstatistik. Die Geschichte der amtlichen Statistik in Berlin und in Brandenburg verlief wesentlich wechselvoller als in den meisten anderen Bundesländern. Das (West-) Berliner Amt für Statistik wurde im Jahr 1951 in Statistisches Landesamt Berlin umbenannt; es war zur DDR-Zeit nur für den Westteil der Stadt zuständig. Es hat unter diesem Namen also 55 Jahre lang existiert. Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg konnte 2006 erst auf 15 Jahre seit der Gründung zurückblicken. Viele Landesämter bestehen seit etwa sechzig Jahren, weil sie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als Statistikbehörden für Nachfolgestaaten Preußens gegründet worden sind. Das statistische Amt Preußens war 1805 in Berlin als erstes gegründet worden, die statistischen Ämter in den anderen Ländern mit langer historischer Kontinuität existieren seit dem frühen oder mittleren neunzehnten Jahrhundert, wie z.B. in Bayern oder Sachsen.

da ihre rechtlichen Grundlagen durch deren Gesetzgebung geschaffen werden. In der organisatorischen Entwicklung der statistischen Ämter spiegeln sich im Kleinen die großen Wandlungen und Brüche wider, welche die politische Entwicklung Deutschlands besonders nach dem Zweiten Weltkrieg kennzeichnen.

Brandenburg war bis 1945 bzw. 1947 eine der Preußischen Provinzen. Berlin wurde 1920 mit der Bildung von Groß-Berlin aus Brandenburg vollständig ausgegliedert; es hatte damit den Status einer preußischen Provinz neben Brandenburg und den anderen Provinzen. Berlin und Brandenburg waren in den meisten Jahren zwischen Kriegsende 1945, spätestens 1948, und der Wende 1989/90 nur geographische Begriffe, keine politischen Einheiten, bedingt durch die Teilung Berlins und die Existenz und Bezirksgliederung der DDR.

Die folgende Darstellung reicht – wenn auch nur cursorisch – zurück bis 1805. In diesem Jahr wurde – wie erwähnt – als erstes Amt für Statistik in Deutschland das „Königlich Preußische Statistische Bureau“ gegründet. Zur Geschichte der amtlichen Statistik in Preußen – auf Landesebene bzw. Ebene des Königreichs –, aber auch zur Geschichte der Statistik in den Kommunen, die jetzt zu Berlin gehören, gibt es eine breite und reichhaltige Literatur, vielfach anekdotisch und sehr personenbezogen. Darauf soll hier gar nicht, auf die fachliche Entwicklung der amtlichen Statistiken, die in der langen Frist durch einen beachtlichen Ausbau, besonders der Wirtschaftsstatistiken, gekennzeichnet ist, nur vereinzelt hingewiesen werden.

Gegenstand der folgenden Ausführungen ist demgegenüber ein Überblick über die organisatorische Geschichte der amtlichen Statistik in der Region Berlin und Brandenburg. Es werden drei Zeiträume betrachtet, die durch tiefe politische Umbrüche voneinander geschieden sind, und zwar durch die Niederlage und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches am Ende des Zweiten Weltkrieges und durch die Wende infolge des Umbruchs in der DDR mit der Folge der Vereinigung:

- 1805 bis 1945,
- 1945 bis 1989,
- 1989 bis Ende 2006 bzw. bis zur Gegenwart.

1805 bis 1945: Preußen und Deutsches (Kaiser-)Reich Das preußische statistische Amt bis 1933 bzw. 1945

Im Jahr 1805 wurde für das Königreich Preußen das erste statistische Amt überhaupt in Deutschland gegründet, das *Königlich Preußische Statistische Bureau*. Diese anfangs kleine Behörde sammelte Daten nicht für interne Verwaltungszwecke – statistische Verwaltungsstellen mit einem derartigen Auftrag gab es seit der frühen Neuzeit in den Innenministerien bzw. der „Policey“ und auch in anderen Ministerien beziehungsweise staatlichen Einrichtungen der sich entwickelnden (absolutistischen) Staaten –, sondern als Amt mit einem öffentlichen politischen Auftrag, wie beschränkt ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Auftrag‘ zunächst auch immer definiert waren. Die Gründung stand im engen Zusammenhang mit den damaligen Staatsformen (Stein/Hardenberg).

Das *Königlich Preußische Statistische Bureau* hatte nach seiner Gründung im Jahr 1805 nur wenige Mitarbeiter; es wurde dem Freiherrn vom Stein direkt unterstellt. Besonders großer Wert wurde zunächst auf die Bestimmung des Nationalvermögens und die Einstufung des Wohlstandes des Staates gelegt.

„Am Ausgang dieser Epoche – [dem ‚Zeitalter des absoluten Staats‘] – steht ein monumentaler Versuch des physiokratisch beeinflussten Leopold Krug, die verfügbaren Einzelheiten zu einem umfassenden Zahlenbild vom wirklichen Kreislauf der Wirtschaft und Einkommen der Nation zusammenzufassen.¹ Die Ergebnisse sind anfechtbar. Hervorzuheben ist aber die Idee; sie hätte das Programm einer zugleich ganzheitlich und realistisch ausgerichteten Staats- und Wirtschaftsforschung sein können. Der Freiherr vom Stein errichtete zur Förderung der Krugschen Untersuchungen ein statistisches Büro (1805). Auf Einspruch mehrerer Behörden gegen die Veröffentlichung ihrer Mitteilungen wurde es aber alsbald nach der Schlacht von Jena aufgelöst. Einige Jahre später erfolgte eine Neugründung (1810). Der juristische Normativismus, der inzwischen zur Herrschaft gelangt war, wusste jedoch mit dem Gedanken einer umfassenden staatswirtschaftlichen Statistik nichts anzufangen. Zudem verlor die Statistik für die Bürokratie an dem Maße an praktischer Bedeutung, in dem der Liberalismus vordrang und die Wirtschaft sich selbst überlassen wurde.“²

Die Arbeiten des Statistischen Bureaus wurden aber auch durch den Einmarsch Napoleons unterbrochen (1806 – 1810). Die doppelte Gründung ist selbst nur Ausdruck eines komplexen Prozesses der Herauslösung der amtlichen Statistik aus den Fachministerien und anderen Verwaltungen, in denen es bereits seit vielen Jahrzehnten statistische Bereiche gegeben hatte.³ Im 19. Jahrhundert vergrößerte sich der Wirkungskreis der amtlichen Statistik nur sehr langsam, das Statistische Programm wurde schrittweise ausgeweitet.

Preußen hatte einen zentralistischen Staatsaufbau und daher lange Zeit nur ein einziges statistisches Amt. Für die Provinzen, auch für Brandenburg, gab es also keine eigenen statistischen Ämter, so dass das zentrale Amt auch für die regionalen statistischen Darstellungen zuständig war (weshalb es in die vorliegende historische Darstellung mit einbezogen wird).

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden allerdings in den großen Gemeinden kommunalstatistische Ämter gegründet, so in Berlin im Jahr 1862 (vorher bei der „Polizey“), in den selbständigen Städten Charlottenburg 1897, Schöneberg 1902, Deutsch-Wilmersdorf 1905, Rixdorf (heute Neukölln) 1909 und

Spandau 1917. Die Gründung selbständiger statistischer Ämter der Städte ist als ein mittelfristiger Prozess zu sehen, in welchem statistische Arbeiten teilweise nur innerhalb der Verwaltung verlagert, teilweise aber auch als neue öffentliche Aufgaben geschaffen wurden.

Im Jahr 1872 wurde das *Kaiserliche Statistische Amt für das Deutsche Reich* gegründet. Es führte die Arbeiten des *Centralbureaus des Zollvereins* fort und begann mit einem Programm, das weitgehend durch die damals noch eher begrenzten Verwaltungsbedürfnisse des Deutschen Reichs bestimmt war.

Im Jahr 1905 wurde das *Königlich Preußische Statistische Bureau* genau hundert Jahre nach seiner Gründung in *Preußisches Statistisches Landesamt* umbenannt. Damit wurde recht spät die Konsequenz daraus gezogen, dass es keinen selbständigen preußischen Staat mehr gab, sondern das Kaiserreich mit Bundesländern.

Im Ersten Weltkrieg seit 1914 wurde die statistische Arbeit stark eingeschränkt. Im *Kaiserlich Statistischen Reichsamte* sowie in vielen Landesämtern herrschte Personalmangel. Die in den Kriegsjahren durchgeführten Zählungen bezogen sich hauptsächlich auf die Verwaltung des Krieges, unter anderem die Lebensmittelrationierung und die Berufs- und Betriebserfassung. Der Umbruch 1918/19 infolge der Kriegsniederlage war eine tiefe politische Zäsur, bedeutete aber keine Veränderung der Organisation der statistischen Ämter.

Nach der Gründung der Weimarer Republik kam es zu wichtigen Veränderungen und Innovationen in der amtlichen Statistik Deutschlands. Die Wirtschaftsstatistiken gewannen nach und nach an Bedeutung, bedingt durch die drängenden Probleme auf den Gebieten der Reparationen, der wirtschaftlichen Strukturbrüche und der heftigen Konjunktur- und Beschäftigungsschwankungen. Die neue Konjunkturforschung benötigte sehr viele zusätzliche Daten.

Die 1933 nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten beschlossene Aufhebung der Länderhoheit führte zu einer stärkeren Verlagerung statistischer Arbeiten von den Ländern auf das Reich. Das *Preußische Statistische Landesamt* wurde – im Unterschied zu den anderen statistischen Landesämtern – sogar am 1. Oktober 1934 aufgelöst und in das *Statistische Reichsamte* integriert, das auch aus diesem Grund kurz mitbehandelt werden muss. Hier allerdings wanderte im Zuge der zunehmenden Bewirtschaftung und der Kriegswirtschaft ein Teil der Aufgaben des Reichsamtes an andere Dienststellen und Organisationen ab (Wirtschaftsministerium, Verbände der Wirtschaft). Jedenfalls kam es in dieser Zeit zu einer beträchtlichen Zentralisierung (nicht nur) der amtlichen Statistik.

Berliner Kommunalstatistik

Der Magistrat von Berlin hat am 8. Februar 1862 für die später ‚Alt-Berlin‘ genannte Gemeinde ein selbstständiges Statistisches Bureau im alten Berliner Rathaus errichtet. Es gab bereits seit vielen Jahrzehnten statistische Bereiche in vielen Teilen der Verwaltung. Mit diesem Schritt wurde, vergleichbar zu den Statistischen Bureaus der Staaten, nur ein Teil dieser Tätigkeiten fachlich konzentriert und mit einem gewissen

1 Betrachtungen über den National=Reichtum des preußischen Staats und über den Wohlstand seiner Bewohner, 1805. – Ideen zu einer staatswirtschaftlichen Statistik, 1807.

2 O. Donner, Statistik, 3. Auflage 1943, S. 18.

3 Der Versuch, für einen derartigen gleitenden und vielgestaltigen

Prozess einen einzigen Ausgangspunkt zu fixieren, hat beispielsweise in Bayern dazu geführt, dass im Jahr 1983 ein 150-Jahres-Jubiläum der amtlichen Statistik gefeiert wurde (mit Bezug also auf eine Gründung 1833) und im Jahr 2008 ein 200-Jahres-Jubiläum (Gründung also 1808).

„öffentlichen“ Charakter versehen, d.h. viele Ergebnisse waren von da an nicht mehr interne Verwaltungsunterlagen, sondern sie wurden veröffentlicht. Am 31. Dezember 1870 hat der Magistrat die „Instruktion für die städtische Deputation für Statistik“ beschlossen, in welcher die Zuständigkeiten des Magistrats, der Deputation sowie des *Statistischen Bureaus* abgegrenzt wurden. Im Jahr 1872 wurde das *Statistische Bureau* als Einrichtung auf Dauer anerkannt, 1881 das Statistische Bureau in *Statistisches Amt der Stadt Berlin* umbenannt.

Mit deutlichem zeitlichen Abstand wurden in den größeren Nachbargemeinden von Berlin, die später dann zu Groß-Berlin gehören, die oben schon erwähnten Statistischen Ämter gegründet, so im Jahr 1897 in Charlottenburg, im Jahr 1902 in Schöneberg, im Jahr 1905 für die Landgemeinde Deutsch-Wilmersdorf (seit 1907 Stadt Wilmersdorf), im Jahr 1909 in Rixdorf (1912 in Neukölln umbenannt) sowie im Jahr 1917 in Spandau.

Bereits im Vorfeld der Bildung von Groß-Berlin gab es im Bereich der Statistik eine Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, um vergleichbare Ergebnisse darstellen zu können. So werden bei der Volkszählung im Jahr 1900 in Berlin und 23 Nachbargemeinden die gleichen Erhebungsbögen und Zusatzfragen verwendet. Ab dem Jahr 1910 gab das *Statistische Amt der Stadt Berlin* die Zeitschrift *Groß-Berlin und Statistische Berichte* unter Mitwirkung der Statistischen Ämter von Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Rixdorf/Neukölln heraus.

Am 27. April 1920 trat das Gesetz zur Schaffung einer neuen Stadtgemeinde, das Gesetz über die Bildung von Groß-Berlin, in Kraft. Damit war die Voraussetzung geschaffen zur einheitlichen statistischen Erfassung und Darstellung des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in dem gesamten Gebiet der neuen Einheitsgemeinde. Im Oktober 1920 wurde eine Geschäftsanweisung für das *Statistische Amt der Stadt Berlin* – in der erweiterten Abgrenzung – erlassen, die am 1. Juli 1921 in Kraft trat. Zu diesem Datum entstand das neue Statistische Amt der Stadt Berlin durch Integration der Statistischen Ämter von Schöneberg, Wilmersdorf, Charlottenburg, Neukölln, Spandau und Teltow.

Im Jahr 1937 wurde das Amt umbenannt in *Statistisches Amt der Reichshauptstadt Berlin*. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden die Arbeiten des Amtes auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft umgestellt, die Veröffentlichungen weitgehend eingestellt. Am 24. April 1945 ist der Sitz des Amtes vollständig zerstört worden.

1945 bis 1989/90: Nachkriegszeit und Ost-West-Teilung

In den vier Besatzungszonen gab es von Anfang an in den jeweiligen Militärbehörden *statistische Abteilungen*, in denen auch deutsche Fachleute tätig waren. Daneben wurden oberhalb der kommunalen und Länderebene – auf welchen meist fast durchgehend statistische Ämter bestanden – erst nach und nach neue Einrichtungen geschaffen, und zwar aufgrund der jeweiligen Gegebenheiten und politischen Ziele der Besatzungsmächte auf verschiedenen Wegen. Da insbesondere größere Teile der britischen und sowje-

tischen Zone zum „Land“ Preußen gehört hatten – für das seit 1933 kein eigenes statistisches Amt neben dem Reichsamt mehr existierte –, konnte hier weniger an vorhandenen Landesämtern angeknüpft werden als in der amerikanischen Zone. Allerdings waren Teile des Statistischen Reichsamtes auch über Nord-, West- und Süddeutschland verstreut, da das Amt im letzten Kriegsjahr nicht fachlich, aber räumlich dezentralisiert wurde (Bildung von Außenstellen).

Für die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), das Gebiet der späteren DDR, wurde bereits am 19. Oktober 1945 auf der Grundlage des Befehls 105 des Marschalls Shukow „für die Bearbeitung und Auswertung statistischer Erhebungen und für die Gewinnung statistischer Unterlagen“ die *Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der Sowjetischen Besatzungszone* mit Sitz in Berlin gegründet. Damit erhielt das Statistische Zentralamt die Rechtsgrundlage als oberste statistische Behörde in der sowjetischen Besatzungszone. Den Kern dieser Behörde bildeten die in Berlin verbliebenen Teile des vormaligen Statistischen Reichsamtes.

Im Jahr 1946 wurde in Minden das *Statistische Amt der britischen Besatzungszone* gegründet. In der US-amerikanischen Zone wurden im Einklang mit den dort vertretenen Prinzipien des föderalen staatlichen Aufbaus *statistische Landesämter* errichtet, deren Arbeiten von einem Statistischen Ausschuss beim Länderrat der amerikanischen Besatzungszone in Stuttgart koordiniert wurden. Mit dem Zusammenschluss der britischen und amerikanischen Besatzungszonen (zur so genannten Bizone) wurde das *Statistische Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes* errichtet (1948), aus dem nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (1949) das Statistische Bundesamt – rechtsförmlich erst 1950 – hervorging.

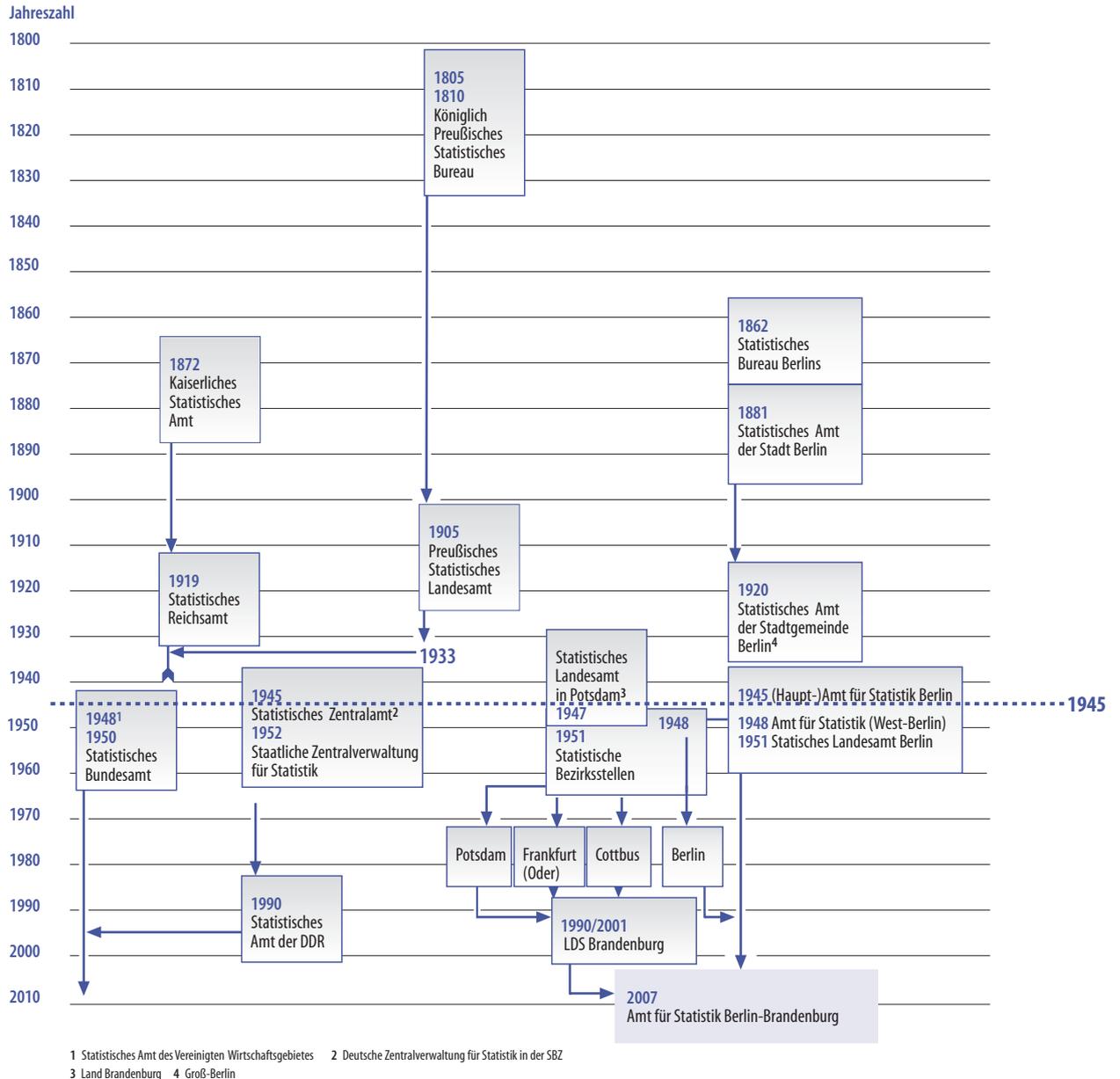
Berlin

In Berlin gab es unterhalb der Ebene der zunächst gemeinsamen Verwaltung der vier Besatzungszonen („Sektoren“), die Mitte 1945 eingerichtet wurden, die deutsche Stadtverwaltung („Magistrat“) für ganz Berlin.

Nach Beendigung der Kämpfe um Berlin wurden dem Statistischen Amt am 19. Mai 1945 Diensträume in der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße 50, der späteren Liebknechtstraße, zugewiesen (diese Nummer des Grundstücks wurde verändert, es lag etwa gegenüber der Marienkirche). Das Amt führte wieder die Bezeichnung *Statistisches Amt der Stadt Berlin*, ab September 1946 die Bezeichnung *Statistisches Amt von Groß-Berlin*, da der Name der Stadt entsprechend geändert worden war.

Nachdem die in Berlin verbliebenen Teile des ehemaligen Statistischen Reichsamtes zum *Statistischen Zentralamt – Deutsche Zentralverwaltung für Statistik in der sowjetischen Besatzungszone* – umgegründet waren, gingen die bis dahin von diesem Amt in der Klosterstraße für die Stadtverwaltung durchgeführten Arbeiten Oktober 1945 auf das Statistische Amt der Stadt über. Ende 1945 wurde das Amt mit der Durchführung einer einheitlichen Einwohnererfassung und der Einrichtung einer Einwohnerkartei in den Bezirksämtern beauftragt. Der Magistrat hat im Juni 1947 die Richtlinie für Statistik und Wahlwesen beschlossen und das Statistische Amt zur Zentral-

Organisationsgeschichte der amtlichen Statistik in Berlin und Brandenburg



stelle für alle Angelegenheiten der Statistik, der Einwohnererfassung und des Wahlwesens innerhalb von Groß-Berlin bestimmt. Das Amt erhielt die Bezeichnung *Hauptamt für Statistik und Wahlen*.

Nach der Spaltung der Berliner Verwaltung im November 1948 im Zusammenhang der verschärften weltpolitischen Ost-West-Konfrontation und der Berliner Blockade verließ der größere Teil der Amtsangehörigen seinen bisherigen Arbeitsplatz im Sowjetischen Sektor von Berlin. Sie nahmen dabei soweit möglich ihre Arbeitsmittel und statistischen Unterlagen mit. Die im Ostteil verbliebenen Mitarbeiter führten den Betrieb des *Hauptamtes für Statistik und Wahlen* weiter, während im Westteil die anderen Mitarbeiter ein Amt unter demselben Namen, fortführten' oder, aufbauten', je nach politisch-rechtlicher Sichtweise.

Im Jahr 1949 hat das Statistische Bundesamt eine Zweigstelle in Berlin(West) errichtet, deren Hauptzweck wohl die Schaffung von Arbeitsplätzen war.

Das Hauptamt für Statistik und Wahlen im Ostteil wurde im Zuge der territorialen Neugliederung durch Bildung der Bezirke anstelle der Länder zum 1. April 1951 zur *Bezirksstelle Berlin der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR (SZS)*.

Das Hauptamt für Statistik und Wahlen im Westteil wurde bei der Neugliederung der Verwaltung zum 1. April 1951 *Statistisches Landesamt Berlin*; die Bearbeitung des Wahlwesens und der Einwohnererfassung ging auf die Senatsverwaltung für Inneres über. Mit dem Gesetz über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungs-

gesetz) vom Januar 1952 war Berlin ab Juni 1952 verpflichtet, alle Bundesstatistiken durchzuführen. Eine neue Ordnung der Statistik im Land Berlin (Statistische Ordnung) trat am 23. Februar 1953 in Kraft. Das Abgeordnetenhaus übernahm am 16. Oktober 1953 das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Stat-Ges) vom 3. September 1953; es trat rückwirkend zum 25. September 1953 in Kraft.

Das Statistische Landesamt Berlin übernimmt im Frühjahr 1954 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Berlin (West).

Brandenburg

Für Brandenburg war zunächst das Zentralamt der SBZ zuständig. Mit der Bildung des Landes Brandenburg nach der rechtlichen Auflösung Preußens im Jahr 1947 ist das dortige Statistische Amt in *Statistisches Landesamt in Potsdam* umbenannt worden. 1947 wurde der Provinz Mark Brandenburg der Name Land Brandenburg zugewiesen. Die Umbenennung erfolgte im Zusammenhang mit der Auflösung des Preußischen Staates.

Am 15. August 1952 wurden im Zuge einer Verwaltungsreform die statistischen Landesämter aufgelöst und in den neu gebildeten Bezirken Dienststellen des Statistischen Dienstes eingerichtet sowie in den Kreisen *statistische Kreisämter* geschaffen. Auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg wurden drei *Statistische Bezirksämter* in Potsdam, Cottbus und Frankfurt(Oder) gebildet. Diese Struktur wurde bis zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 im Wesentlichen beibehalten.

1989/90 bis 2006: Wende und Vereinigungen **Die Wende: Einführung der Bundesstatistiken** **– Übergangszeit**

Aufgrund der politischen Veränderungen in der DDR wurden, 1989 beginnend, der Kontakt und die Zusammenarbeit der amtlichen Statistik in Ost und West ausgebaut. Infolgedessen wurde im März 1990 die Arbeitsgruppe „Deutsche Statistik“ im Statistischen Bundesamt gegründet. Ziel dieser Gruppe war es, die DDR bei der Einführung eines Statistik-Systems zu unterstützen, das den Anforderungen einer sozialen Marktwirtschaft gerecht werden sollte. Im selben Monat erfolgte die Umbenennung der SZS in *Statistisches Amt der DDR* mit direkt unterstellten Statistischen Bezirks- und Kreisämtern.

Am 20. Juli 1990 wurde das erste und einzige „Gesetz über die amtliche Statistik der DDR“ (Statistikgesetz der DDR – StatG) beschlossen. Dieses Gesetz definierte die amtliche Statistik für die Zwecke der Republik, die Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren hat. Zudem wurden Rechtsvorschriften für die Vorbereitung und Durchführung von amtlichen Statistiken sowie Vorschriften für Geheimhaltung und Datenschutz festgelegt. Das Gesetz legte fest, dass das Statistische Amt der DDR eine Oberbehörde mit Verwaltungsunterbau in den Ländern und den Kreisen war. Laut Statistikgesetz der DDR musste die Anpassung der amtlichen Statistik

an die Bundesstatistik der BRD und an die geltenden EU-Statistiken erfolgen. Die Anpassung beinhaltete auch die Vergleichsbarmachung und Rückrechnung aller wichtigen statistischen Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR.

Besondere Bedeutung hatte die Umstellung beziehungsweise der Neuaufbau der Wirtschaftsstatistiken, da das zentralistische Wirtschaftssystem der DDR auf anderen Statistiken, Erhebungen sowie Methoden basierte als eine Marktwirtschaft. Für die Bevölkerungsstatistik gab es hingegen bereits frühzeitig übereinstimmende Eckzahlen. Bevölkerungsstand sowie Gliederung konnten unmittelbar mit den bundesdeutschen Ergebnissen verglichen und zusammengefasst werden.

Im Oktober 1990 wurde auf Grundlage des Einigungsvertrages vom 28. September 1990 das *Gemeinsame Statistische Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen* (kurz: GeStAL) gebildet. Dieses Amt bestand, bis die funktionsfähigen Statistischen Landesämter errichtet waren.

Mit der am 3. Oktober 1990 hergestellten staatlichen Einheit Deutschlands wurde die letzte Etappe der DDR-Statistik beendet. Das System von Rechnungswesen und Statistik der DDR wurde außer Kraft gesetzt. Der Einigungsvertrag enthielt zudem Anweisungen zur Durchführung bestimmter zusätzlicher Statistiken in den neuen Bundesländern, um den wirtschaftlichen Ist-Zustand besser beurteilen und das Beitrittsgebiet als solches weiter statistisch darstellen zu können, insbesondere auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im Zuge der Vereinigung wurden neben dem vereinten Berlin am 14. Oktober 1990 auf Grundlage des „Ländereinführungsgesetzes“ die bekannten fünf Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gebildet. Das Statistische Amt der DDR wurde aufgelöst und viele der Mitarbeiter in das Statistische Bundesamt eingegliedert. Ab Januar 1991 wurden alle Statistiken in der ehemaligen DDR vollständig als Bundesstatistiken durchgeführt. Insgesamt war eine weitgehende Vergleichbarkeit der statistischen Daten von Ost und West erreicht worden.

Brandenburg

Das Land Brandenburg entstand aus den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, ohne die Kreise Hoyerswerda, Jessen und Weißwasser, zuzüglich der Kreise Perleberg, Prenzlau und Templin. Insgesamt hatte das Land Brandenburg nun 38 Landkreise und 6 kreisfreie Städte. Im Jahr 1991 wurden die statistischen Kreisstellen aufgelöst.

Unmittelbar nach der Verabschiedung des Ländereinführungsgesetzes am 14. Oktober 1990 wurde mit der Herausbildung der Länderverwaltungen und auch der *Statistischen Landesämter* begonnen.

Zur Unterstützung des Aufbaus der neuen Landesverwaltungen wurden Partnerschaften zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern organisiert. Speziell für das zu bildende Statistische Landesamt wurde das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) mit Sitz in Düsseldorf zum Partner.

Am 13. März 1991 wurde das *Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg* (LDS BB) errichtet und festgelegt, dass das LDS BB seinen Sitz in Potsdam hat und Außenstellen in Frankfurt (Oder) und in Cottbus bestehen.

Nach dem Vorbild des LDS NRW entstand eine organisatorische Einheit aus den Bereichen Statistik und Datenverarbeitung in Form eines Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik.

Nach der organisatorischen Vorbereitung wurde mit der Einführung der Bundesstatistiken begonnen. Parallel zur Neueinführung der Bundesstatistik hatte sich das LDS BB auch mit dem Abschluss und der Auswertung der DDR-Statistik zu befassen. Hierzu zählten die Vergleichbarmachung, Sicherung und Rückrechnung der statistischen Ergebnisse. Zudem wurde eine Reihe von Statistiken übergeleitet, die zuvor vom GeStAL abgearbeitet und betreut worden waren.

Am 11. Oktober 1996 wurde das Gesetz über die Statistik im Land Brandenburg verabschiedet. Dieses Gesetz beschrieb die Stellung der amtlichen Statistik des Landes Brandenburg im föderativ gegliederten Gesamtsystem der amtlichen Statistik im Rahmen der EU und der Bundesrepublik.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2001 wurde das Landesamt in einen Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik umgewandelt.

Berlin

Im Mai 1990 wurde die Bezirksstelle Berlin (Ost) umbenannt in *Statistisches Amt der Stadt Berlin* (der traditionelle Name für die Berliner Kommunalstatistik). Die Kreisstellen in den Stadtbezirken im Ostteil wurden geschlossen, die Mitarbeiter überwiegend übernommen. Nach dem Einigungsvertrag ist das *Statistische Landesamt Berlin* zum 3. Oktober 1990 für die Durchführung der amtlichen Statistik in der ganzen Stadt Berlin zuständig geworden, ebenso nach der Herstellung der Gesamtgemeinde Berlin für die Durchführung der Berliner Kommunalstatistik. Das nur wenige Monate alte Statistische Amt der Stadt

Berlin (Ost) wurde als Zweigstelle Alexanderplatz in das Statistische Landesamt integriert, 114 Mitarbeiter wurden dabei übernommen.

Gleichzeitig wurden die Bundesstatistiken auch für den Ostteil der Stadt eingeführt, sowie die zusätzlichen Erhebungen für das Beitrittsgebiet. Trotz der weitgehend identischen Konstellation des Ersatzes der DDR-Statistiken durch die Bundesstatistiken war Berlin aufgrund seiner besonderen völker- und staatsrechtlichen Lage nicht am GeStAL beteiligt.

2007: Gründung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Die Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg auf dem Gebiet der amtlichen Statistik begann nicht erst mit der Gründung des *Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg*. Bereits im Vorfeld der Volksabstimmung vom 5. Mai 1996 über den Zusammenschluss der Länder Berlin und Brandenburg gab es rege Kontakte zwischen den Statistikern beider Länder. Schließlich ging es ja darum, Überlegungen anzustellen, wie die statistischen Einrichtungen beider Länder nach einer erfolgreichen Volksabstimmung zusammengeführt werden könnten – wozu es bekanntlich nicht gekommen ist.

Damit im Zusammenhang begann 1995 die Herausgabe von Gemeinschaftsveröffentlichungen des LDS Brandenburg und des Statistischen Landesamtes Berlin, welche den Gesamtraum Berlin und Brandenburg betrachteten.

Neue Dynamik erhielt die Zusammenarbeit zwischen beiden Einrichtungen erst mit den Planungen der Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, beide statistische Einrichtungen zu einem gemeinsamen Amt zusammenzulegen.

Beginnend im Jahr 2005 bereiteten verschiedene Arbeits- und Projektgruppen und ab 2006 ein Aufbaustab die Gründung dieses neuen Amtes vor. Der Staatsvertrag wurde von beiden Ländern am 13. Dezember 2005 unterzeichnet und die Gründung des Amtes zum 1. Januar 2007 festgelegt.

Verwendete und weiterführende Literatur

- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hg.) 1983: 150 Jahre Amtliche Statistik in Bayern von 1833 bis 1983, München.
- Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hg.) 2008: 200 Jahre amtliche Statistik in Bayern 1808 bis 2008, München.
- Behre, O. 1905: Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin.
- Boeckh, R. 1863: Die geschichtliche Entwicklung der amtlichen Statistik des preußischen Staates. Eine Festgabe für den Internationalen Statistischen Congress in Berlin, Berlin.
- Elsner, E. (ohne Jahr): Macht und Zahl: Die Mächtigen, das Recht und die Statistik, Statistisches Landesamt Berlin, ÖTV, Stuttgart.
- Festschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus zur Jahrhundertfeier seines Bestehens, Verlag des Königlich Preußischen Bureaus, Berlin 1905.

- Fürst, G. 1949: Aufgaben und Organisation der amtlichen Statistik. In: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 433-443.
- Fürst, G. 1972: 100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik. Gedanken und Erinnerungen. In: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 336-363.
- Fürst, G. 1972: Wandlungen im Programm und in den Aufgaben der amtlichen Statistik in den letzten 100 Jahren. In: Bevölkerung und Wirtschaft 1872-1972. Herausgegeben vom Statistischen Bundesamt anlässlich des 100jährigen Bestehens der zentralen amtlichen Statistik, S. 11-83, Wiesbaden.
- Gromann, H. 1989: Von der „Kabinettsstatistik“ zur „Statistischen Infrastruktur“ – Reflexionen über die Entwicklung einer Dienstleistung für die Gesellschaft. In: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 1-15.
- Günther, A. 1911: Geschichte der deutschen Statistik. In: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Georg von Mayr, hg. von Friedrich Zahn, Band 1, S. 1-65, München und Berlin.
- Günther, A. 1940: Geschichte der Statistik – Historische Statistik. In: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand. Ehrengabe für Friedrich Zahn, hg. von Friedrich Burgdörfer, Band 1, S. 3-9, Berlin.
- Harkort, G. 1948: Über den statistischen Dienst im heutigen Deutschland. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, S. 457-467.
- Jacobs, A. 1971: Der Weg bis zum Ende der Reichsstatistik. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, S. 289-313.
- Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik (Hg.) 2005: 200 Jahre brandenburgisch-preußische Statistik, Potsdam.
- Ministerrat der DDR, SZS, Arbeitsgruppe Betriebsstatistik (Hg.) 1982/83: Beiträge zur Geschichte der Statistik der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.
- Morgenroth, W. 1932: Die Organisation des amtlichen Statistischen Dienstes. In: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 510-530.
- Roeske, U. 1978: Die amtliche Statistik des Deutschen Reichs 1872 bis 1939. Historische Entwicklung, Organisationsstruktur, Veröffentlichungen. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, S. 85-107.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 1990: Historische Statistik in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) 1999: Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR: DDR-Statistik Grundlagen, Methoden und Organisation der amtlichen Statistik der DDR 1949 – 1990, Heft 34, Wiesbaden.
- Statistisches Landesamt Berlin (Hg.) 1962: 100 Jahre Berliner Statistik, 1862 – 1992, Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Berliner Statistischen Amtes.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hg.) 2006: Festschrift 175 Jahre amtliche Statistik in Sachsen, Kamenz.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hg.) 2007: 60 Jahre Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz – Statistik im Wandel der Zeit. In: Statistisches Monatsheft Nr. 1.
- Szameitat, K. 1950: Die Organisation der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik. In: Wirtschaft und Statistik, S. 190-197.

Hartmut Bömermann

Ortsstationäre Einwohner Berlins zwischen 1997 und 2007



Vorbemerkungen

Im Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie viele Einwohner Berlins wie lange am gleichen Standort ihren Hauptwohnsitz hatten. Dazu wurden die Bestandsdaten des Einwohnermelderegisters unter Zuhilfenahme eines Matching-Verfahrens räumlich eingegrenzt und zwischen vergleichbaren Zeitpunkten, jeweils am 31. 12., im Abstand von einem, fünf und zehn Jahren verglichen. Je länger der Zeitraum, um so weniger wird der Anteil der „sesshaften“ Bevölkerung insgesamt, der innerhalb Berlins seine Wohnanschrift nicht geändert hat. In der Betrachtung nach der Altersstruktur der Einwohner sowie der einzelnen Bezirke und der lebensweltlich orientierten Räume (Planungsräume LOR Berlins) ergeben sich dagegen erhebliche Unterschiede.

Im Laufe ihres Lebens wechseln die meisten Menschen ihren Wohnort, viele sogar mehrfach. Die individuellen Anlässe können die Erreichbarkeit des Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes, die Unabhängigkeit von den Eltern, die bessere oder billigere Wohnung, das Eigenheim, ein kinderfreundliches Umfeld oder die Suche nach einer geeigneten Umgebung im Krankheits- bzw. Pflegefall sein. Die dadurch ausgelösten Veränderungen in einem Wohngebiet sind für die Beobachtung von Entwicklungen im Stadt- raum von großem Interesse. Neben den Zensen ist die amtliche Bevölkerungsstatistik hierfür eine zentrale Quelle. Die Bevölkerungsstatistik kann allerdings nichts über den Bevölkerungsteil sagen, der im „Kiez“ oder Stadtteil verbleibt und damit sozusagen ortstationär ist und nicht fluktuiert. Ein über mehrere Jahre beobachtetes großes Bewegungsvolumen in einem Gebiet könnte beispielsweise zu einem vollständigen Populationsaustausch führen oder aber nur als

Fluktuationsgeschehen eine vergleichsweise kleine Gruppe betreffen, die hochmobil ist und nur kurze Verweilzeiten hat. Durch die Auswertung der kommunalen Einwohnerregisterstatistik Berlins lässt sich diese über einen längeren Zeitraum ortstationäre Population eingrenzen, und es lassen sich hieraus Informationen über die Wohnortbindung der Einwohner und über soziale Veränderungsprozesse gewinnen. Verglichen wird der Einwohnerbestand zwischen zwei Zeitpunkten. Beantwortet werden soll die Frage: „Wie groß ist die Gruppe der Einwohner, die vor zwei, fünf oder zehn Jahren in einem bestimmten Gebiet lebte?“ Gebiete, die für einen Vergleichszeitraum eine geringe stationäre Einwohnerschaft aufweisen, könnten – im einfachsten Fall – durch Neubauten zusätzlichen Wohnraum gewonnen haben. Die Ursache kann aber auch das Resultat der Aufwertung bzw. Abwertung von Gebieten sein, die eine veränderte Einwohnerstruktur nach sich zieht. Am schnellsten verändert sich die Einwohnerstruktur – also die Zusammensetzung der Einwohner nach Alter, Staatsangehörigkeit etc. sowie nach der sozialen Schichtung mit Indikatoren wie Kaufkraft, Bildung, berufliche Stellung usw. – durch den selektiven Austausch von Bevölkerungsgruppen. Ob eine starke Fluktuation der Einwohnerschaft mit einem sozialen Strukturwandel einhergeht, kann allerdings nur durch Einbeziehung weiterer Datenquellen festgestellt werden.

Methodische Erläuterungen Bevölkerungsfortschreibung

Der Bevölkerungsbestand in einem Gebiet ändert sich durch Zu- und Fortzüge, durch Geburten und Sterbefälle, aber auch durch Statusänderungen zwischen Haupt- und Nebenwohnsitz. Die Änderungen durch Wanderung und die natürlichen Bevölkerungsbewegungen gehen in den fortgeschriebenen Bestand ein, der von der amtlichen Bevölkerungsstatistik ermittelt wird. Die Wanderungsstatistik wird aus den Angaben erstellt, die ein Zu- bzw. Fortziehender bei der An- oder Abmeldung bzw. bei der Statusänderung einer Wohnung in den Meldebehörden auf dem Meldeschein bekannt gibt. Als Zu- bzw. Fortzug gilt der Wechsel der einzigen Wohnung oder des Hauptwohnungstatus im Falle mehrerer Wohnungen. Die Wanderungen werden durch die An- bzw. Abmeldungsvorgänge oder Änderung des bestehenden Wohnungsstatus auf den Meldestellen bekannt. Regional zugeordnet werden die Sterbefälle dem Wohnort des Verstorbenen, bei mehreren Wohnungen im Bundesgebiet dem melderechtlichen „Ort der Hauptwohnung“.

Matching-Verfahren

Beim Matching werden die Bestandsdaten jeweils zweier Vergleichszeitpunkte statistisch verknüpft. Eine direkte Zuordnung der Einwohner ist nicht möglich, weil die Daten anonymisiert sind. Der Ansatz berücksichtigt als kleinste räumliche Einheit die Adresse (Straßennummer, Hausnummer, Hausnummernzusatz), wie sie im Regionalen Bezugssystem (RBS) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg geführt wird, sowie unveränderliche demographische Merkmale (Geschlecht, Geburtsdatum). Ein Objekt gilt dann als ortstationär, wenn alle Ausprägungen zwischen zwei Zeitpunkten identisch sind.

Tab. 1 Gesamtbestand und paarweise identischer Bestand bewohnter Adressen in Berlin 1997, 2002 bis 2007

Bestand zum 31.12.	Adressen						
	Gesamtbestand	paarweise identischer Bestand					
		2007	2006	2005	2004	2003	2002
absolut							
2007.....	298 539	298 539					
2006.....	296 681	293 401	296 681				
2005.....	293 839	289 051	290 884	293 839			
2004.....	291 880	286 367	287 824	289 417	291 880		
2003.....	289 605	283 188	284 444	285 514	286 755	289 605	
2002.....	287 221	280 112	281 238	282 079	282 956	284 524	287 221
1997.....	270 663	258 613	259 431	259 809	260 203	260 796	261 202
in Prozent vom Bezugsjahr (Bezugsjahr $\hat{=}$ 100)							
2007.....	100	100					
2006.....	99,4	98,3	100				
2005.....	98,4	96,8	98,0	100			
2004.....	97,8	95,9	97,0	98,5	100		
2003.....	97,0	94,9	95,9	97,2	98,2	100	
2002.....	96,2	93,8	94,8	96,0	96,9	98,2	100
1997.....	90,7	86,6	87,4	88,4	89,1	90,1	90,9

Tab. 2 Gesamtbestand und ortstationärer Einwohnerbestand in Berlin 1997, 2002 bis 2007

Stichtag 31.12.	Einwohner						
	Gesamtbestand	nicht fluktuierender Bestand zwischen den Stichtagen					
		2007	2006	2005	2004	2003	2002
absolut							
2007.....	3 353 858	3 353 858					
2006.....	3 348 805	2 912 381	3 348 805				
2005.....	3 339 436	2 548 437	2 880 476	3 339 436			
2004.....	3 333 108	2 293 649	2 562 192	2 920 141	3 333 108		
2003.....	3 330 242	2 068 471	2 287 030	2 569 785	2 883 322	3 330 242	
2002.....	3 336 248	1 884 386	2 067 843	2 298 667	2 547 398	2 887 642	3 336 248
1997.....	3 379 947	1 189 884	1 279 486	1 384 103	1 485 977	1 611 453	1 758 586
in Prozent vom Bezugsjahr (Bezugsjahr $\hat{=}$ 100)							
2007.....	100	100					
2006.....	99,8	86,8	100				
2005.....	99,6	76,0	86,0	100			
2004.....	99,4	68,4	76,5	87,4	100		
2003.....	99,3	61,7	68,3	77,0	86,5	100	
2002.....	99,5	56,2	61,7	68,8	76,4	86,7	100
1997.....	100,8	35,5	38,2	41,4	44,6	48,4	52,7
Differenz in Prozentpunkten							
2007.....	0	0					
2006.....	-0,2	-13,2	0				
2005.....	-0,3	-10,9	-14,0	0			
2004.....	-0,2	-7,6	-9,5	-12,6	0		
2003.....	-0,1	-6,7	-8,2	-10,5	-13,5	0	
2002.....	0,2	-5,5	-6,5	-8,1	-10,1	-13,3	0
1997.....	1,3	-20,7	-23,5	-27,4	-31,8	-38,3	-47,3

Die Bevölkerungsstatistik misst Bewegungsgrößen

Die laufende Bevölkerungsstatistik erfasst als Bewegungsgrößen Geburten, Sterbefälle sowie Zu- und Fortzüge. Innerhalb der Jahre 1998 bis 2007 wurden folgende insgesamt rund 3 Millionen dieser Bewegungsfälle registriert:

Insgesamt:	3 012 100
Geburten:	294 500
Sterbefälle:	329 300
Zuzüge:	1 206 600
Fortzüge:	1 181 600
Gewinne/Verluste:	- 9 800

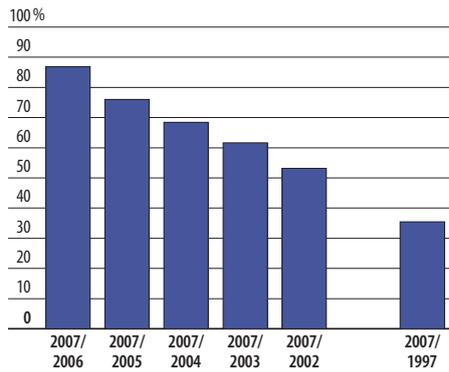
In der Wanderungsstatistik, in der die Zu- und Fortzüge erfasst sind, werden keine Personen, sondern Fälle registriert (siehe Methodische Erläuterungen). Wenn beispielsweise eine Person im betrachteten Zeitraum mehrmals aus der Stadt weg- und zuzieht, wird sie jedes Mal als Wanderungsfall registriert. Somit ist eine Aussage aus der laufenden Bevölkerungsstatistik über den tatsächlichen Anteil der „ortsstationären“ Bevölkerung nicht möglich. Der Vergleich der Salden als Gewinn-Verlust-Rechnung sagt zudem nichts über die ausgetauschte Einwohnerschaft aus, da Wanderungssalden Nettobilanzen sind.

Eine weitere Quelle zur Ermittlung der Bevölkerungsbewegung ist das Matching-Verfahren (siehe Methodische Erläuterungen). Die danach erstellte Tabelle 1 gibt den stichtagsbezogenen Gesamtbestand der bewohnten Adressen und die zwischen zwei Zeitpunkten identischen Adressen wieder. Danach hat sich der Adressbestand zwischen 1997 und 2007 um etwa 28 000 Adressen auf 299 000 vergrößert (Tabelle 1, Spalte 1). Von den 299 000 Adressen, die am 31.12.2007 bewohnt waren, existierten 10 Jahre zuvor 259 000 oder 86,6 Prozent. Die Differenz zwischen zwei benachbarten Vergleichsjahren liegt jeweils im Bereich von ein bis zwei Prozentpunkten.

Ortsstationärer Einwohnerbestand als neue Sichtweise

Mit Hilfe der stichtagsbezogenen Bestandsdaten des Einwohnerregisters von Berlin soll die ortstationäre Population eingegrenzt werden. Betrachtet werden soll der Zeitraum 1997, 2002 bis 2007, und zwar jeweils zum Stichtag 31.12. Um den Vergleich zu ermöglichen, werden die Bestandsdaten zweier Vergleichszeitpunkte durch ein statistisches Matching-Verfahren verknüpft. Das Matching-Verfahren ist erforderlich, da die Daten anonymisiert sind und keine direkte Zuordnung möglich ist. Es berücksichtigt als kleinste räumliche Einheit die Adresse, wie sie im Regionalen Bezugssystem (RBS) des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg geführt wird, sowie unveränderliche demographische Merkmale (siehe Methodische Erläuterungen).

Abb. 1 Ortsstationärer Einwohnerbestand in Berlin zwischen 1997, 2002 bis 2007



Von den 3,35 Millionen melderechtlich registrierten Einwohnern am Ort der Hauptwohnung am 31.12.2007 haben ein Jahr zuvor 2,9 Millionen unter der gleichen Adresse gelebt, das sind 86,8 Prozent (Tabelle 2, Spalte 2). In der hier verwendeten Definition gelten sie als ortstationärer oder nicht fluktuierender Einwohnerbestand. Zwischen 2007 und 2005 waren 76,0 Prozent der Einwohner ortstationär. Innerhalb von fünf Jahren – zwischen den Stichtagen 2007 und 2002 – waren es noch 56,2 Prozent. Bei der Betrachtung des 10-Jahreszeitraums 2007 zu 1997 reduziert sich der Anteil auf 35,5 Prozent. Das heißt: 64,5 Prozent der Einwohner 2007 lebten seit weniger als 10 Jahre am gemeldeten Ort der Hauptwohnung. Zu beachten ist, dass in dieser Zahl auch die in diesem Zeitraum Geborenen enthalten sind.

Die Differenz zwischen dem Bezugsjahr im Kopf der Tabelle 2 und dem jeweils ersten Vorgängerjahr – das sind die Werte unterhalb der Werte in der Diagonale – beträgt zwischen 12,6 Prozentpunkte beim Vergleich 2005 auf 2004 und 14,0 Prozentpunkte beim Vergleich 2006 auf 2005. Die Fluktuationsverluste sind beim ersten Einjahresvergleichsabstand immer am höchsten. Vermutlich ist das auf eine mobile Einwohnergruppe mit Verweilzeiten unterhalb eines Jahres zurückzuführen. Als Basisjahr für die Berechnung der Prozentanteile wurde jeweils das jüngere Zieljahr und nicht das fernere Herkunftsjahr genommen.

Altersstruktur des ortstationären Einwohnerbestandes

Zwischen 1997 und 2007 waren nur 35,5 Prozent der melderechtlich registrierten Einwohner ortstationär. Um die altersspezifische Fluktuation betrachten zu können, wird im Folgenden die Prozentuierungsbasis zum Herkunftsjahr gewechselt. Die Frage ist damit nicht, wie groß ist der Anteil der Altbewohner an allen an einer Anschrift lebenden Personen, sondern wie viele Personen einzelner Altersgruppen des Herkunftsjahres sind noch immer an derselben Anschrift wie vor 10 Jahren gemeldet.

Der Anteil variiert zwischen den Altersgruppen erheblich. Von den unter Einjährigen waren 10 Jahre später noch 20,3 Prozent unter der alten Adresse

Abb. 2 Altersstruktur des Einwohnerbestandes insgesamt und der ortstationären Einwohner in Berlin am 31. Dezember 1997 nach Geschlecht

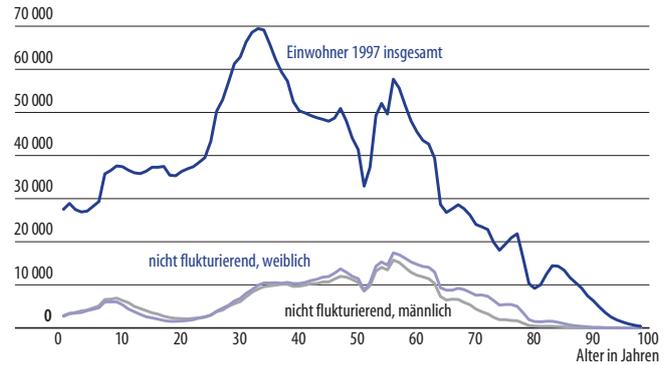
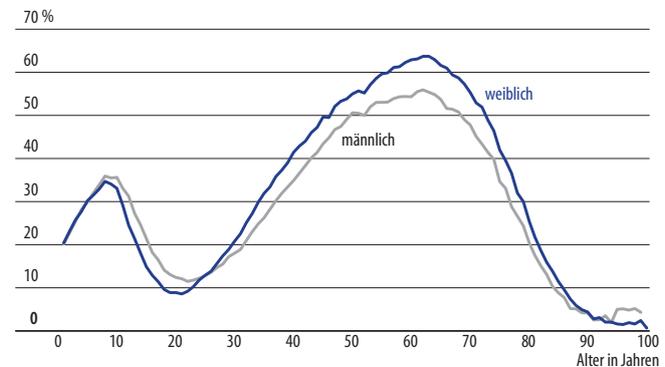


Abb. 3 Altersstruktur des ortstationären Einwohnerbestandes in Berlin zwischen 1997 und 2007 nach Geschlecht in Prozent (Basis: 31.12.1997)



gemeldet, und zwar 20,2 Prozent der Mädchen und 20,4 Prozent der Jungen (Abbildung 3). Ein erster Stabilitätsgipfel wird mit über 34 Prozent in den Altersjahren 7 und 8 erreicht. In der Altersphase zwischen 0 und 8 Jahre baut sich Stabilität auf, in den folgenden Altersjahren erhöht sich die Fluktuation wieder. Den kleinsten Anteil ortstationärer Einwohner mit Anteilen zwischen 10,3 und 10,7 Prozent findet sich in den Altersgruppen 19 bis 21 Jahre. Also in einem Lebensabschnitt, in den häufig das Ende der Schulzeit oder der Ausbildung fällt. Nach diesem Minimum steigt der Anteil der nicht fluktuierenden Einwohnerschaft auf über 59 Prozent in den Altersjahren 60 bis 62 an. Bei den Frauen liegt dieser Wert bei den 61- bzw. 62-Jährigen bei 63,7 Prozent. In den folgenden Altersjahren fällt – wie zu erwarten – die ortsbezogene Stabilität stark ab.

Ortsstationäre Einwohnerschaft in kleinräumiger Betrachtung

Die kleinräumige Betrachtung der 447 Planungsräume (Lebensweltlich orientierte Räume – LOR) zeigt eine beträchtliche Variation der Anteilswerte. Betrachtet man nur die Planungsräume mit mindestens 1 000 Einwohnern (Stichtag 31. 12. 2007), dann reicht die Spannweite der ortstationären Einwohnerschaft von 2,5 Prozent bis 67,7 Prozent. Eine besonders hohe Fluktuation findet sich in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg (27,0 Prozent), Pankow (27,4 Prozent) und Mitte (29,3 Prozent). Auf über 40 Prozent und damit auf vergleichsweise hohe Stabilitätswerte kommen

Abb. 4 Ortsstationäre Einwohner zwischen 1997 und 2007 in Berlin nach Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) in Prozent

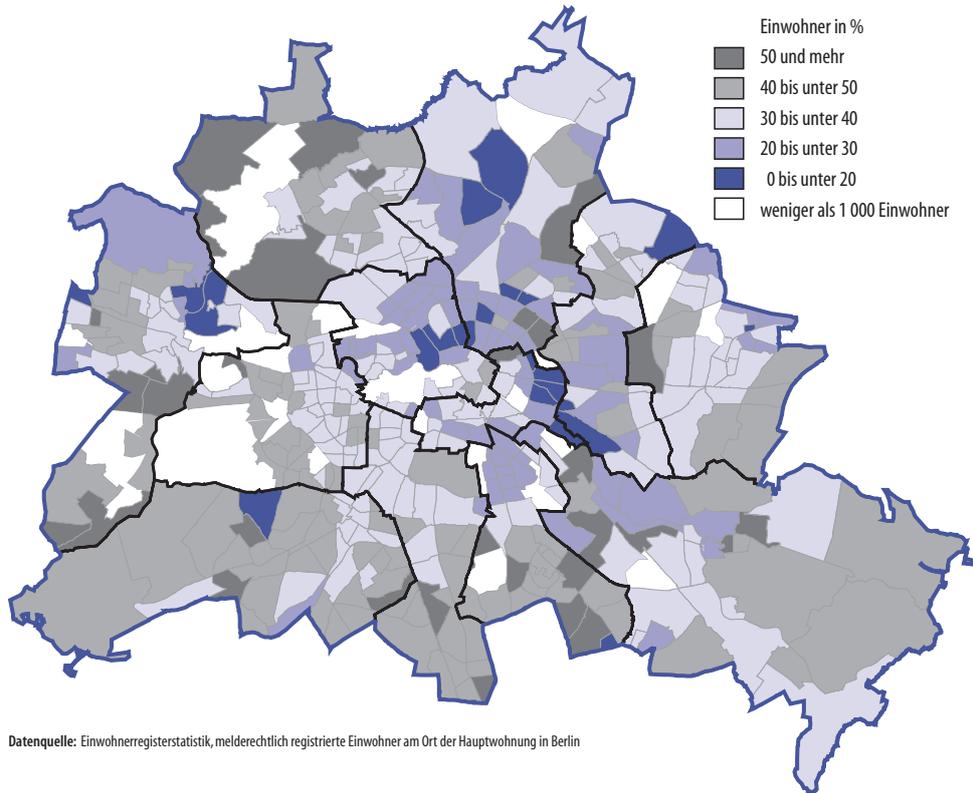
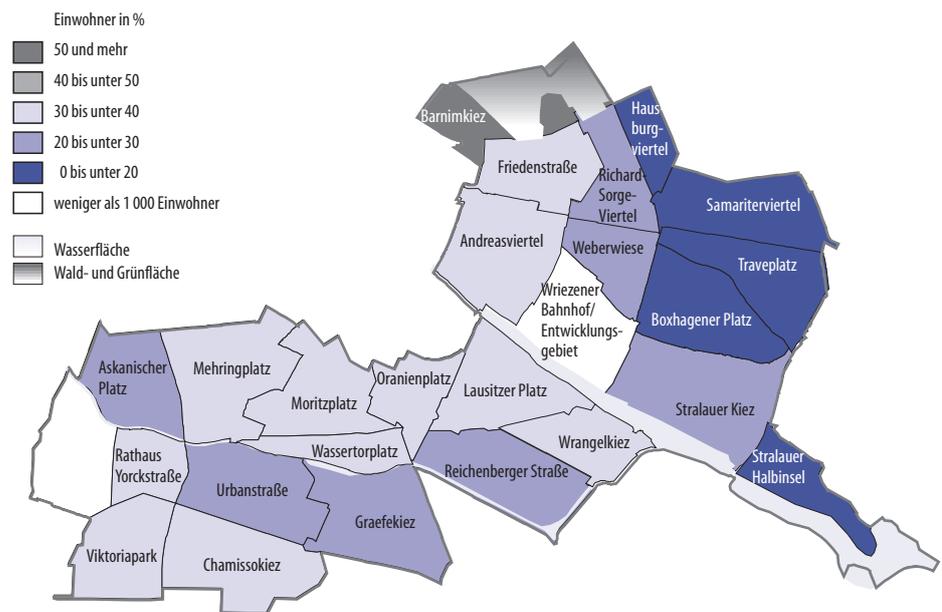


Abb. 5 Ortsstationäre Einwohner zwischen 1997 und 2007 in Berlin nach Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR) in Friedrichshain-Kreuzberg in Prozent



Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf (Tabelle 3). Tabelle 3 gibt neben diesen Bezirkswerten den kleinsten und den größten Prozentanteil ortsstationärer Einwohner auf Ebene der Planungsräume wieder. Die größten Unterschiede zwischen relativ stabilen und fluktuierenden Planungsräumen gibt es in Pankow (52,0 Prozentpunkte), gefolgt von Friedrichshain-Kreuzberg und Spandau (49,2 Prozentpunkte).

Eine Kartierung des ortsstationären Einwohnerbestandes auf Ebene der Planungsräume zeigt die Verteilung im Stadtgebiet (Abbildung 4). Erkennbar wird die Durchmischung der Bezirke mit Gebieten unterschiedlicher Stabilität. Exemplarisch wird Friedrichshain-Kreuzberg in Abbildung 5 herausgelöst dargestellt.

Um das Verteilungsmuster der Karte in Abbildung 4 zu konkretisieren, sind die Planungsräume (LOR) mit der höchsten bzw. niedrigsten Fluktuation in Tabelle 4 aufgelistet. In Teilräumen mit hoher Bauaktivität lag der Anteil naturgemäß besonders niedrig, so z.B. in den Planungsräumen „Stralauer Halbinsel“ oder „Helle Mitte“. Der „Boxhagener Platz“ wiederum ist durch eine Jugendszene geprägt, die kürzere Verweilzeiten vermuten lässt. Am höchsten ist die Ortstreuung im Planungsraum „Märchenland“ im Bezirk Pankow. „Märchenland“ ist der Name einer Kleingartenkolonie.

Zusammenfassung

Der vorgestellte Ansatz ergänzt die Wanderungsdaten der Bevölkerungsstatistik, durch die ein Fluktuationsgeschehen abgebildet wird, um kleinräumige Informationen über die stabilen Bevölkerungsteile, die nicht fluktuieren. Die Einwohnerregisterstatistik ermöglicht die Betrachtung beliebiger Vergleichszeiträume zwischen 1992 und dem jeweils aktuellen Bestandsdaten. Als untere räumliche Ebene bieten sich die 447 Planungsräume an. Zusätzliche Auswertungsdimensionen sind durch eine Untergliederung nach dem Geschlecht und dem Alter möglich. Bei einer entsprechenden Nachfrage könnten die Daten über den abgestimmten Datenpool der Berliner Verwaltung zugänglich gemacht werden.

Tab. 3 Ortsstationärer Einwohnerbestand in Berlin zwischen 1997 und 2007 nach Bezirken und Planungsräumen (LOR)

Bezirk	Ortsstationärer Einwohnerbestand	Prozentanteile nach Planungsräumen (LOR)		
		Minimum	Maximum	Spannweite
in %				Prozentpunkte
Mitte	29,3	10,5	46,7	36,2
Friedrichshain-Kreuzberg	27,0	2,5	51,7	49,2
Pankow	27,4	15,7	67,7	52,0
Charlottenburg-Wilmersdorf	39,1	24,6	61,0	36,4
Spandau	38,0	6,5	55,7	49,2
Steglitz-Zehlendorf	41,6	12,1	53,0	40,9
Tempelhof-Schöneberg ..	40,0	28,9	53,3	24,4
Neukölln	35,9	8,2	56,6	48,4
Treptow-Köpenick	36,8	20,5	60,9	40,4
Marzahn-Hellersdorf	35,8	4,7	50,1	45,4
Lichtenberg	35,3	10,9	47,3	36,4
Reinickendorf	42,1	33,3	52,8	19,5
Insgesamt	35,5	2,5	67,7	65,2

Tab. 4 Lebensweltlich orientierte Räume mit dem niedrigsten bzw. höchsten Anteil ortsstationärer Einwohner in Berlin zwischen 1997 und 2007

Bezirk	Lebensweltlich orientierte Räume (LOR) Planungsraum	Einwohnerbestand 31.12.2007	darunter ortsstationärer Einwohnerbestand in %
10 Planungsräume mit der höchsten Fluktuation (Einwohner \geq 1 000)			
Friedrichshain-Kreuzberg	Stralauer Halbinsel.....	2 354	2,5
Marzahn-Hellersdorf	Helle Mitte.....	1 790	4,7
Spandau	An der Tränke.....	1 917	6,5
Neukölln	Frauenviertel	3 214	8,2
Lichtenberg	Rummelsburg.....	2 276	10,9
Steglitz-Zehlendorf	Hüttenweg	3 366	12,1
Lichtenberg	Victoriastadt	3 052	12,2
Friedrichshain-Kreuzberg	Boxhagener Platz.....	18 176	14,5
Friedrichshain-Kreuzberg	Samariterviertel.....	17 811	14,5
Friedrichshain-Kreuzberg	Traveplatz.....	17 070	15,0
10 Planungsräume mit der geringsten Fluktuation (Einwohner \geq 1 000)			
Steglitz-Zehlendorf	Fischtal.....	7 107	53,0
Tempelhof-Schöneberg	Marienfelde Nordost..	2 677	53,2
Tempelhof-Schöneberg	Wittelsbacherstr.....	3 035	53,3
Spandau	Graetschelsteig.....	2 038	53,7
Neukölln	Zittauer Straße.....	7 001	53,8
Spandau	Weinmeisterhornweg .	6 337	54,5
Spandau	Am Heideberg.....	1 780	55,7
Neukölln	Blumenviertel.....	7 687	56,6
Treptow-Köpenick	Oberspree.....	3 501	60,9
Pankow	Märchenland	1 173	67,7

Jürgen Keiser, Marion Kresse

Verkehrsunfallgeschehen 2007 in den Ländern Berlin und Brandenburg



Vorbemerkungen

Über Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschaden verursacht wurden, wird eine Bundesstatistik auf der Grundlage des Gesetzes über die

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über das Unfallgeschehen im Straßenverkehr der Länder Berlin und Brandenburg im Jahr 2007 und weist auf Tendenzen bei Schwerpunkten der Unfallstatistik im Vergleich der letzten zehn Jahre und zum Vorjahr hin. Dabei wird vorrangig auf Unfälle mit Personenschaden eingegangen. Es wird u. a. aufgezeigt, dass auf den Straßen immer noch oft zu schnell gefahren wird. Neben den Unfallursachen werden Verunglückte, Verursacher von Unfällen, Unfälle nach der Ortslage, die regionale Unfallentwicklung sowie Baum- und Alkoholunfälle näher beleuchtet. Zu beachten ist dabei, dass das Land Berlin als Großstadt gegenüber dem (Flächen-) Land Brandenburg einige Besonderheiten aufweist. In Berlin ist zum Beispiel eine Aussage zu Unfällen nach Ortslage nicht sinnvoll, da es keine echten „außerorts Unfälle“ gibt. Auch Baumunfälle haben in Berlin nicht den Stellenwert, den sie im Land Brandenburg mit seinen Alleestraßen einnehmen. Daher werden im Beitrag, entgegen der üblichen Darstellungsweise, die Ergebnisse getrennt nach Ländern, beginnend mit dem Land Brandenburg vorgestellt.

Statistik der Straßenverkehrsunfälle (Straßenverkehrs-Unfallstatistikgesetz vom 15. Juni 1990 BGBl. I S. 1078 in seiner gültigen Fassung) geführt. Auskunftspflichtig sind die den Unfall aufnehmenden Beamtinnen und Beamten der Polizeidienststellen des Landes. Daraus folgt, dass die amtliche Statistik nur solche Unfälle erfasst, zu denen die Polizei herangezogen wurde.

Unfälle werden unterschieden nach der Schwere der Unfallfolgen in Unfälle mit Personenschaden und Unfälle mit nur Sachschaden.

Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen getötet oder verletzt wurden.

Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) sind solche, bei denen von der Polizei eine Ordnungswidrigkeit oder eine Straftat im Straßenverkehr festgestellt wurde und bei denen gleichzeitig mindestens ein Kraftfahrzeug von der Unfallstelle abgeschleppt werden musste. Unter sonstigem Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung sind die Unfälle gemeint, bei denen ein Unfallbeteiligter unter Alkoholeinfluss stand, aber alle Kraftfahrzeuge noch fahrbereit waren. Bei allen sonstigen Sachschadensunfällen erfolgt der Nachweis nur zahlenmäßig nach der Ortslage.

Als Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst oder deren Fahr-

zeug Schaden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten.

Der Hauptverursacher ist der Beteiligte, der nach erster Einschätzung der Polizei die Hauptschuld am Unfall trägt.

Als Verunglückte zählen Personen (auch Mitfahrer), die beim Unfall verletzt oder getötet wurden.

Land Brandenburg

Unfallentwicklung im Jahr 2007

Auf Brandenburgs Straßen wurden 2007 insgesamt 84 105 Straßenverkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Rückgang um 0,7 Prozent. Von den registrierten Unfällen wurden 74 524 Unfälle mit nur Sachschaden polizeilich erfasst. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Rückgang der Sachschadensunfälle insgesamt um 0,4 Prozent.

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Kategorien von Sachschadensunfällen zeigt sich folgendes Bild: Fast 85 Prozent aller Unfälle (71 337) zählten zu den übrigen Sachschadensunfällen. Zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang um 0,4 Prozent. 2 556 Unfälle (3,0 Prozent aller Unfälle) waren schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden und 631 Unfälle (0,8 Prozent aller Unfälle) gehörten zur Kategorie sonstiger Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung. Das bedeutet bei dieser Unfallkategorie gegenüber dem Jahr 1998 fast eine Halbierung der Unfallzahlen.

Es entstand im letzten Jahr bei 9 581 Unfällen (11,4 Prozent aller Unfälle) Personenschaden. Im Vergleich zum Jahr 2006 sank diese Zahl um 2,8 Prozent, gegenüber 1998 sogar um ein Drittel.

Tab. 1

Straßenverkehrsunfälle im Land Brandenburg 2007 nach Kategorien

Kategorie	2007	Veränderung 2007 gegenüber				
		2006	2004	2002	2000	1998
	Anzahl	%				
Unfälle mit Personenschaden	9 581	-2,8	-7,5	-18,4	-30,7	-33,5
Unfälle mit nur Sachschaden	74 524	-0,4	+0,1	-4,5	-12,2	-13,0
davon						
schwerwiegende						
Sachschadensunfälle	2 556	-1,1	-15,1	-25,4	-40,4	-49,2
sonstige Sachschadensunfälle						
unter Alkoholeinwirkung	631	+0,2	-9,6	-26,2	-40,4	-48,6
übrige Sachschadensunfälle ...	71 337	-0,4	-1,9	-3,3	-10,3	-10,2

Im Jahr 2007 starben auf Brandenburgs Straßen 264 Personen. Das waren zwei Personen mehr als im Vorjahr. Damit sind erstmals in einem Jahr mehr Verkehrstote als im Vorjahr gezählt worden. Gegenüber dem Jahr 1998 (495 Verkehrstote) ist die Zahl um 47 Prozent gesunken.

Je 1 Million Einwohner starben bei Verkehrsunfällen im letzten Jahr 104 Personen, deutschlandweit waren es 60. Damit lag das Land Brandenburg in negativer Hinsicht deutlich über dem Durchschnitt, im Vergleich aller Bundesländer war das die schlechteste Bilanz.

Bei Unfällen mit Personenschaden wurden 3 050 Personen so schwer verletzt, dass sie stationär im Krankenhaus aufgenommen werden mussten (Schwerverletzte). Außerdem erlitten 8 877 Menschen Verletzungen, die ambulant behandelt werden konnten (Leichtverletzte) (Abbildung 1).

Gegenüber 2006 wurden 6,2 Prozent weniger Personen schwer und 2,2 Prozent weniger Personen leicht verletzt. Die Zahl der verunglückten Personen je Unfall mit Personenschaden war in den letzten Jahren rückläufig. Während 1998 noch 131 Personen je 100 Unfälle mit Personenschaden verunglückten, waren es 127 Personen im Jahr 2007. Aus der Unfallbilanz des Jahres 2007 lässt sich ermitteln, dass im Durchschnitt des Jahres auf Brandenburgs Straßen alle 33 Stunden ein Mensch getötet wurde und weiterhin täglich 33 Personen schwer bzw. leicht verletzt wurden (Abbildung 2).

Das Unfallgeschehen 2007 stellt sich wie folgt dar: Im Jahresdurchschnitt ereignete sich

- alle 6 Minuten ein Straßenverkehrsunfall,
- alle 4 Stunden ein durch einen 18- bis unter 25-Jährigen verursachter Unfall mit Personenschaden,
- alle 5 Stunden ein Unfall mit der Ursache Alkohol,
- alle 9 Stunden ein Baumunfall mit Personenschaden.

Bei Unfällen wurde alle 43 Minuten eine Person getötet oder verletzt, alle 12 Stunden verunglückte ein Fußgänger, alle 10 Stunden ein Kind und alle 3 Stunden ein Radfahrer.

Verunglückte nach dem Alter

Jugendliche sind im Straßenverkehr seit Jahren eine besonders gefährdete Risikogruppe. Bezogen auf die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe verunglückten 2007 die 18- bis unter 25-Jährigen am häufigsten

Tab.2 Verunglückte Kinder im Land Brandenburg 1998 bis 2007

Jahr	Ins-gesamt	davon		
		Getötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1998...	2 036	21	594	1 421
1999...	2 038	22	521	1 495
2000...	1 751	8	422	1 321
2001...	1 612	14	393	1 205
2002...	1 365	16	312	1 037
2003...	1 267	5	278	984
2004...	1 071	4	234	833
2005...	1 044	3	236	805
2006...	892	5	184	703
2007...	917	5	176	736

(1 168 Verunglückte je 100 000 Einwohner). Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 9 Prozent betrug, entfielen immerhin 21,8 Prozent der Unfall-opfer auf diese Altersgruppe.

Von den 2 661 verunglückten jungen Männern und Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren wurden 49 getötet, 641 schwer und weitere 1 971 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Verletzten um 4,9 Prozent und die der Getöteten um 10,9 Prozent (-6 Personen).

Das zweitgrößte Risiko, im Straßenverkehr zu verunglücken, trugen die 15- bis unter 18-Jährigen. Auch sie waren mit 1 107 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe überdurchschnittlich oft an Unfällen mit Personenschaden beteiligt.

Die Seniorinnen und Senioren (Altersgruppe ab 65 Jahren) trugen mit 258 Verunglückten je 100 000 Einwohner das geringste Unfallrisiko. In den letzten 10 Jahren haben die Mobilität und damit die Aktivität der Senioren ab 65 Jahre zugenommen, das spiegelt sich auch an der Unfallbeteiligung wider. Verunglückte 1998 alle acht Stunden ein Senior, wurde im Jahr 2007 schon alle sechs Stunden ein Senior als Verunglückter erfasst.

Verunglückte Kinder

Kinder (Altersgruppe von 0 bis unter 15 Jahren), als die „schwächsten“ Verkehrsteilnehmer, gehören vor allem durch ihr geringeres Reaktionsvermögen zu den besonderen Risikogruppen im Straßenverkehr.

Abb. 1 Entwicklung der Verletzten, Getöteten und des Kraftfahrzeugbestandes im Land Brandenburg 1998 bis 2007

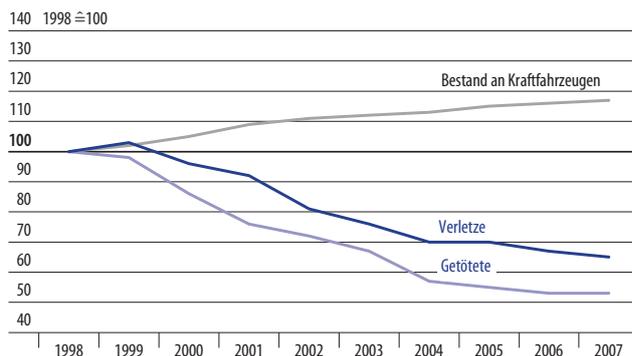


Abb. 2 Entwicklung der Verletzungsschwere bei Unfällen mit Personenschaden im Land Brandenburg 1998 bis 2007

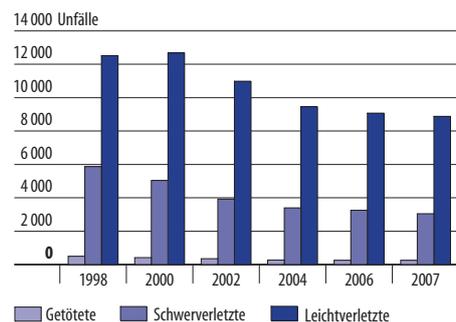
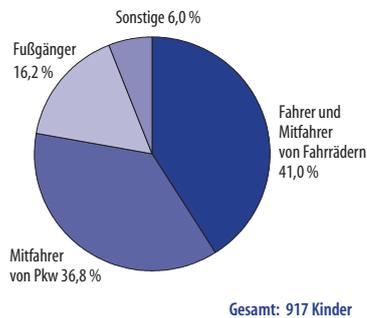


Abb. 3 Verunglückte Kinder im Land Brandenburg 2007 nach der Art der Verkehrsbeteiligung



Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Verletzten um 2,8 Prozent auf 912 Kinder, die Zahl der Getöteten (fünf Kinder) veränderte sich zum Vorjahr nicht.

Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre verunglückten im Straßenverkehr jährlich 1 399 Kinder im Land Brandenburg, darunter zehn tödlich (Tabelle 2).

Trotz der immer noch hohen Zahlen ist das Unfallrisiko in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 1998 noch 2 036 Kinder, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2007 auf 917 (-55 Prozent). Das Risiko, als Kind im Straßenverkehr getötet zu werden, war 1998 mit 21 Getöteten viermal so hoch wie im Jahr 2007 mit 5 tödlich verunglückten Kindern.

Nach Art der Verkehrsbeteiligung zeigt sich, dass die Gefährdung der Kinder, als Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern zu verunglücken, mit 41 Prozent am größten ist. Die zweite Gruppe bilden die verunglückten Kinder als Pkw-Insassen mit 37 Prozent, gefolgt von den Fußgängern mit 16 Prozent.

Verunglückte nach dem Unfallzeitpunkt

Mit einem Anteil von 17,3 Prozent ereigneten sich im Jahr 2007 freitags die meisten Unfälle mit Personenschaden. An Sonntagen dagegen wurden die wenigsten Unfälle der Woche (10,3 Prozent) registriert.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Verunglückten. Während sich sowohl bei der Zahl der Personenschadensunfälle (1 661 Unfälle) als auch bei der Verunglücktenzahl (2 094 Personen) der Freitag als der Unglückstag herauskristallisierte, ist bei der Zahl der Getöteten festzustellen, dass an Montagen (44 Getötete), gefolgt von Sonntagen (41 Getötete), die meisten Menschen ums Leben kamen. Von Freitag bis Sonntag wurden 2007 insgesamt 118 Personen bei Verkehrsunfällen getötet, das sind 8,3 Prozent mehr als im Vorjahr. 2006 lag der Anteil der an Wochenenden Getöteten bei 41,6 Prozent, 2007 wuchs dieser Anteil an den Getöteten insgesamt auf 44,7 Prozent.

Dem wechselhaften Verkehrsaufkommen entsprechend ist das Unfallrisiko im Tages- und Nachtverlauf unterschiedlich hoch. So verunglückten 2007 zwischen 2:00 und 4:00 Uhr die wenigsten Personen (217 bzw. 1,8 Prozent). Mit zunehmendem Berufs- und Schülerverkehr zwischen 6:00 und 8:00 Uhr stieg die Zahl der Verunglückten dann sprunghaft

auf 1 158 Personen (9,5 Prozent). Danach ist zunächst ein leichter Rückgang zwischen 8:00 und 10:00 Uhr zu verzeichnen. Im weiteren Tagesverlauf nahm die Zahl der verunglückten Personen wieder allmählich zu und erreichte zwischen 14:00 und 19:00 Uhr den Höchstwert von 4 574 Verunglückten (37,5 Prozent). Speziell in der Stunde zwischen 16:00 und 17:00 Uhr waren es mit 1 052 Personen 8,6 Prozent aller Verunglückten. Nach 19:00 Uhr begann die Zahl der Verunglückten wieder allmählich abzusinken.

Bei der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen wurden im Durchschnitt aller Wochentage ebenfalls Höchstwerte bei der Zahl der Verunglückten am späten Nachmittag (zwischen 16:00 und 18:00 Uhr) und am Morgen (zwischen 6:00 und 8:00 Uhr) ermittelt. 13,3 Prozent dieser Altersgruppe verunglückten in den Nachtstunden zwischen 20:00 und 24:00 Uhr. Bei den Verunglückten aller Altersgruppen waren es zu dieser Uhrzeit nur 8,8 Prozent. Verantwortlich dafür dürften die nächtlichen Freizeitunfälle der jungen Fahrerinnen und Fahrer sein, die so genannten „Disco-Unfälle“.

Unfallursachen und Verursacher

Die 2007 registrierten 9 581 Unfälle mit Personenschaden wurden hauptsächlich durch das Fehlverhalten der beteiligten Verkehrsteilnehmer verursacht. Insgesamt wurde dabei 12 470-mal ein Fehlverhalten von Kraftfahrzeugführern registriert.

Häufigste Unfallursachen durch die Fahrzeugführer waren:

- 1 825-mal (14,6 Prozent) Nichtbeachten der Vorfahrt,
- 1 657-mal (13,3 Prozent) Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Ausfahren,
- 1 629-mal (13,1 Prozent) nicht angepasste Geschwindigkeit,
- 1 347-mal (10,8 Prozent) ungenügender Abstand und
- 667-mal (5,3 Prozent) Alkoholeinfluss.

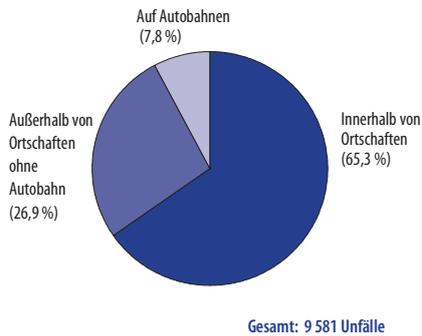
„Vorfahrt-Vorrang“ war im Jahr 2007 die häufigste Unfallursache. Unfälle mit der Ursache „Nicht angepasste Geschwindigkeit“, die allein oder in Verbindung mit anderen Unfallursachen auf zu schnelles Fahren eines oder mehrerer Beteiligten zurückzuführen sind, waren auch 2007 überdurchschnittlich schwer: 2 272 Verunglückte (18,6 Prozent aller Verunglückten) und 105 Getötete (39,8 Prozent aller Unfalldoten) wurden bei diesen Personenschadensunfällen registriert.

Die Zahl der „Geschwindigkeitsunfälle“ sank um 33,3 Prozent und die der dabei Verunglückten um 32,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Unfallopfer, die infolge zu schnellen Fahrens starben, ging um 19,2 Prozent (-25 Personen) zurück.

Fußgänger waren 2007 durch ihr Fehlverhalten 418-mal an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. So verursachten sie Verkehrsunfälle hauptsächlich durch falsches Überschreiten der Fahrbahn (284-mal), hier insbesondere durch die Missachtung des Fahrzeugverkehrs und durch das plötzliche Hervortreten hinter Sichthindernissen (228-mal).

Allgemeine Unfallursachen, wie beeinträchtigende Straßenverhältnisse, Witterungsverhältnisse oder Hindernisse (z. B. Wild auf der Fahrbahn), spielten 877-mal eine Rolle bei Unfällen mit Personenschaden.

Abb. 4 **Unfälle mit Personenschaden im Land Brandenburg 2007 nach Ortslage**



Technische und wartungsbedingte Mängel an den Fahrzeugen, hauptsächlich Mängel an der Beleuchtung, waren 133-mal Ursache für Personenschadensunfälle.

Hauptverursacher von Personenschadensunfällen

Jeder vierte Kraftfahrzeugführer, der einen Unfall mit Personenschaden verursachte, war zwischen 18 bis unter 25 Jahre alt, gefolgt von den 45- bis unter 55-Jährigen mit 18,2 Prozent und den 35- bis unter 45-Jährigen mit 17,5 Prozent.

63,3 Prozent bzw. 6 546 Führer von Personenkraftwagen waren Hauptverursacher von Personenschadensunfällen. 7,9 Prozent bzw. 757 Führer von Güterkraftfahrzeugen und 7,4 Prozent bzw. 712 Motorzweiradfahrer waren als Hauptverursacher an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Der Anteil der einen Unfall verursachenden Fahrradfahrer betrug 12,3 Prozent und der der Fußgänger 2 Prozent.

Den größten Anteil der Hauptverursacher als Führer von Personenkraftwagen bildete auch 2007 mit 12,3 Prozent (2006 ± 13,0 Prozent) die Altersgruppe der 18- bis unter 21-Jährigen.

Unfälle nach der Ortslage

Im Jahr 2007 ereigneten sich 6 256 Unfälle mit Personenschaden auf Straßen innerhalb von Ortschaften. Das waren 2,3 Prozent mehr Unfälle als 2006. Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn) sank die Zahl

der Unfälle um 11,9 Prozent auf 2 581 und auf den Autobahnen wurden 8,1 Prozent weniger Unfälle mit Personenschaden von der Polizei registriert, das war ein Rückgang um 66 auf 744 Unfälle.

Der Vergleich der Zahl der Verkehrstoten nach Ortslage zeigt, dass sich die Getötetenzahlen innerhalb von Ortschaften um 5 auf 62 im Jahr 2007 gegenüber 2006 erhöhten (+8,8 Prozent), während sie außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn) um 1 auf 153 und auf Autobahnen um 2 auf 49 zurückgingen.

Wie in den Vorjahren ereigneten sich auch 2007 fast zwei Drittel der Unfälle (65,2 Prozent) mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften, der Anteil der dabei Getöteten lag jedoch nur bei 23,5 Prozent. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahn) nahm die Polizei 26,9 Prozent der Personenschadensunfälle auf. Aufgrund überhöhter Fahrgeschwindigkeit und der Besonderheit der Baumalleen im Land Brandenburg verloren hier 58,0 Prozent der Unfallopfer ihr Leben. Auf den Autobahnen des Landes wurden 7,8 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden und 18,6 Prozent der Getöteten registriert.

Baumunfälle

2007 ereigneten sich 1 219 Baumunfälle mit Personenschaden und schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne, davon endeten vier Fünftel der Unfälle mit Personenschaden und ein Fünftel mit schwerwiegendem Sachschaden im engeren Sinne. Seit 1998 sank hier die Zahl der Unfälle um 60,5 Prozent.

Bei Baumunfällen mit Personenschaden wurden 102 Personen getötet und weitere 574 schwer sowie 673 leicht verletzt. Im Vergleich zum gesamten Unfallgeschehen bedeutet dies, dass 10,4 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden im Jahr 2007 Baumunfälle waren. Die Folgen von Baumunfällen sind häufig schwerer als bei anderen Unfällen. 38,6 Prozent aller Getöteten kamen bei Baumunfällen ums Leben. Der Anteil der Schwerverletzten lag bei 18,8 Prozent (Abbildung 5).

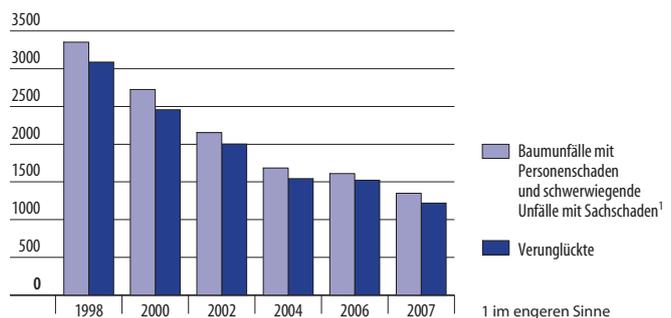
72,5 Prozent aller Baumunfälle wurden außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn) registriert. Dabei kamen 87,3 Prozent aller bei Baumunfällen Getöteten ums Leben, verletzt wurden 73,1 Prozent.

Der höchste Anteil der schweren Baumunfälle mit 40,6 Prozent wurde auf den Landstraßen gezählt, die über die Hälfte des überörtlichen Straßennetzes ein-

Tab. 3 **Unfälle mit Personenschaden im Land Brandenburg 2007 nach der Ortslage**

Ortslage	2007	Veränderung 2007 gegenüber	
		2006	1998
	Anzahl	%	
Innerhalb von Ortschaften	6 256	+ 2,3	- 23,7
Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahn)	2 581	- 11,9	- 48,7
Auf Autobahnen	744	- 8,1	- 37,0

Abb. 5 **Baumunfälle mit Personenschaden und schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden¹ sowie dabei Verunglückte im Land Brandenburg 1998 bis 2007**



Tab. 4 Anteil der Alkoholunfälle am Gesamtunfallgeschehen im Land Brandenburg 1998 bis 2007

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte	davon	
			Getötete	Verletzte
%				
1998.....	9,3	9,2	13,7	9,1
2000.....	8,4	8,5	14,4	8,4
2002.....	8,5	8,5	12,3	8,4
2004.....	8,0	7,8	10,7	7,7
2006.....	7,5	7,1	4,6	7,1
2007.....	7,6	7,5	10,2	7,4

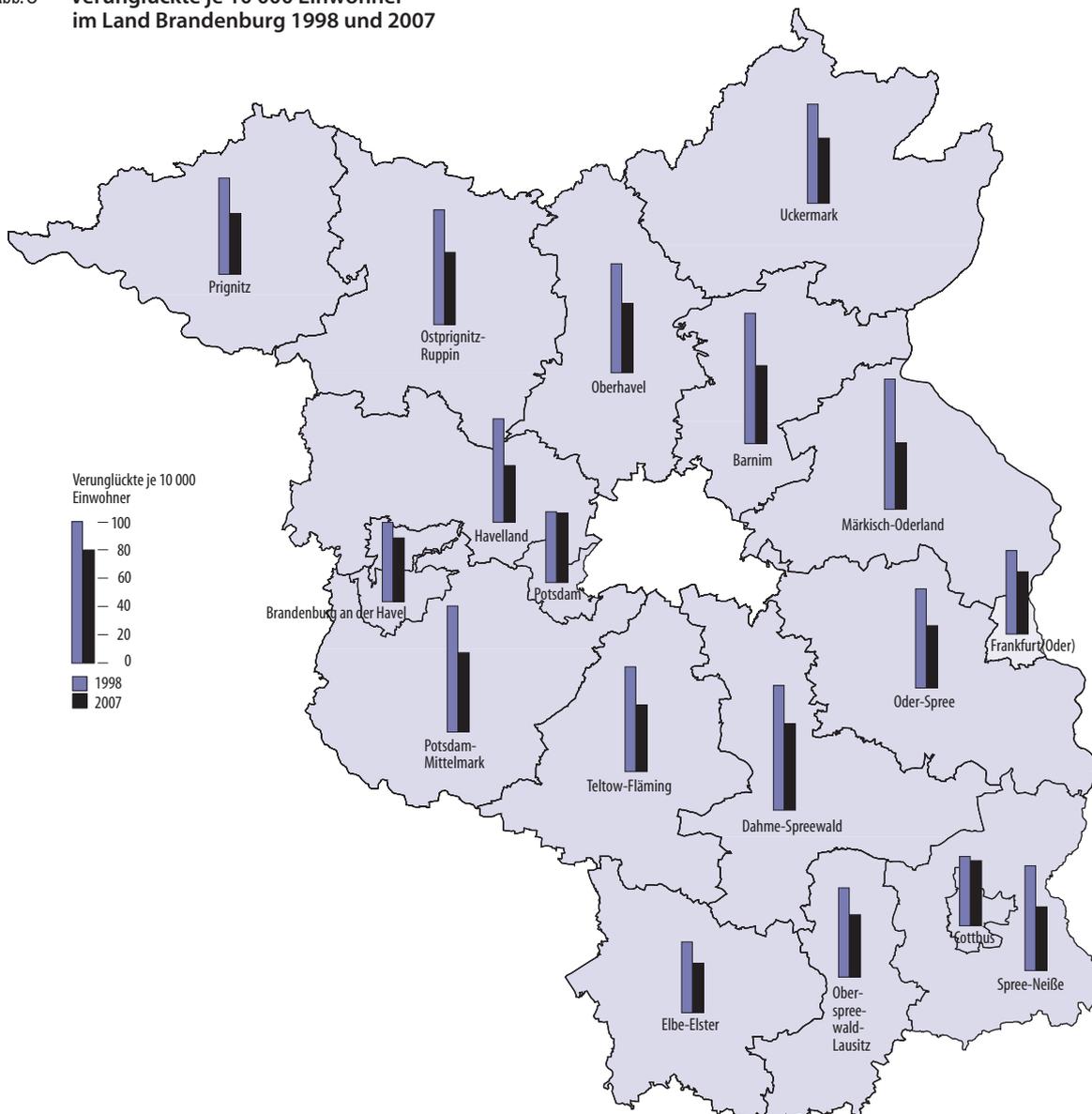
nehmen. Obwohl das Kreisstraßennetz des Landes länger als das der Bundesstraßen ist, wurden auf den Kreisstraßen erheblich weniger schwere Baumunfälle gezählt (10,4 Prozent) als auf den Bundesstraßen (26,9 Prozent). Die Bundesautobahnen spielten mit einem Anteil von 2,1 Prozent aller Baumunfälle eine untergeordnete Rolle.

Die Hauptursache von schweren Baumunfällen war überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit. Die Hälfte der Unfälle war auf zu schnelles Fahren zurückzuführen. Die zweithäufigste Unfallursache war das Fahren unter Alkoholeinfluss. Bei 21,9 Prozent der Unfallbeteiligten wurde Alkoholeinwirkung festgestellt. Als weitere Unfallursachen kristallisierten sich das falsche Benutzen der Fahrbahn oder der Verstoß gegen das Rechtsfahrgebot (12,2 Prozent) sowie das falsche Überholen (6,4 Prozent) heraus.

Die meisten Baumunfälle geschahen 2007 an Wochenenden. Von Freitag bis Sonntag ereignete sich mehr als die Hälfte aller Unfälle (51,2 Prozent), wobei die Unfallfolgen häufig schwerwiegender waren als an den anderen Wochentagen. So lag der Anteil der an den Wochenenden der durch einen Baumunfall Getöteten bei 52 Prozent.

In den Morgenstunden zwischen 5:00 und 8:00 Uhr (18 Prozent) sowie in den Nachmittagsstunden zwischen 13:00 und 18:00 Uhr (33,8 Prozent) war die Gefahr am größten, bei einem Unfall im Zusammenhang mit einem Aufprall an einen Baum zu verunglücken.

Abb. 6 Verunglückte je 10 000 Einwohner im Land Brandenburg 1998 und 2007



Im Jahr 2007 wurden 387 Baumunfälle mit Personenschaden von der Polizei aufgenommen, bei denen der Hauptverursacher des Unfalls zwischen 18 bis unter 25 Jahren war. Bei diesen Unfällen wurden 26 Personen getötet, 217 schwer und 302 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der durch 18- bis unter 25-Jährigen verursachten Baumunfälle mit Personenschaden um 13 Prozent gesunken, es starben zehn junge Menschen weniger bei Baumunfällen und 59 wurden weniger verletzt.

Alkoholunfälle

Alkoholunfälle mit Personenschaden sind Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter unter Alkoholeinfluss stand und mindestens eine Person verletzt oder getötet wurde.

Von den im Jahr 2007 registrierten 9 581 Unfällen mit Personenschaden waren 726 Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter alkoholisiert war. Die Zahl der Personenschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung mit einem Anteil von 7,6 Prozent an allen Unfällen mit Personenschaden sank gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent.

Im Jahr 2007 wurden bei Alkoholunfällen 556 Verkehrsteilnehmer leicht und 327 schwer verletzt sowie 27 getötet. Im Vergleich zu Vorjahr verunglückten 1,9 Prozent mehr Personen (Tabelle 4).

Regionale Unfallentwicklung

In den Verwaltungsbezirken des Landes Brandenburg verlief die Unfallentwicklung mit Personenschaden 2007 wie in den Vorjahren sehr differenziert. Einen besonders hohen Anstieg bei den Verunglücktenzahlen zum Vorjahr hatte die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) (+16,2 Prozent). Erheblich weniger Verunglückte wurden in den Landkreisen Spree-Neiße (-19,2 Prozent), Elbe-Elster (-10,5 Prozent) sowie Uckermark (-8,1 Prozent) ermittelt.

Auch bei den Getötetenzenahlen war eine sehr einheitliche Entwicklung festzustellen. Starke Rückgänge waren vor allem in den Landkreisen Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz (je -9 Personen) und Teltow-Fläming (-8 Personen) zu verzeichnen. Eine teilweise sehr starke Zunahme gegenüber 2006 wurde dagegen in den Landkreisen Ostprignitz-Ruppin (+16 Getötete), Potsdam-Mittelmark (+14 Getötete) und Elbe-Elster (+8 Getötete) registriert.

Gemessen an der Einwohnerzahl lag der Landesdurchschnitt 2007 bei 48 Verunglückten je 10 000 Einwohner (1998 waren es noch 73 Verunglückte je 10 000 Einwohner) (Abbildung 6).

Aus den Betrachtungen der Alkoholunfälle 2007 in den einzelnen Verwaltungsbezirken ergeben sich erhebliche Unterschiede: Die niedrigsten Anteile der Alkoholunfälle an den Unfällen mit Personenschaden insgesamt wurden in den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel (2,9 Prozent), Potsdam (4,2 Prozent), Cottbus (5,3 Prozent) sowie im Landkreis Ostprignitz-Ruppin (5,3 Prozent) ermittelt. Dagegen wurden in den Landkreisen Elbe-Elster (12,7 Prozent), Uckermark (11,5 Prozent), Havelland (9,9 Prozent) und Dahme-Spreewald (9,7 Prozent) teilweise deutlich über dem Landesdurchschnitt (7,6 Prozent) liegende Anteile registriert.

Land Berlin

Unfallentwicklung im Jahr 2007

Auf Berlins Straßen wurden 2007 insgesamt 124 085 Straßenverkehrsunfälle von der Polizei aufgenommen. Gegenüber dem Vorjahr war dies eine Zunahme um 3,8 Prozent.

Von den registrierten Unfällen wurden 109 574 Unfälle mit nur Sachschaden polizeilich erfasst. Auch dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Sachschadensunfälle insgesamt um 3,8 Prozent.

Bei der Betrachtung der unterschiedlichen Kategorien von Sachschadensunfällen zeigt sich folgendes Bild: Fast 98 Prozent aller Sachschadensunfälle (107 317) zählten zu den übrigen Sachschadensunfällen. Zum Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs um 3,9 Prozent. 1 233 (1,0 Prozent aller Unfälle) waren schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne) und 1 024 (0,8 Prozent aller Unfälle) gehörten zur Kategorie sonstiger Sachschadensunfall unter Alkoholeinwirkung. Das bedeutet bei dieser Unfallkategorie gegenüber dem Jahr 1998 einen Rückgang der Unfallzahlen um 41,7 Prozent.

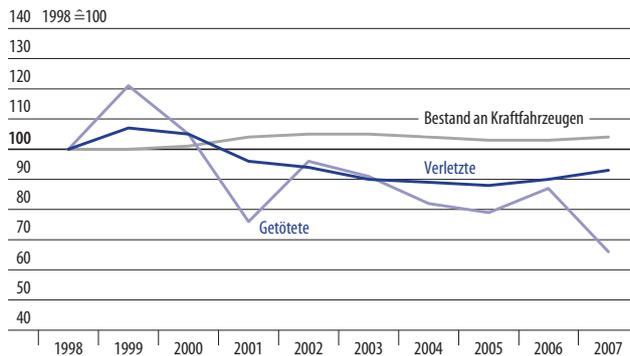
Es entstand im letzten Jahr bei 14 511 Unfällen (11,7 Prozent aller Unfälle) Personenschaden. Im Vergleich zum Jahr 2006 stieg die Zahl um 3,7 Prozent, gegenüber 1998 sank sie jedoch um 6,3 Prozent (Tabelle 5).

Im Jahr 2007 starben auf Berlins Straßen 56 Personen. Das waren 18 Personen weniger als im Vorjahr und damit erstmals so wenig Verkehrstote wie noch nie in einem Jahr seit der Wiedervereinigung. Gegenüber dem Jahr 1998 (85 Verkehrstote) ist die Zahl um 34,1 Prozent gesunken.

Tab. 5 Straßenverkehrsunfälle in Berlin 2007 nach Kategorien

Kategorie	2007 Anzahl	Veränderung 2007 gegenüber				
		2006	2004	2002	2000	1998
		%				
Unfälle mit Personenschaden	14 511	+ 3,7	+ 5,7	- 0,4	- 10,3	- 6,3
Unfälle mit nur Sachschaden	109 574	+ 3,8	- 1,1	- 9,4	- 16,9	- 13,5
davon						
schwerwiegende						
Sachschadensunfälle	1 233	+ 2,4	+ 1,6	+ 5,0	- 13,2	- 19,9
sonstige Sachschadensunfälle						
unter Alkoholeinwirkung	1 024	- 0,4	- 5,1	- 30,1	- 40,4	- 41,7
übrige Sachschadensunfälle	107 317	+ 3,9	- 1,1	- 9,3	- 16,7	- 13,0

Abb. 7 Entwicklung der Verletzten, Getöteten und des Kraftfahrzeugbestandes in Berlin 1998 bis 2007



Je 1 Million Einwohner starben bei Verkehrsunfällen im letzten Jahr 16 Personen, deutschlandweit waren es 60. Damit lag das Land Berlin im positiven Sinne deutlich unter dem Durchschnitt.

Bei Unfällen mit Personenschaden wurden 1845 Personen so schwer verletzt, dass sie stationär im Krankenhaus aufgenommen werden mussten (Schwerverletzte). Außerdem erlitten 15 405 Menschen Verletzungen, die ambulant behandelt werden konnten (Leichtverletzte) (Abbildung 7).

Gegenüber 2006 wurden 0,9 Prozent weniger Personen schwer und 3,9 Prozent mehr Personen leicht verletzt. Die Zahl der verunglückten Personen je Unfall mit Personenschaden war in den letzten Jahren nur leicht rückläufig. 1998 verunglückten 120 Personen je 100 Unfälle mit Personenschaden, 2007 waren es 119 Personen. Aus der Unfallbilanz des Jahres 2007 lässt sich ermitteln, dass im Durchschnitt des Jahres auf Berlins Straßen alle 156 Stunden ein Mensch getötet wurde und weiterhin täglich 47 Personen verletzt wurden (Abbildung 8).

Das Unfallgeschehen 2007 stellt sich wie folgt dar: Im Jahresdurchschnitt ereignete sich

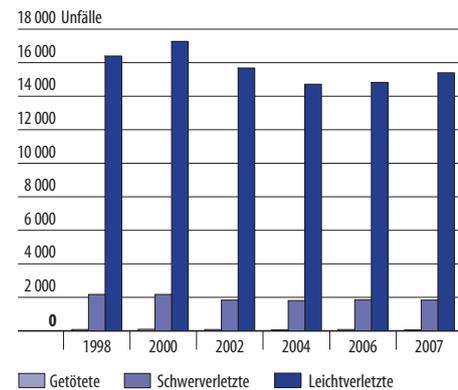
- alle 4 Minuten ein Straßenverkehrsunfall,
- alle 4,5 Stunden ein durch einen 18- bis unter 25-Jährigen verursachter Unfall mit Personenschaden,
- alle 4 Stunden ein Unfall mit der Ursache Alkohol,
- alle 58 Stunden ein Baumunfall mit Personenschaden.

Bei Unfällen wurde alle 30 Minuten eine Person getötet oder verletzt, alle 4 Stunden verunglückte ein Fußgänger, alle 7 Stunden ein Kind und alle 2 Stunden ein Radfahrer.

Verunglückte nach dem Alter

Jugendliche sind im Straßenverkehr seit Jahren eine besonders gefährdete Risikogruppe. Bezogen auf die Einwohnerzahl dieser Altersgruppe verunglückten 2007 die 18- bis unter 25-Jährigen am häufigsten (823 Verunglückte je 100 000 Einwohner). Obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur 8,7 Prozent betrug, entfielen 14,3 Prozent der Unfallopfer auf diese Altersgruppe. Von den 2 459 verunglückten jungen Männern und Frauen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren wurden 7 getötet, 237 schwer und weitere 2 215 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr sank

Abb. 8 Entwicklung der Verletzungsschwere bei Unfällen mit Personenschaden in Berlin 1998 bis 2007



die Zahl der Verletzten um 0,7 Prozent und die der Getöteten um 30,0 Prozent (-3 Personen).

Das zweitgrößte Risiko, im Straßenverkehr zu verunglücken, trugen die 25- bis unter 35-Jährigen. Auch sie waren mit 708 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe überdurchschnittlich oft an Unfällen mit Personenschaden beteiligt.

Die Seniorinnen und Senioren (Altersgruppe ab 65 Jahren) trugen mit 244 Verunglückten je 100 000 Einwohner das geringste Unfallrisiko. In den letzten 10 Jahren haben die Mobilität und damit die Aktivität der Senioren ab 65 Jahre zugenommen, das spiegelt sich auch an der Unfallbeteiligung wider. Verunglückte 1998 alle 10 Stunden ein Senior, wurde im Jahr 2007 schon alle sechs Stunden ein Senior als verunglückt erfasst.

Verunglückte Kinder

Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der Verletzten um 4,3 Prozent auf 1 230 Kinder, die Zahl der Getöteten (ein Kind) veränderte sich zum Vorjahr nicht.

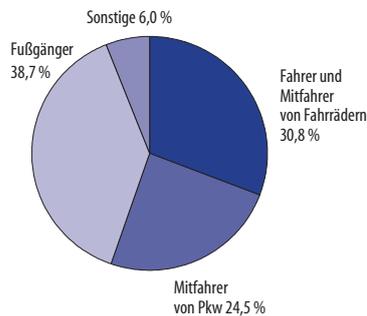
Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre verunglückten im Straßenverkehr jährlich 1 546 Kinder im Land Berlin, darunter drei tödlich (Tabelle 6).

Trotz der immer noch hohen Zahlen der verunglückten Kinder ist das Unfallrisiko in den letzten 10 Jahren deutlich gesunken: Verunglückten 1998 noch 1 981 Kinder, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2007

Tab. 6 Verunglückte Kinder in Berlin 1998 bis 2007

Jahr	Ins-gesamt	davon		
		Getötete	Schwer-verletzte	Leicht-verletzte
1998...	1 981	6	304	1 671
1999...	2 086	6	287	1 793
2000...	1 759	-	298	1 461
2001...	1 529	1	228	1 300
2002...	1 521	3	211	1 307
2003...	1 523	3	213	1 307
2004...	1 354	1	178	1 175
2005...	1 297	3	169	1 125
2006...	1 180	1	178	1 001
2007...	1 231	1	179	1 051

Abb. 9 **Verunglückte Kinder in Berlin 2007 nach der Art der Verkehrsbeteiligung**



Gesamt: 1 231 Kinder

auf 1 231 (-37,9 Prozent). Das Risiko, als Kind im Straßenverkehr getötet zu werden, war 1998 sechsmal so hoch wie im Jahr 2007.

Nach Art der Verkehrsbeteiligung zeigt sich, dass die Gefährdung der Kinder, als Fußgänger zu verunglücken, mit 38,7 Prozent am größten ist. Die zweite Gruppe bilden die verunglückten Kinder als Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern mit 30,8 Prozent, gefolgt von den Mitfahrern von PKW mit 24,5 Prozent (Abbildung 9).

Verunglückte nach dem Unfallzeitpunkt

Mit einem Anteil von 17,4 Prozent ereigneten sich im Jahr 2007 montags die meisten Unfälle mit Personenschaden, gefolgt vom Freitag mit 17,1 Prozent. An Sonntagen dagegen wurden die wenigsten Unfälle der Woche (7,4 Prozent) registriert.

Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch bei der Entwicklung der Zahl der Verunglückten. So haben sich bei der Zahl der Personenschadensunfälle (2 524 Unfälle) als auch bei der Verunglücktenzahl der Montag und der Freitag mit je 2 944 Verunglückten herauskristallisiert. Dieser Trend ist auch bei der Zahl der Getöteten festzustellen, wobei an Freitagen mit 12 Getöteten, gefolgt von Montagen (11 Personen), die meisten Menschen ums Leben kamen. Von Freitag bis Sonntag wurden 2007 insgesamt 23 Personen bei Verkehrsunfällen getötet, das sind 14,8 Prozent weniger als im Vorjahr. 2006 lag der Anteil der an Wochenenden Getöteten bei 36,5 Prozent, 2007 wuchs dieser Anteil an den Getöteten insgesamt auf 41,1 Prozent.

Dem wechselhaften Verkehrsaufkommen entsprechend ist das Unfallrisiko im Tages- und Nachtverlauf unterschiedlich hoch. So verunglückten 2007 zwischen 2:00 und 4:00 Uhr die wenigsten Personen (190 bzw. 1,1 Prozent). Mit zunehmendem Berufs- und Schülerverkehr zwischen 6:00 und 8:00 Uhr stieg die Zahl der Verunglückten dann sprunghaft auf 1 317 (7,6 Prozent). Danach ist ein allmählicher Anstieg zu verzeichnen bis auf den Höchstwert von 6 671 verunglückten Personen (38,5 Prozent) zwischen 14:00 und 19:00 Uhr. Speziell in der Stunde zwischen 15:00 und 16:00 Uhr waren es mit 1 387 Personen 8,0 Prozent aller Verunglückten. Nach 19:00 Uhr begann die Zahl der Verunglückten wieder allmählich abzusinken.

Bei der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen wurden im Durchschnitt aller Wochentage ebenfalls Höchstwerte bei der Zahl der Verunglückten am späten Nachmittag (zwischen 16:00 und 18:00 Uhr) und einem sprunghaften Anstieg am Morgen zwischen 6:00 und 8:00 Uhr ermittelt. 14,5 Prozent dieser Altersgruppe verunglückten in den Nachtstunden zwischen 20:00 und 24:00 Uhr. Bei den Verunglückten aller Altersgruppen verunglückten zu dieser Uhrzeit nur 9,6 Prozent.

Unfallursachen und Verursacher

Die 2007 registrierten 14 511 Unfälle mit Personenschaden wurden hauptsächlich durch das Fehlverhalten der beteiligten Verkehrsteilnehmer verursacht. Insgesamt wurde dabei 16 077-mal ein Fehlverhalten von Kraftfahrzeugführern registriert.

Häufigste Unfallursachen durch die Fahrzeugführer waren:

- 4 323-mal (26,9 Prozent) Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren,
- 3 048-mal (19,0 Prozent) ungenügender Abstand,
- 2 179-mal (13,6 Prozent) Vorfahrt, Vorrang,
- 1 442-mal (9,0 Prozent) falsches Verhalten gegenüber Fußgängern und
- 1 360-mal (8,5 Prozent) nicht angepasste Geschwindigkeit.

„Fehler beim Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren“ waren im Jahr 2007 die häufigste Unfallursache. Hierbei verunglückten 4 966 Personen (28,7 Prozent aller Verunglückten), 14 Personen wurden getötet (ein Viertel aller Getöteten). Unfälle mit der Ursache „Nicht angepasste Geschwindigkeit“, die allein oder in Verbindung mit anderen Unfallursachen auf zu schnelles Fahren eines oder mehrerer Beteiligten zurückzuführen sind, waren auch 2007 überdurchschnittlich schwer: 1 596 Verunglückte (9,2 Prozent aller Verunglückten) und 20 Getötete (35,7 Prozent aller Unfalldoten) wurden bei diesen Personenschadensunfällen registriert.

Fußgänger waren 2007 durch ihr Fehlverhalten 1 599-mal an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. So verursachten sie Verkehrsunfälle hauptsächlich durch falsches Überschreiten der Fahrbahn (1 367-mal), hier insbesondere durch die Missachtung des Fahrzeugverkehrs (827-mal) und durch das plötzliche Hervortreten hinter Sichthindernissen (240-mal).

Allgemeine Unfallursachen, wie beeinträchtigende Straßenverhältnisse, Witterungsverhältnisse oder Hindernisse (z. B. Wild auf der Fahrbahn), spielten 760-mal eine Rolle bei Unfällen mit Personenschaden.

Technische und wartungsbedingte Mängel an den Fahrzeugen, hauptsächlich Mängel an der Beleuchtung, waren 94-mal Ursache für Personenschadensunfälle.

Hauptverursacher von Personenschadensunfällen

Mehr als jeder Vierte der Kraftfahrzeugführer, die Unfälle mit Personenschaden verursachten, war zwischen 35 bis unter 45 Jahre alt, gefolgt von den 25- bis unter 35-Jährigen mit 20,3 Prozent und den 45- bis unter 55-Jährigen mit 18,1 Prozent.

61,8 Prozent bzw. 8 970 Führer von Personenkraftwagen waren Hauptverursacher von Personen-

schadensunfällen. 8,0 Prozent bzw. 1 163 Führer von Güterkraftfahrzeugen und 6,7 Prozent bzw. 966 Motorzweiradfahrer waren als Hauptverursacher an Unfällen mit Personenschaden beteiligt. Der Anteil der einen Unfall verursachenden Fahrradfahrer betrug 14,1 Prozent und der der Fußgänger 7,6 Prozent.

Den größten Anteil der Hauptverursacher als Führer von Personenkraftwagen bildete auch 2007 mit 12,9 Prozent (2006 \pm 12,6 Prozent) die Altersgruppe der 40- bis unter 45-Jährigen.

Baumunfälle

Im letzten Jahr ereigneten sich 195 Baumunfälle mit Personenschaden und schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne, davon endeten über drei Viertel der Unfälle mit Personenschaden und 23,1 Prozent mit schwerwiegendem Sachschaden im engeren Sinne. Seit 1998 sank die Zahl der Unfälle um 6,7 Prozent. Bei Baumunfällen mit Personenschaden wurden vier Personen getötet und weitere 56 schwer sowie 133 leicht verletzt. Im Vergleich zum gesamten Unfallgeschehen bedeutet dies, dass 2007 nur 1,0 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden Baumunfälle waren, aber 7,1 Prozent aller Getöteten hierbei ums Leben kamen. Der Anteil der Schwerverletzten lag bei 3,0 Prozent (Abbildung 10).

Die Hauptursache von schweren Baumunfällen war überhöhte bzw. nicht angepasste Geschwindigkeit; 71,4 Prozent der Unfälle waren auf zu schnelles Fahren zurückzuführen. Die zweithäufigste Unfallursache war das Fahren unter Alkoholeinfluss. Zu 32 Prozent wurde bei den Unfallbeteiligten Alkoholeinwirkung festgestellt. Als weitere Unfallursache kristallisierte sich das Abbiegen, Wenden, Rückwärtsfahren, Ein- und Anfahren (12,1 Prozent) heraus.

2007 geschahen die meisten Baumunfälle an den Wochenenden. Von Freitag bis Sonntag ereigneten sich mehr als die Hälfte aller Unfälle, wobei die Unfallfolgen häufig schwerwiegender waren als an den anderen Wochentagen. So lag der Anteil der an den Wochenenden durch einen Baumunfall Verunglückten bei 48,7 Prozent.

Von der Polizei wurden 36 Baumunfälle mit Personenschaden aufgenommen, bei denen der Hauptverursacher des Unfalls zwischen 18 bis unter 25 Jahren

war. Bei diesen Unfällen wurde eine Person getötet, 11 schwer und 34 leicht verletzt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der durch 18- bis unter 25-Jährigen verursachten Baumunfälle mit Personenschaden um 12,5 Prozent gestiegen, es verunglückten vier Personen mehr als 2006.

Alkoholunfälle

Von den registrierten insgesamt 14 511 Unfällen mit Personenschaden im Jahr 2007 waren 688 Unfälle, bei denen mindestens ein Beteiligter alkoholisiert war. Die Zahl der Personenschadensunfälle unter Alkoholeinwirkung mit einem Anteil von 4,7 Prozent an den Gesamtunfällen mit Personenschaden blieb damit gegenüber dem Vorjahr konstant. Bei Alkoholunfällen wurden 637 Verkehrsteilnehmer leicht und 183 schwer verletzt sowie fünf getötet. Im Vergleich zum Vorjahr verunglückten 3,6 Prozent mehr Personen, wobei sich die Zahl der Getöteten um sieben verringerte (Tabelle 7).

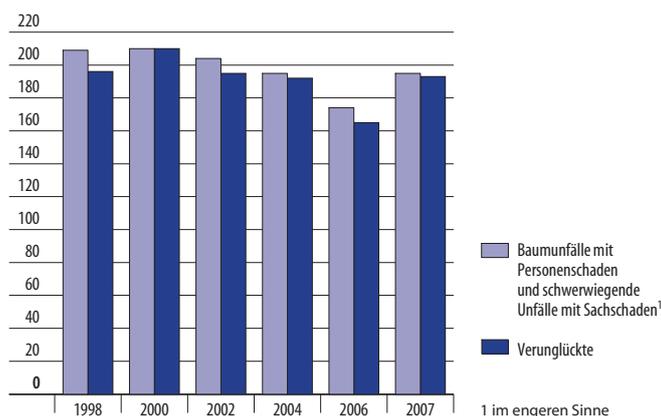
Bezirkliche Unfallentwicklung

In den Bezirken Berlins verlief die Unfallentwicklung mit Personenschaden 2007 wie in den Vorjahren sehr differenziert, wobei als Trend eingeschätzt werden kann, dass es in den Außenbezirken weniger Verunglückte gibt. Demzufolge verzeichnet der Bezirk Mitte seit Jahren den Spitzenwert, gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf.

Auch bei den Getötetenzahlen war eine sehr uneinheitliche Entwicklung festzustellen. So gab es in den letzten Jahren dort keinen einheitlichen Trend wie beispielsweise bei den Verunglückten. Es ist lediglich festzustellen, dass in den bevölkerungsstärksten Bezirken die meisten Getöteten erfasst werden, wobei die Gesamtentwicklung erfreulicherweise einen Rückgang belegt.

Gemessen an der Einwohnerzahl lag der Landesdurchschnitt 2007 bei 51 Verunglückten je 10 000 Einwohner. Unter diesem Durchschnitt lagen insgesamt sieben Bezirke, wobei Lichtenberg den besten Wert verzeichnete. Weiter lagen u. a. Pankow, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Neukölln, Marzahn-Hellersdorf sowie Reinickendorf unter dem Durchschnitt. Die mit Abstand höchsten Werte wurden in Mitte

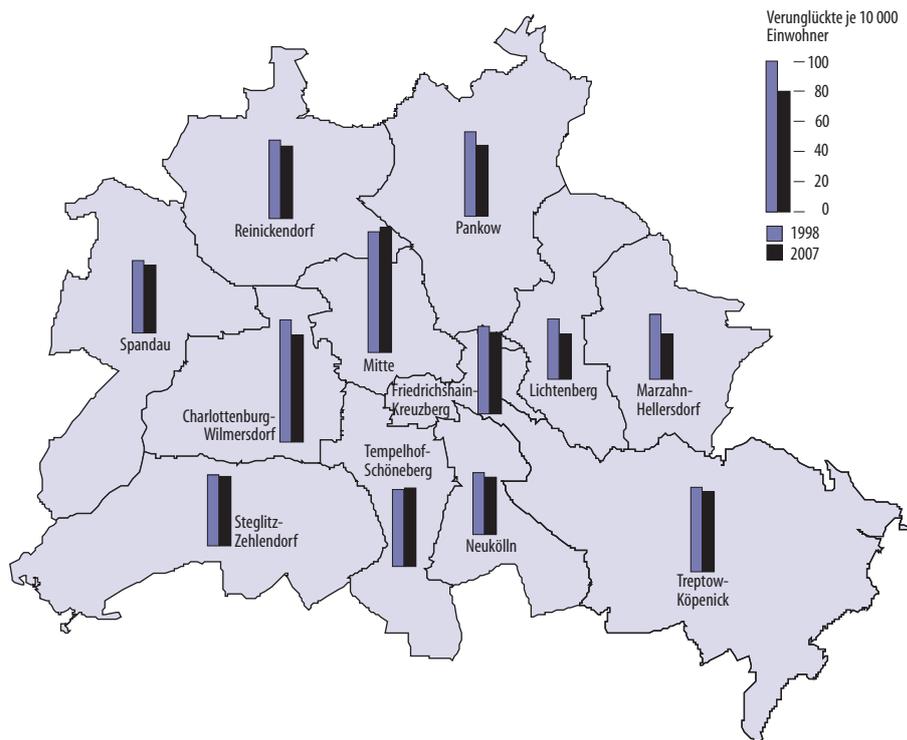
Abb. 10 Baumunfälle mit Personenschaden und schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden¹ sowie dabei Verunglückte in Berlin 1998 bis 2007



Tab. 7 Anteil der Alkoholunfälle am Gesamtunfallgeschehen in Berlin 1998 bis 2007

Jahr	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte	davon	
			Getötete	Verletzte
%				
1998...	5,8	6,2	18,8	6,2
2000...	5,9	6,2	13,5	6,2
2002...	5,2	5,6	15,9	5,6
2004...	4,7	5,0	12,9	5,0
2006...	4,7	4,8	16,2	4,7
2007...	4,7	4,8	8,9	4,8

Abb. 11 Verunglückte je 10 000 Einwohner
in Berlin 1998 und 2007



und Charlottenburg-Wilmersdorf mit 83 bzw. 71 Verunglückten je 10 000 Einwohner errechnet (Abbildung 11).

Aus den Betrachtungen der Alkoholunfälle 2007 in den einzelnen Bezirken der Stadt Berlin ergeben sich einige Unterschiede: Die niedrigsten Anteile der Alkoholunfälle an den Unfällen mit Personenschaden insgesamt wurden in den Bezirken Steglitz-Zehlendorf (3,5 Prozent), Tempelhof-Schöneberg sowie Charlottenburg-Wilmersdorf (je 3,7 Prozent) ermittelt. Weitere Bezirke unter dem Landesdurchschnitt (4,7 Prozent) waren Reinickendorf und Mitte. Alle anderen sieben Bezirke lagen über dem Durchschnitt, wobei Lichtenberg den höchsten Wert mit 6,6 Prozent verzeichnete, gefolgt von Pankow (6,1 Prozent) und Marzahn-Hellersdorf (5,7 Prozent).

Jürgen Hübner

Historisches

Haushaltungen am 1. Dezember 1900

Beim Vergleichen der Strukturen der Haushalte über einen Zeitraum von etwas mehr als einem Jahrhundert – das sind etwa 3 bis 4 Generationen – wird wieder einmal offenkundig, welche beträchtlichen Entwicklungen sich auch in dieser Hinsicht vollzogen haben.

Das Königliche Statistische Landesamt veröffentlichte auf der Seite 5 des dritten Jahrganges des Statistischen Jahrbuches für den Preußischen Staat von 1906 eine Tabelle, die mit „5. Haushaltungen am 1. Dezember 1900“ – dem Datum der letzten abgeschlossenen Volkszählung – überschrieben war.

Am 1. Dezember des Jahres 1900 waren in Preußen 34 472 509 Einwohner registriert, die in „Haushaltungen einschließlich Anstalten“¹ lebten. In den „Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt“ lebten fast eine Million Menschen – genau 994 033 Personen –, das waren 2,88 Prozent aller Preußen in 0,72 Prozent aller preußischen Haushalte. Die mittlere Haushaltsgröße der „Anstaltshaushalte“ betrug somit rein rechnerisch 18,5 Personen. Die restlichen 32 962 344 Mitglieder lebten in 6 886 676 Haushalten, das ergibt eine mittlere Haushaltsgröße von etwa 4,8 Personen pro Haushalt. Immerhin gab es fast 7 Prozent „einzeln lebende Personen mit eigener Haushaltung“; 1,6 Prozent der Haushalte hatten 11 und mehr Mitglieder. Die in der Tabelle erkennbare Differenz von 516 132 Personen kann aus heutiger Sicht nicht mehr erklärt werden. Denkbar ist, dass es sich dabei unter anderem um die aktiven Militärpersonen (361 232) und Diplomaten handelt.

106 Jahre später gab es in Brandenburg im Jahresdurchschnitt 1 238,5 Tausend Privathaushalte, davon 35,4 Prozent Einpersonenhaushalte und 1,9 Prozent Haushalte mit mehr als 4 Personen. Für Berlin waren es zum gleichen Zeitraum 1 930,3 Tausend Haushalte, davon 1 017,6 Tausend Einpersonenhaushalte, das waren 52,7 Prozent. 149,0 Tausend Haushalte hatten mehr als 3 Personen, das sind 7,7 Prozent aller Berliner Haushalte.

Eine Untergliederung bis zu Mehrpersonenhaushalten mit 11 und mehr Personen ist bei den heutigen Haushalten nicht mehr erforderlich. Volkszählungen führt man schon lange nicht mehr im 5-Jahresabstand durch. Die Haushaltstrukturen erhebt man jährlich im Mikrozensus mit einer 1-Prozent-Stichprobe. Das Merkmal „Familienhaushaltungen“ ist ebenfalls nicht mehr gebräuchlich. Ab dem Jahr 2005 zählen nach dem Lebensformkonzept zu den Familien alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, also Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie allein stehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern.

¹ Anstaltshaushalte: Herbergen, Verpflegungsanstalten, Heilanstalten, Armenhäuser, Schuld-, Polizei- und Strafgefängnisse, Waisen-, Blinden-, Taubstummen- und Erziehungsanstalten für blödsinnige Kinder, Pensionate,

Lehr- und Erziehungsanstalten.
Quelle: Schade, G.: Beiträge zur Statistik und Stadtforschung Heft 1/1997, Zusammenleben der Potsdamer in Familien und Haushalten

I. Fläche und Bevölkerung.

5

5. Haushaltungen am 1. Dezember 1900.

[Preußische Statistik, Heft 177.]

Art der Haushaltungen.	Zahl der Haushaltungen		Zahl der Mitglieder	
	überhaupt	vom Hundert	überhaupt	vom Hundert
1	2	3	4	5
Einzeln lebende männl. Personen (mit eigener	160 240	2,15	160 240	0,47
„ „ weibl. „ (Hauswirtschaft	355 892	4,77	355 892	1,03
Familienhaushaltungen mit 2 Personen	1 083 968	14,54	2 167 936	6,29
„ „ 3 „	1 242 532	16,66	3 727 596	10,81
„ „ 4 „	1 231 106	16,51	4 924 424	14,28
„ „ 5 „	1 070 827	14,36	5 354 135	15,53
„ „ 6 „	837 092	11,23	5 022 552	14,57
„ „ 7 „	591 724	7,94	4 142 068	12,02
„ „ 8 „	378 316	5,07	3 026 528	8,78
„ „ 9 „	216 994	2,91	1 952 946	5,67
„ „ 10 „	114 818	1,54	1 148 180	3,33
„ „ 11 und mehr Personen	119 299	1,60	1 495 979	4,34
Summe der Familienhaushaltungen	6 886 676	92,36	32 962 344	95,62
Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt	53 875	0,72	994 033	2,88
Haushaltungen einschl. Anstalten . . .	7 456 683	100,00	34 472 509	100,00

Haushaltungen am 1. Dezember 1900
Quelle: Statistisches Jahrbuch für den
Preußischen Staat von 1906

Aus der amtlichen Statistik

▮ Mitteilungen und Nachrichten

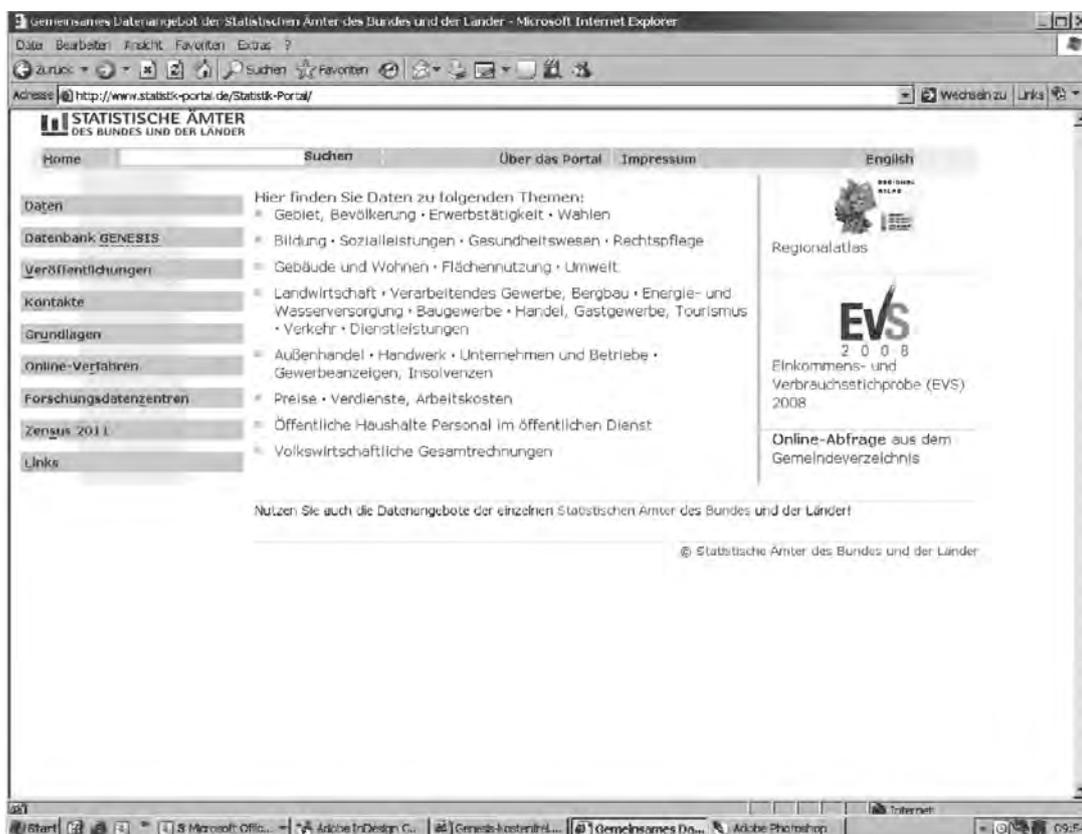
Statistik im Internet Statistische Datenbanken des Bundes und der Länder im Internet kosten- frei nutzbar

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder konzentrieren sich mit Ihrem gemeinsamen Datenangebot noch stärker als bisher auf das seit etwa vier Jahren erfolgreich im Internet unter www.statistikportal.de gepflegte Statistik-Portal. Dieses Portal bietet den zentralen Zugang zu statistischen Basisin-

formationen für Deutschland, der bundesländerübergreifende Vergleich wird erheblich erleichtert. Eine Vielzahl von Datentabellen und Publikationen sind direkt kostenfrei abrufbar. Die Zugriffszahlen zeigen: Das Interesse an statistischen Daten ist ungebrochen. Im Jahr 2007 stieg die Zahl der Zugriffe auf 350 612. Neu ab November 2008 ist: Die Datenbank GENESIS steht sowohl mit den Daten bis zur Bundeslandebene (Genesis online Bund und Länder) als auch mit denen bis zur

Kreisebene (Regionaldatenbank Deutschland) zum kostenfreien Zugang bereit. Damit ist das kostenfreie Angebot der amtlichen Statistik erheblich – bis hin zu den Daten für Kreisfreie Städte und Landkreise – erweitert worden. Testen Sie das neue Angebot und geben Sie bitte Ihre Anregungen an uns weiter.

Dr. Heike Hendl
Tel: 0331 39 - 419
E-Mail: heike.hendl@statistik-bbb.de



Veröffentlichungen

┌ **Berlin,** August und September 2008

Melderechtlich registrierte Einwohner im Land Berlin

am 30. Juni 2008 hj 1/08
A I 5 8,00 EUR

Melderechtlich registrierte Ausländer im Land Berlin

am 30. Juni 2008 hj 1/08
A I 6 8,00 EUR

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort im Land Berlin

31. Dezember 2007 vj 4/07
A VI 15 7,00 EUR

Berufliche Schulen im Land Berlin

Schuljahr 2007/2008 j 07
B II 1 10,00 EUR

Insolvenzen im Land Berlin

01.01. bis 31.03.2008 vj 1/08
D III 1 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Juni 2008 m 06/08
E I 1 7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangindex

Juni 2008 m 06/08
E I 3 6,00 EUR

Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin

Jahr 2007 j 07
E I 5 7,00 EUR

Baugewerbe in Berlin

Mai 2008 m 05/08
E II 1/E III 1 7,00 EUR

Wohngebäude und Wohnungen in Berlin

31. Dezember 2007 j 07
F I 1 6,00 EUR

Baugenehmigungen in Berlin

Juni 2008 m 06/08
F II 1 6,00 EUR

Baufertigstellungen und Bauabgänge in Berlin

Jahr 2007 j 07
F II 3 7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe im Land Berlin

Juni 2008 m 06/08
G I 1/G IV 3 7,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität im Land Berlin

Mai 2008 m 05/08
G IV 1/G IV 2 6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle im Land Berlin

Juni 2008 m 06/08
H I 1 7,00 EUR

Binnenschifffahrt im Land Berlin

Juni 2008 m 6/08
H II 1 7,00 EUR

Förderung beruflicher Aufstiegsfortbildung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungs- gesetz (AFBG) im Land Berlin

Jahr 2007 j 07
K IX 2 6,00 EUR

Verbraucherpreisindex im Land Berlin

Juli 2008 m 07/08
M I 2 7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
030 9021 - 3899
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, August und September 2008

Arbeitsmarkt		Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben	Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe
Juli 2008	m 07/08	Jahr 2007	Juli 2008
A VI 7	6,00 EUR	C IV 1	8,00 EUR
Personal und Personalstellen an Hochschulen		Betriebswirtschaftliche Ausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe	Aus- und Einfuhr – Vorläufige Ergebnisse –
Jahr 2007	j 07	Jahr 2007	Juni 2008
B III 4	8,00 EUR	C IV 9	8,00 EUR
Kommunalwahlen – Wahlen zu den Kreis- tagen der Landkreise und Stadtverordneten- versammlungen der kreisfreien Städte – Vorläufiges Ergebnis –		Insolvenzen	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr
28.09.2008	2-5j 08	01.04. bis 30.06.2008	vj 2/08
B VII 3	–	D III 1	7,00 EUR
Ernteberichterstattung über Gemüse und Erdbeeren		Verarbeitendes Gewerbe sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden	Straßenverkehrsunfälle
Juni 2008	m 06/08	Juli 2008	m 07/08
C II 1	6,00 EUR	E I 1	7,00 EUR
Ernteberichterstattung über Obst im Marktobstbau		Verarbeitendes Gewerbe, Auftragseingangsindex	Binnenschifffahrt
August 2008	m 08/08	Juli 2008	m 07/08
C II 5	6,00 EUR	E I 3	6,00 EUR
Viehbestände – Rinder, Schweine, Schafe und Hühner nach Größenklassen der Tierhaltung und Flächenausstattung		Baugewerbe	Förderung berufl. Aufstiegsfortbildung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
3. Mai 2007	4j 07	Ergebnisse des Bauhaupt- u. Ausbaugewerbes	Jahr 2007
C III 4	8,00 EUR	Juli 2008	m 07/08
Schlachtungen und Fleischerzeugung		E II 1; E III 1	7,00 EUR
Juli 2008	m 07/08	Energie- und CO₂-Bilanz	
C III 6	6,00 EUR	Jahr 2005	j 05
Milcherzeugung und -verwendung		E IV 4	7,00 EUR
Juni 2008	m 06/08	Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes	
C III 7	6,00 EUR	Jahr 2007	j 07
Legehennenhaltung, Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel		F I 1	8,00 EUR
01. 04. bis 30.06.2008	vj 2/08	Baugenehmigungen	
C III 8	6,00 EUR	Juli 2008	m 07/08
Rinder – Auswertung des Herkunfts- sicherungs- und Informationssystems für Tiere		F II 1	6,00 EUR
am 3. Mai 2008	hj 01/08	Baufertigstellungen, Bauüberhang und Bauabgang	
C III 9	6,00 EUR	Jahr 2007	j 07
		F II 2; F II 3	7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

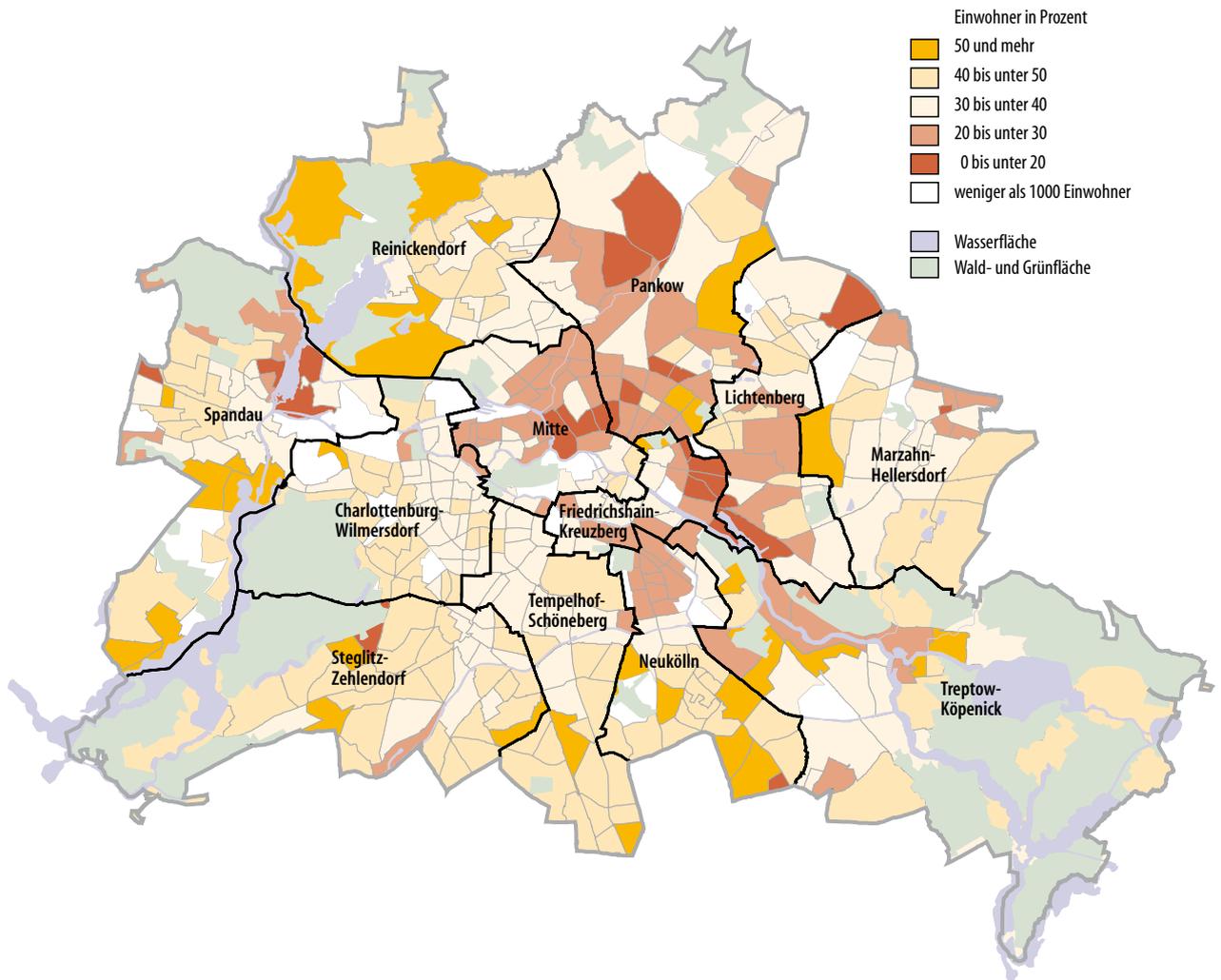
E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

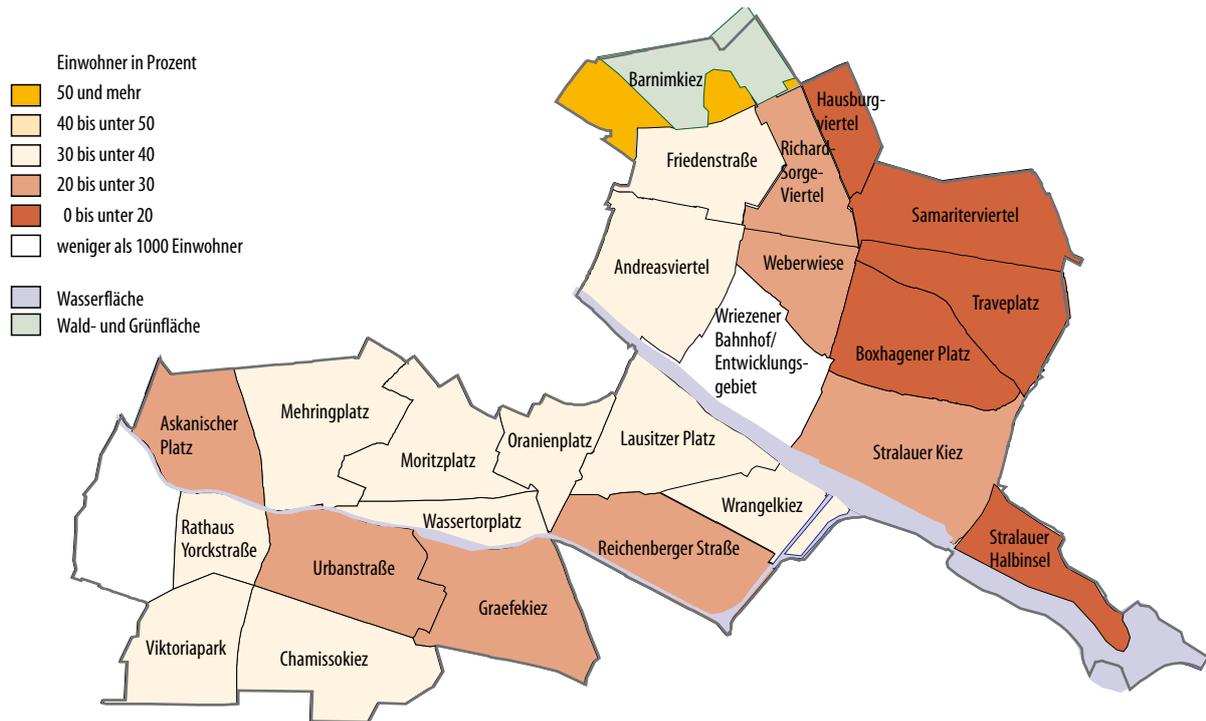


Ortsstationäre Einwohner zwischen 1997 und 2007 in Berlin nach Lebensweltlich orientierten Räumen in Prozent



Datenquelle: Einwohnerregisterstatistik, melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin

▣ Ortsstationäre Einwohner
 zwischen 1997 und 2007
 nach Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR)
 in Friedrichshain-Kreuzberg in Prozent



Datenquelle: Einwohnerregisterstatistik, melderechtlich registrierte Einwohner am Ort der Hauptwohnung in Berlin